

Stenographisches Protokoll

Ausserordentlicher Bundesparteitag 1955

der

Ö s t e r r e i c h i s c h e n V o l k s p a r t e i
=====

Abgehalten am 18. Mai 1955 in Wien III., Sofiensäle

Karl v. Vogelsang Institut
Tivoligasse 73
1120 Wien

(6) a.o. Bundesparteitag 1955

I n h a l t

1. <u>Eröffnung und Begrüssung</u>	
Minister a. D. Kraus	2
Wahl der Mandatsprüfungskommission	8
2. <u>Österreich - seine Freiheit und seine Zukunft</u>	
Bundesparteiobmann, Bundeskanzler Ing. Raab	9
Aussenminister Dipl.-Ing. Dr. Figl	36
3. <u>Unser Wirtschaftskurs wird fortgesetzt</u>	
Finanzminister Dr. Kamitz	45
4. <u>Debatte</u>	
Staatssekretär Graf	74
Nationalrat Lola Solar	79
Regierungsrat Haider	84
Nationalrat Köck	89
Nationalrat Dipl.-Ing. Hartmann	91
Dr. Gattinger	102
LandesparteiSekretär Wegart	105
LandesparteiSekretär Naumann	108
Landeshauptmann Ilg	112
Bundeskanzler Ing. Raab	115
Kommerzialrat Miller	117
Organisationsreferent Kaspar (zur Geschäfts- ordnung)	120
Nationalrat Kranebitter	120
Direktor Hochreiter	125
Nationalrat Stürgkh	126
Landesrat Müllner	127
Nationalrat Grubhofer	128
5. <u>Bericht der Mandatsprüfungskommission</u>	
Berichterstatter Bundesrat Eckert	131
6. <u>Die Resolution des Bundesparteitages</u>	
Generalsekretär Nationalrat Dr. Maleta	132
Abstimmung	143
7. <u>Schlussworte des Vorsitzenden Vizebürger- meister Weinberger</u>	143

Beginn des Parteitages: 9 Uhr 15 Minuten
 =====

Der aus Anlass der Unterzeichnung des Staatsvertrages einberufene ausserordentliche Bundesparteitag wurde im festlich geschmückten Sofiensaal abgehalten. Die Staatsflagge und die Fahnen der Bundesländer umrahmten den Saal. Auf der Stirnseite über dem Präsidium prangte traditions-gemäss ein leuchtendes  . An der Rückfront war ein

grosses Transparent angebracht mit der Aufschrift:

"Österreich - seine Freiheit, seine Zukunft."

Das Tagungspräsidium und Aussenminister Ing.

Dr. F i g l wurden beim Betreten des Saales von den Delegierten lebhaft begrüsst und von den Klängen einer vom Bläserchor des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters vorgetragenen Festfanfare auf das Podium begleitet. Am Präsidiumstisch nahmen Platz: Bundeskanzler Bundesparteiobmann Ing. R a a b, Vizebürgermeister W e i n- b e r g e r, Landesrat W a g n e r, Minister a. D. K r a u s, NR. Lola S o l a r, Generalsekretär NR. Dr. M a l e t a, Generalsekretär-Stellvertreter Dr. S c h e i d l, Staatssekretär G r a f und Dr. H a b i c h.

920 Hy 1

Vorsitzender Minister a. D. K r a u s : Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Parteifreunde! Hochverehrte Damen und Herren! Als Stellvertreter des Bundesparteiobmannes kommt mir heute die Ehre zu, den ausserordentlichen Bundesparteitag zu eröffnen. Es ist für mich eine persönliche Auszeichnung, am heutigen Bundesparteitag, der sich mit grossen, schwerwiegenden Fragen beschäftigen wird, die die Richtung unserer Partei für die Zukunft angeben, den Vorsitz führen zu dürfen.

Seit dem Jahre 1945 hat die Österreichische Volkspartei zehn Bundesparteitage abgehalten; sie waren immer ein Rechenschaftsbericht über die geleistete Arbeit. Die Beschlüsse über neue Aufgaben sowie die Stellungnahmen zu den Angriffen unserer politischen Gegner haben zum Schluss immer in den Satz ausgeklungen, dass das uns angetane Unrecht endlich zu Ende gehe und Österreich seine Freiheit erhalte.

Hoher Parteitag! Dieses von Jahr zu Jahr mit Geduld ertragene Warten hat endlich seinen Lohn gefunden. Der 15. Mai war für das gesamte österreichische Volk ein wahrer Fest- und Freudentag, den niemand, der ihn miterlebte, vergessen wird. 17 Jahre sind vergangen, seit Österreich seine Freiheit durch ein Regime verlor, das Unfreiheit und Tausenden den Kerker brachte, alles, was jedem Österreicher Wert und Tradition bedeutete, zerschlug und sogar den Namen dieses Landes auslöschte.

Das Volk im wiedererstandenen Österreich hat Not und Entbehrung, im Jahre 1945 eine grosse Last von Arbeit und Ver-

antwortung freiwillig auf sich genommen, um die Heimat wieder aufzubauen in der Hoffnung, dass sich die Versprechen von Moskau und Yalta ehestens erfüllen werden.

Zehn bittere Jahre mussten vergehen, bis endlich der Zeitpunkt gekommen war, da unsere geliebte Heimat Österreich wiederum ein unbesetztes, freies, unabhängiges und souveränes Land wird. Als Vertreter eines Bundeslandes, das die Vernichtungen des Krieges auf das schwerste getroffen hat, weil es noch unmittelbar zum Bereich der letzten, aber heftigsten Kampfhandlungen gehörte, weiss ich mit meinen niederösterreichischen Landsleuten die Bedeutung des Abschlusses des Staatsvertrages und die Wiederherstellung der Souveränität unseres Landes besonders zu würdigen. Wir danken dem Herrgott für dieses Geschenk. Wir wissen, dass es eine Gnade ist; wir fühlen uns aber mit stolzer Zuversicht erfüllt, denn wir haben uns diese Gnade erarbeitet. Die Ausdauer und die Geduld, die Unerschrockenheit und der Fleiss, die unser Volk in diesen Jahren an den Tag gelegt hat, mussten ihre Belohnung und ihren Erfolg finden.

Es ist unsere Ehrenpflicht, jenen Männern unserer Partei zu danken, die in den Jahren der Besetzung draussen oft auf exponiertem Posten unter fast unerträglicher Bedrängnis der Besatzung ihre Pflicht erfüllten und trotz Drohungen unerschütterlich zu Österreich standen. Wir wollen aber auch in Ehrfurcht und mit Dank jener gedenken, die diesen Verhältnissen zum Opfer fielen und den 15. Mai nicht mehr erleben konnten.

Unsere Partei hat in diesen zehn Jahren die Verantwortung unter grossen Schwierigkeiten getragen. Mitglieder der Bundesregierung, des National- und Bundesrates, unsere Parteifreunde in den Landesregierungen haben neben der Bewältigung grosser Aufgaben leider oft noch die Angriffe unserer politischen Gegner über sich ergehen lassen müssen, die als ungerechtfertigt meist nach monatelanger Untersuchungshaft im Gerichtssaal zusammenbrachen.

Ich fühle mich in dieser Stunde, die unsere Herzen freudig bewegt, doch veranlasst, auch einen kurzen Rückblick auf den politischen Leidensweg der Partei zu halten. Von der infamen Lüge um die Verhandlung von ÖVP-Funktionären mit dem Nationalrat Fischer der KP über ein Übereinkommen zum Nachteile unseres freien Österreich - ich kann darüber reden, weil ich bei dieser Aussprache dabei war - bis zu dem Anekdotenbuch des Herrn Vizekanzler Schärff in letzter Zeit wurde die Österreichische Volkspartei immer wieder in ihren Leistungen herabgesetzt, verdächtigt und mit Kübeln von Schmutz beworfen. Man scheute wirklich vor nichts zurück, um in diesem Staate die Mehrheit zu erreichen.

Liebe Parteifreunde! Unsere Bundesparteileitung hat in Übereinstimmung mit dem Klub unserer Abgeordneten und Bundesräte in nächster Zeit bedeutungsvolle Beschlüsse zu fassen. Gebe uns der Allmächtige die Kraft und seinen Segen!

Die Tagesordnung ist Ihnen mit der Einladung zugegangen. Ich darf annehmen, dass Sie ihr zustimmen. Erhebt jemand gegen die Tagesordnung einen Einspruch? - Das ist nicht der Fall. Somit ist die Tagesordnung als genehmigt zu betrachten.

Gestatten Sie nun, sehr geehrte Parteifreunde, Delegierte und Gäste, dass ich Sie alle im Namen der Bundesparteileitung der Österreichischen Volkspartei auf dem ausserordentlichen Bundesparteitag auf das herzlichste begrüsse.

Unser erster Gruss am heutigen Bundesparteitag gilt unserem Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. Raab (stürmischer anhaltender Beifall), dessen zielklarer Führung die Ergebnisse unserer Politik zu danken sind. Die Wiedererlangung der Freiheit unseres Vaterlandes bleibt mit dem Namen Julius Raab für alle Zeiten verbunden. (Erneuter starker Beifall.)

In gleich herzlicher und dankerfüllter Weise begrüssen wir den Aussenminister Dr. Figl (anhaltender lebhafter Beifall), dessen unermüdlicher Fleiss und diplomatisches Geschick den Abschluss der Botaschafterkonferenz ausserordentlich beschleunigte. Er ist durch ein Jahrzehnt an der vordersten Front gestanden. Dass es unserem Figl gelang, auf der Konferenz der Aussenminister den diskriminierenden Absatz

925 W 3

aus der Präambel, der unserem Land und unserem Volk Mitverantwortlichkeit für den letzten Krieg aufbürdete, in letzter Minute durch seine persönliche Initiative zu beseitigen, ist sein unvergängliches historisches Verdienst. (Starker allgemeiner Beifall.)

Hoher Bundesparteitag! Sehr verehrte Damen und Herren! Unser heutiger Bundesparteitag ist von einer so grossen Zahl prominenter Persönlichkeiten besucht, dass ich ausserstande bin, eine namentliche Begrüssung vorzunehmen.

930 Ha/1

Ich glaube, ich bin Ihrer Zustimmung sicher, wenn ich davon Abstand nehme und Sie alle in der Person des Vorsitzenden unserer Volksvertretung, des Herrn Präsidenten des Nationalrates Dr. Hurdes, begrüsse. (Beifall.) Unseren Gästen darf ich für ihr freundliches Erscheinen darüber hinaus noch den herzlichsten Dank der Partei aussprechen. Nun, meine sehr verehrten Herren Delegierten, an die Arbeit!

Bevor ich in die Tagesordnung weiter eingehe, habe ich die Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, dass die Bundesparteileitung nicht in der Lage war, die Bestimmung des § 18 Abs. 4 des Bundesparteiorganisationsstatuts einzuhalten. Nach dieser Bestimmung hätten Einladungen und Tagesordnung mindestens zwei Wochen vor Tagungsbeginn den Delegierten bekanntgegeben werden müssen. Die historischen Ereignisse der vergangenen Wochen haben sich erfreulicherweise in solcher Beschleunigung abgespielt, dass die Bundesparteileitung ausserstande war, die erwähnte Frist einzuhalten. Ich glaube der Überzeugung Ausdruck geben zu dürfen, dass der Grund, warum dieser Bundesparteitag einberufen wurde, erfreulich genug ist, dass wir über diesen formalen Mangel gerne hinwegsehen.

Gemäss § 5 der Geschäftsordnung für die Bundesparteitage muss zur Überprüfung der Berechtigung der Erschienenen zur Teilnahme am Bundesparteitag eine Mandatsprüfungskommission eingesetzt werden. Ich schlage Ihnen hiefür folgende Delegierte vor:

930 Ha/2

BundesparteileitungVorsitzender:Eckert Fritz, Generalsekretär,
BundesratWien:

Holub Hermine, Landtagsabgeordnete

Niederösterreich:

Hinterndorfer Fritz, Nationalrat

Oberösterreich:

Dr. Schütz Franz, Vizepräsident

Salzburg:

Lang Raimund

Tirol:

Mackowitz Rudolf, Nationalrat

Vorarlberg:

Naumann Josef, Landesparteisekretär

Steiermark:Häusler Hubert, Hauptbezirkspartei-
obmannKärnten:

Flucher Walter, Landesjugendführer

Burgenland:

DDr. Grohotolsky Rudolf

ÖBB:Prof. Dr. Gschnitzer Franz, National-
ratÖAAB:

Salzer Wilhelm, Bundesrat

ÖWB:Arch. Lust Hannes, Landtagsabge-
ordneterÖFB:

Pichler Grete

ÖJB:

Dr. Senn Hubert

Erhebt sich gegen diesen Vorschlag ein Widerspruch? -
Das ist nicht der Fall. Die Kommission ist daher gewählt. Ich
bitte die Mitglieder der Kommission, sich unverzüglich zurück-
zuziehen und ihre Arbeit aufzunehmen. Der Tagungsort ist im
rechten Logengang neben dem Saal.

Hiemit erscheinen die formellen Aufgaben erledigt, wir
dürfen zum Punkt 2 der Tagesordnung schreiten.

Ich bitte den Herrn Bundesparteioobmann, Bundeskanzler
Ing. Raab, sein Referat zu halten.

Österreich - seine Freiheit und seine Zukunft

Bundesparteiobermann Bundeskanzler Ing. R a a b (mit stürmischem, lang anhaltendem Beifall begrüsst): Hoher Bundesparteitag! Noch stehen wir alle so wie die gesamte österreichische Bevölkerung unter dem Eindruck der Ereignisse des vergangenen Sonntags. Es war ein erhebender Festtag für Österreich, ein Freudentag, auf den wir seit zehn Jahren gewartet haben. Wie oft wurde vor diesem Forum, den Bundesparteitagen der Österreichischen Volkspartei, die Forderung erhoben, die Grossmächte mögen ihr in der Moskauer Deklaration gegebenes Versprechen einlösen und Österreich die volle Freiheit und Souveränität wiedergeben. Sie alle wissen, meine verehrten Damen und Herren, genau so gut wie ich, an welchen Hindernissen die Erfüllung dieses Versprechens zehn Jahre hindurch immer wieder scheiterte.

935 Hy 1

Nicht die Haltung des Österreichischen Volkes war es, die den Abschluss des Staatsvertrages verhinderte. Ich glaube, wir haben ein einzigartiges Beispiel dafür gegeben, wie ein diszipliniertes Volk seine demokratische Staatsform wieder herstellen und den Wiederaufbau seiner Wirtschaft bewerkstelligen kann. Diese Leistungen wurden auch von der ganzen Welt anerkannt, ja sie haben mit Recht die allgemeine Bewunderung hervorgerufen. Auch der Text des Staatsvertrages war praktisch schon im Jahre 1949 fertiggestellt, allerdings den damaligen Umständen und Gegebenheiten angemessen. Fast schien es im Februar vorigen Jahres, als könnte die Berliner Konferenz eine entscheidende Wendung herbeiführen. Damals hat unser Aussenminister, um die letzten Hindernisse für die Unterzeichnung des Vertrages wegzuräumen, im Einverständnis mit der Bundesregierung die Erklärung abgegeben, dass Österreich sich in Hinkunft von allen militärischen Koalitionen fernhalten und dass es keinerlei fremde Truppen oder militärische Stützpunkte auf seinem Territorium dulden wolle. Da über den Abzug der Truppen in Berlin keine Einigung erzielt werden konnte, blieb diese Erklärung zunächst ohne Erfolg, obwohl anerkannt wurde, dass sie ein sehr positiver Beitrag zur Lösung der österreichischen Frage sei. Dies ist notwendig, festzustellen, weil sich heute manche über die Entwicklung zur Neutralitätserklärung wundern. Schon in Berlin wurden die Voraussetzungen für diese Neutralität geschaffen, und das wurde öffentlich erklärt. Es ist im Laufe dieses Jahres unwidersprochen geblieben.

Obwohl nach der Berliner Konferenz und der damit verbundenen Verschärfung der internationalen Lage der Abschluss

935 Hy 2

des Staatsvertrages wieder in eine ungewisse Zukunft gerückt schien, haben wir den Mut nicht verloren, und ich darf hier feststellen, dass es gerade die Österreichische Volkspartei war, deren Mandatäre unverzagt daran arbeiteten, weitere Erfolg versprechende Kontakte mit den Alliierten, vor allem mit der UdSSR, aufzunehmen. Es war in dieser Hinsicht unser Aussenminister aktivst tätig. Durch meine Staatsbesuche in London und Washington war es mir möglich, das Terrain entsprechend vorzubereiten, nachdem es mir bereits vorher in Paris gelungen war, für unsere Bestrebungen volles Verständnis zu finden. Es war jedem klar, dass wir diese Reisen nicht zu blossen Vergnügungszwecken unternommen haben, sondern dass wir immer das eine Ziel verfolgten, dadurch die endgültige Befreiung vorzubereiten und unserem Ziel näherzukommen.

Die in Berlin abgegebene Erklärung über die Bereitschaft Österreichs, in Zukunft eine neutrale Haltung einzunehmen, war aber nicht vergebens gewesen. Ihre auch vor der Volksvertretung abgegebene Wiederholung wirkte fort, und sie war auch sicherlich die Ursache, dass der sowjetische Aussenminister in seiner Rede vom 8. Februar 1955 erstmalig Andeutungen darüber machte, dass die österreichische Frage losgelöst von anderen Problemen, vor allem von der deutschen Frage, behandelt und gelöst werden könnte. Diese Rede liess uns aufhorchen und gab uns die Überzeugung, dass wir zu einer weiteren Klarstellung verpflichtet seien. Unser Botschafter in Moskau wurde angewiesen, die notwendigen Klarstellungen herbeizuführen, und deren Ergebnisse führten zu der Reise einer österreichischen Regierungsdelegation

935 Hy 3

nach Moskau, wo in wenigen Tagen die Hindernisse, die dem Abschluss des Staatsvertrages entgegenstanden, aus dem Wege geräumt werden konnten. Unsere Auffassung erwies sich als richtig, dass die Bereitschaft Österreichs, eine neutrale und unabhängige Politik zu betreiben, eine der wichtigsten Beweggründe für die Sowjets zur Änderung ihrer bisherigen Haltung darstellte.

Ich gebe zu, dass der neue Weg, den Österreichs Aussenpolitik mit dem Entschluss, in Hinkunft eine Politik der Neutralität zu betreiben, beschritt, ein kühner war. Dieser Entschluss wurde in den Reihen der ÖVP geboren. Zu dieser Auffassung - das stelle ich ausdrücklich fest - musste sich dann auch unser Koalitionspartner bekehren, da er erkannte, dass dies der einzige Weg sei, auf dem eine Befreiung Österreichs erreicht werden könnte.

Ich stelle fest, dass nachträglich auch in der Sozialistischen Korrespondenz herumzudeuteln versucht wird, wieviel zentimeterweise an den Ergebnissen der Moskauer Verhandlungen auf die eine oder andere Gruppe entfallen, wie dies aus der Wiedergabe der Erklärungen des Stadtrates Misch hervorgeht. Das ist ein kleinliches Verhalten. In Moskau ist die Delegation einheitlich und geschlossen aufgetreten, und die Beurteilung über den Anteil am Erfolg überlassen wir ruhig der Bevölkerung. (Zustimmung.)

Es hat sich erwiesen, meine verehrten Damen und Herren, dass die Überweisung der Ausarbeitung des endgültigen Vertragstextes an eine Botschafterkonferenz eine glückliche Idee war, da nur dieses Forum in der Lage sein konnte, den Text sorgfältig und genau zu überprüfen und alle jene Bestimmungen zu entfernen, die durch Zeitablauf überaltet und damit für uns unannehmbar geworden waren. Ich will hier den Gang der Verhandlungen nicht im einzelnen schildern. Ich will aber doch sagen, dass es vielleicht eine Schicksalsfügung gewesen ist, dass der Vertrag in Berlin nicht unter-

zeichnet wurde, weil das Jahr, das wir infolgedessen in Unfreiheit warten mussten, die Möglichkeit geboten hat, den Vertrag jetzt sozusagen zu modernisieren und einige ganz wichtige Artikel ganz zu streichen, vor allem aber den Absatz 3 der Präambel, wo die Kriegsschuld Österreichs festgelegt war, zu entfernen. (Beifall.) Ich werde jetzt nicht näher auf die Botschafterkonferenz eingehen, weil ich unseren Freund Aussenminister Figl bitten möchte, nachher ein wenig über den Ablauf zu referieren. (Starker Beifall.) Ich möchte nur eindeutig und nachdrücklich feststellen - falls irgendwo in sozialistischen Geschichtswerken eine andere Darstellung zu finden sein wird -, dass es einzig und allein ihm ~~kommandanten~~ gelungen ist, in der Schluss-sitzung der Aussenminister die Präambel zurechtzufeuern. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wie Sie wissen, meine Damen und Herren, wurde der Artikel 11 gestrichen und damit der als Kriegsfolge hervorgerufenen Diffamierung des einzelnen ein Ende gesetzt. Auf österreichischem Gebiet braucht sich daher niemand mehr zu fürchten, irgendwelchen Verfolgungen aus Gründen einer früheren politischen oder militärischen Betätigung ausgesetzt zu sein. (Starker Beifall.) Österreichs Grenzen sind offen und nicht geschlossen. Wer hier leben will, kann hier leben, und er wird in Ruhe gelassen, wenn er die Gesetze dieses Staates beachtet.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Streichung des Artikels 16 über die versetzten Personen. Ich muss hier ganz entschieden einigen Irrtümern entgegentreten, die vor allem im Auslande aus dem Bestehen des Artikels im Staatsvertragsentwurf entstanden sind. Österreich hätte sich in dem Artikel verpflichten müssen, die freiwillige Repatriierung von Staatsangehörigen der Alliierten und Assoziierten Mächte zu unterstützen. Ich betone, dass es sich ausschliesslich um freiwillige Repatriierungen gehandelt hätte.

Wir können es auch heute nicht hindern, wenn sich ein ehemaliger Staatsangehöriger einer dieser Staaten in die Gesandtschaft dieses Landes begibt und dortselbst ein Einreisevisum in seine frühere Heimat verlangt. Nach österreichischem Gesetz besteht keine Möglichkeit, ihn an der Ausreise zu verhindern. Ich verweise hier auf Beispiele aus anderen Staaten, wo ebenfalls Menschen aus politischen Gründen sich in einen anderen Staat begeben haben, ohne dass sie von den Behörden ihres Landes gehindert werden konnten. Unverantwortliche Gerüchtemacher haben aus dem Bestehen dieses Artikels die Verpflichtung Österreichs herausgelesen, versetzte Personen zwangsweise zu repatriieren. Man kann eine derartige Verantwortungslosigkeit, ein derartiges Spiel mit der Angst von ohnehin genug leidgeprüften Menschen nicht scharf genug anprangern. (Zustimmung.) Diese Gerüchtemacher haben vom Inhalt des früheren Vertragsentwurfes keine Ahnung gehabt, und wenn sie diese Bestimmung wirklich gekannt haben, dann ist ihr unverantwortliches Spiel doppelt zu verurteilen. Im übrigen ist nunmehr dieser Artikel ohnehin gefallen, und damit haben sich diese Gerüchtemacher doppelt blamiert.

Von besonderer Wichtigkeit ist auch die Streichung des Artikels 17, der die Beschränkung der österreichischen Streitkräfte beinhaltet. Wenn auch Österreich keineswegs anstrebt und schon aus wirtschaftlichen Gründen nicht dazu in der Lage sein wird, ein besonders imposantes und grosses Heer aufzustellen, so hätte doch eine im Staatsvertrag festgesetzte Beschränkung eine sehr unzweckmässige Einschränkung unserer

945 Ha/2

Souveränität bedeutet. Mit der Streichung dieses Artikels ist es uns möglich, ein Heer aufzustellen, für dessen Grösse und Begrenzung lediglich unsere eigenen Bedürfnisse und unsere wirtschaftliche Leistungsfähigkeit den Rahmen geben werden.

In diesem Zusammenhang muss auch die Streichung des Artikels 25 betrachtet werden, der ein Verbot von überschüssigem Kriegsmaterial darstellte; das Beibehalten dieses Artikels hätte bedeutet, dass Österreich nur in der Lage gewesen wäre, so viele Waffen zu halten, als es für den augenblicklichen Bestand seiner Armee für nötig befunden hätte. Wenn dieser Artikel aufrecht geblieben wäre, wären wir wahrscheinlich gezwungen worden, ein teures Berufsheer zu halten, während wir jetzt in der Lage sein werden, die weitaus zweckentsprechendere und unserem Volkscharakter gemässe Form der allgemeinen Wehrpflicht einzuführen. (Lebhafter Beifall.) Unser gesamtes Volk erwartet die Einführung dieser Wehrpflicht aus der Überzeugung, dass es das Recht und die Pflicht eines jeden männlichen Staatsbürgers ist, Waffenpflicht für sein Vaterland zu seiner Verteidigung zu leisten. (Neuerlicher Beifall.)

Die Abänderung des bisherigen Artikels 18 beseitigt weitgehend auch eine unangebrachte Diskriminierung bezüglich der politischen Vergangenheit für alle jene, die für unser neues Heer in Betracht kommen.

Über die Erleichterungen, die das Ergebnis der Moskauer Verhandlungen bezüglich des Artikels 35 für Österreich gebracht

945 Ha/3

haben, habe ich bereits im Parlament ausführlich berichtet. Auf der Botschafterkonferenz wurde festgelegt, dass wohl der frühere Text weiterhin im Vertrag enthalten sein wird, doch wird durch die Aufnahme des Moskauer Memorandums als Annex das mit der Sowjetunion getroffene Abkommen dem Vertrag angeschlossen. Es ist darüber in der Bevölkerung vielfach eine falsche Meinung verbreitet gewesen, und so möchte ich Sie besonders bitten, hier mitzuhelfen. Es wurde nämlich nur der Vertragstext, nicht aber die Annexe veröffentlicht. Der frühere Artikel 35 ist als nunmehriger neuer Artikel 22 in der alten Fassung im neuen Vertrag enthalten.

950 Hy 1

Es werden also diese Güter, die die Sowjetunion auf Grund der Potsdamer Beschlüsse in ihr Eigentum erhalten hat, nunmehr nach den bekannten Bestimmungen des Moskauer Memorandums Österreich übergeben. Ich will daher ausdrücklich feststellen, dass die Moskauer Abmachungen im neuen Vertrag als Annex enthalten und damit Bestandteil des Vertrages sind. Es hatte in der Botschafterkonferenz zwei oder drei Tage gedauert, bis über die Anfügung dieses Annex eine Einigung erzielt werden konnte. Aus vertragstechnischen Gründen mussten auch die schon früher festgelegten Listen weiterhin im Vertrag belassen werden. Das ändert aber nichts daran, dass für die zukünftigen Leistungen Österreichs an die Sowjetunion lediglich das Moskauer Memorandum massgebend sein wird. Das heisst, dass die in den Listen genannten Eigentumswerte gegen die Leistung von 150 Millionen Dollar in Waren, 2 Millionen Dollar als Ablöse für die Donau-Dampfschiffahrts-Gesellschaft und je 1 Million Tonnen Erdöl durch 10 Jahre in das Eigentum des österreichischen Staates übertragen werden. (Beifall.)

Über die zukünftige Regelung dieser Werte wird die österreichische Bundesregierung und das Parlament zu entscheiden haben. Im übrigen möchte ich in diesem Punkt nicht zuviel vorwegnehmen, da nach mir der Herr Finanzminister darüber ausführlich sprechen wird.

Auch zur Frage des Deutschen Eigentums ist es heute noch verfrüht, bindende Erklärungen abzugeben. Ich wehre mich nur gegen diskriminierende Äusserungen, die in diesem Zusammenhang in der deutschen Presse, zum Teil aber auch in einigen französischen Zeitungen abgegeben wurden.

950 Hy 2

Die im Staatsvertrag festgelegte Regelung wurde von westallierter Seite vorgeschlagen, da andernfalls die Gefahr bestanden hätte, dass die Verhandlungen auf der Botschafterkonferenz in diesem Punkte zu keiner Einigung führen. Es wird jedoch, meine Damen und Herren, versucht werden, mit der Bundesrepublik Deutschland in noch zu führenden Verhandlungen zu einer Einigung zu gelangen (Beifall), die es ermöglicht, im Rahmen und unter Wahrung des nunmehrigen Vertrages die Grundsätze des Rechtes auf Eigentum soweit wie möglich zur Auswirkung kommen zu lassen. (Neuerlicher Beifall!)

Sie alle wissen, dass Hunderte von Familien mit Ungeduld auf den Abschluss des Staatsvertrages und den Abzug der Besatzungstruppen gewartet haben. Ich denke hier an die Familien derer, die als Kriegsgefangene und Zivilinternierte noch in der Sowjetunion weilen, nicht zu reden von diesen bedauernswerten Menschen selbst, die mit Sehnsucht den Tag erwarten, an dem sie in den Heimattransport eingeteilt werden. Wir haben schon bei unseren Besprechungen in Moskau erreicht, dass der grösste Teil von ihnen in kürzester Zeit zurückkehren wird. Wir werden freilich die Heimkehrertransporte nicht mehr in Österreich, sondern in Csob an der russisch-ungarischen Grenze zu übernehmen haben. Wie Sie den Meldungen unseres Pressedienstes entnommen haben, steht die Überführung des allergrössten Teiles dieser unserer Mitbürger unmittelbar bevor. (Lebhafter Beifall.) Die letzten werden jedenfalls noch vor Abzug der Truppen bei uns eintreffen. Wir hoffen, sie noch in diesem Jahr mit ihren Familien vereinen zu können.

950 Hy 3

Freilich erwartet auch Hunderte von Familien das bittere Los, dann Gewissheit darüber zu erhalten, dass die von ihnen noch zu Erwartenden nicht mehr am Leben sind.

So wie wir es mit unseren Heimkehrern bisher getan haben, werden wir uns auch bei den noch zu Erwartenden bemühen, sie möglichst rasch wieder entsprechend zu versorgen und ihnen die Rückkehr in das tägliche Leben in der Heimat so leicht wie möglich zu machen. (Beifall.)

Einige Schönheitsfehler sind freilich aus dem alten Vertragsentwurf auch in den neuen übernommen worden. Ich verweise hier als Beispiel nur auf die vollkommen überflüssige Souveränitätsbeschränkung, die der Artikel 10 beinhaltet. Der zweite Absatz verpflichtet Österreich, das Habsburgergesetz aufrechtzuerhalten. Eine derartige Bestimmung erscheint schon deswegen als überflüssig, weil eine Änderung oder Abschaffung des Habsburgergesetzes ohnehin nur im Wege der Verfassung durch Zweidrittel-Majorität durchzuführen wäre. Ich habe daher immer die Auffassung vertreten, dass dieser Artikel im Staatsvertrag völlig überflüssig ist, weil die Bestimmungen der österreichischen Verfassung in dieser Hinsicht ohnehin klar genug gefasst sind. Das Aufrechterhalten dieses Artikels stellt zweifellos eine Einschränkung unserer Souveränität dar. Und aus diesem Grunde habe ich noch vor Abschluss der Konferenz dem Herrn Bundespräsidenten einen Besuch abgestattet, ihn darauf aufmerksam gemacht und ihn gebeten, durch eine Intervention die Möglichkeit eines einheitlichen Vorgehens der österreichischen Delegation auf Streichung zu schaffen. Leider war es auch dem Herrn Bundespräsidenten nicht möglich, die Sozialistische Partei zu unserer Auffassung zu bekehren. (Rufe: Hört!Hört! und Pfui!) Dadurch war es nicht möglich, die Herausnahme dieses Artikels aus dem neuen Entwurf tatsächlich durchzubringen.

Trotzdem versuchte unser Aussenminister noch einmal, in der Botschafterkonferenz diesen Artikel zur Debatte zu stellen, stiess aber auf die eindeutige Ablehnung einer der Verhandlungsmächte.

Ich will aber in diesem Zusammenhang auch darauf verweisen, dass einzelne Übereifrige durch eine unzeitgemässe Publikation und eine zu starke Herausstellung dieses Themas zweifellos zu der Vereitelung der Durchführung unserer Absichten beigetragen haben.

Von besonderem Interesse für uns war natürlich die Frage, wann der Vertrag in Kraft treten sollte und damit der Abzug der Besatzungstruppen Wirklichkeit werden würde. Schon bei den Moskauer Besprechungen konnte ein Termin festgesetzt werden, und zwar der 31. Dezember dieses Jahres.

Der Absatz 3 des nunmehrigen Artikels 20 besagt, dass die Streitkräfte der Alliierten und Assoziierten Mächte und die Mitglieder der Alliierten Kommission für Österreich innerhalb von 90 Tagen aus Österreich zurückgezogen werden, angefangen vom Inkrafttreten des Vertrages, soweit irgend möglich aber spätestens bis zum 31. Dezember 1955. (Beifall.)

Es geht nun darum, die Ratifizierung möglichst rasch durchzuführen. Es ist wohl selbstverständlich, dass sich das österreichische Parlament bemühen wird, dies zum ehestmöglichen Termin durchzuführen. Ich bin überzeugt, dass die österreichische Volksvertretung am liebsten sofort ratifizieren würde, um als erste den Vertrag fertigzustellen. Allerdings muss zu diesem Zweck die Übersendung der offiziellen Abschrift abgewartet werden, die nunmehr aus Moskau zu erfolgen hat. Ich nehme an, dass dies in kürzester Frist der Fall sein wird, sodass sich unmittelbar nach Einlangen dieser offiziell beglaubigten Abschrift unsere Volksvertretung mit der Ratifikation befassen kann.

955 W 3

Es wäre für uns von besonderer Wichtigkeit, wenn sich auch die Parlamente der vier Grossmächte dazu entschliessen könnten, diesem Vertragsinstrument noch vor den Sommerferien die Zustimmung zu geben. Es wäre zu überlegen, ob die Österreichische Volkspartei nicht dem Parlament die Anregung zu-leiten sollte, Delegationen der österreichischen Volksver-tretung zu den Volksvertretungen der vier Grossmächte zu entsenden, um dort die Bitte nach raschester Erledigung des österreichischen Staatsvertrages anzubringen. (Starker Beifall.)

Wenn die Ratifikation in den fünf Parlamenten noch vor Eintritt der Sommerferien durchgeführt wird, dann würde die Frist für den Abzug der Besatzungstruppen spätestens Mitte Juli zu laufen beginnen. Es könnte dann eintreten, was ich am 27. April im Parlament als Wunsch des österreichischen Volkes zum Ausdruck gebracht habe, nämlich, dass wir die Wiedereröffnung unserer Staatsoper in einem Österreich feiern, in welchem sich kein fremder Soldat mehr aufhält. (Lebhafter Beifall.)

1000 Ha/1

Ich habe in meinen Unterredungen mit den vier Aussenministern die volle Überzeugung gewonnen, dass sie alle gewillt sind, ihr Bestes zu tun, um diesem unserem Herzenswunsch Rechnung zu tragen. Ich bin daher überzeugt, dass der Vertrag noch zu Beginn des Sommers in Kraft treten wird, glaube aber, dass es nicht schaden könnte, wenn sich zur Unterstreichung dieses unseres Wunsches Abgeordnete unserer Volksvertretung in die vier Hauptstädte begeben würden.

Die vier Grossmächte müssen die Einstellung der österreichischen Bevölkerung zum Problem der Besatzung verstehen. Auch der beste Freund im eigenen Haus wird zur Last, wenn er sich zu lange aufhält. (Heiterkeit und Beifall.) Freunde, die wir zehn Jahre lang bei uns haben, sind besonders dann etwas unangenehm, wenn sie Uniform tragen. (Neuerliche Heiterkeit.) Es möge daher niemand es als Kränkung empfinden, wenn wir den Abschied von ihnen mit solcher Freude begrüßen. (Heiterkeit.) Man darf auch nicht vergessen, dass tausende österreichische Familien diesen Tag schon aus dem Grunde begrüßen, weil sie wieder in ihre Wohnungen zurückkehren können (Beifall), aus denen sie seit zehn Jahren ausgesperrt waren. Diese Familien mussten meist unter sehr beengten Verhältnissen eine provisorische Behausung suchen, und ein zehnjähriges Provisorium ist eben für jeden Menschen untragbar.

Zweifellos wird der Abzug der Besatzungstruppen auch so manche wirtschaftliche Probleme aufwerfen. Die österreichische Bevölkerung kann versichert sein, dass sich die Österreichische Volkspartei ihrer Verantwortung auch in dieser Hinsicht voll

1000 Ha/2

bewusst ist. Wir haben, das können wir mit Stolz behaupten, in der Lösung der wirtschaftlichen Probleme bisher eine glückliche Hand gehabt, und ich sehe nicht ein, warum wir diese unsere Fähigkeit, wirtschaftliche Probleme zu lösen, von heute auf morgen einbüßen sollten.

Ich glaube, dass auch Befürchtungen, die aufgetaucht sind, ob wir die uns durch den Staatsvertrag auferlegten Lasten tragen können, unbegründet sind. Sicherlich bedeuten die Warenlieferungen, die wir zu leisten haben werden, ein gewisses Opfer, ebenso die Verpflichtungen, die wir hinsichtlich des Erdöls übernommen haben. Aber man darf eines nicht vergessen: Die Leistung der Warenlieferungen bedeutet Arbeit und Beschäftigung für unsere Betriebe, und vom Erdöl haben wir bisher nur sehr wenig gehabt. Auf der anderen Seite darf man nicht vergessen, dass die bisher mangelnde Grenzkontrolle und der damit verbundene unkontrollierte Export und Import Österreich jährlich schwere wirtschaftliche Verluste gebracht hat, die mindestens vielleicht ebenso gross sind wie die Warenlieferungen und die Erdöllieferungen zusammen.

Des weiteren können wir nunmehr von allen in Österreich gelegenen Betrieben die vollen Steuerleistungen erwarten und durch den Wegfall der zu Schleuderpreisen verkaufenden Usia-Länder das Einkommen und damit die Steuerleistung der österreichischen Kaufleute vermehren. (Beifall.) Alles in allem genommen glaube ich, dass die Lasten, die uns der Staatsvertrag auferlegt, keineswegs mit einer Senkung des Lebensstandards verbunden sein werden. Nach Ablauf der Zeit, während der wir diese wirtschaftlichen

1000 Ha/3

Leistungen zu erbringen haben, wird eine beträchtliche Steigerung des österreichischen Volksvermögens eintreten.

Ich glaube, dass unsere Partei und darüber hinaus das ganze österreichische Volk dem Geschick und der Tüchtigkeit unseres Finanzministers Dr. Kamitz auch weiterhin volles Vertrauen schenken kann. (Lebhafter Beifall.) Ebenso haben die bisherigen und die gegenwärtigen Minister der Österreichischen Volkspartei in verantwortungsbewusster Arbeit in stets erfolgreicher Weise dazu beigetragen, dass der wirtschaftliche und kulturelle Wiederaufbau Österreichs in einem so günstigen Sinne gesteuert werden konnte. (Neuerlicher Beifall.)

Weitere Besorgnisse, die in letzter Zeit des öfteren geäußert wurden, betreffen die Zusammenarbeit der Koalition.

1005 Hy 1

Es ist richtig, dass die Fortdauer der Besetzung ein gewisses Bindeglied zwischen den beiden Parteien dargestellt hat, dass der bisherige Zustand uns zur Zusammenarbeit gezwungen hat.

Ich glaube aber, dass beide Teile erkannt haben, dass für das gesamtösterreichische Interesse eine derartige Zusammenarbeit notwendig ist. Dieses Zusammengehen hat es mit sich gebracht, dass beide Gruppen in jahrelangem Kontakt und in den ständig notwendigen Verhandlungen gelernt haben, auch den Standpunkt der anderen Seite zu würdigen und ihm Rechnung zu tragen.

Was die Österreichische Volkspartei betrifft, so glaube ich, im Namen des Bundesparteitages zu sprechen, wenn ich auch weiterhin die Bereitschaft der Österreichischen Volkspartei zur Zusammenarbeit ausspreche. (Beifall.) Gerade unsere Partei hat das gesamtösterreichische Interesse stets an die Spitze ihrer Überlegungen gestellt und manchmal auch gegen die Kritik verschiedener Parteimandatare die eigenen Parteiinteressen hinter das Gesamtinteresse zurückgestellt. Der Erfolg hat dieser Haltung unserer Partei Recht gegeben. Wir wollen daher in Zukunft ebenso handeln, allerdings - neuerlich betont - unter der Voraussetzung, dass auch die Gegenseite zu gleicher loyaler Zusammenarbeit bereit ist. Wir sind stets bereit, mit unserem Koalitionspartner zu verhandeln, wir werden aber nie dazu bereit sein, der Diktatur oder dem Druck der Strasse nachzugeben. (Lebhafter Beifall.)

Niemals werden wir uns auch dazu bewegen lassen, die Grundsätze unserer Partei auch nur um einen Millimeter zu verlassen. Der wichtigste Leitgedanke der Politik der

1005 Hy 2

Österreichischen Volkspartei ist die Freiheit des Einzel-individiums, die Freiheit der Wirtschaft und die Freiheit des Eigentums. Aus dieser Einstellung heraus ist es uns auch leicht gefallen, die Erklärung, um die wir in Moskau ersucht worden sind, abzugeben, die Arbeiter- und Angestellten-schaft der USIA-Betriebe keiner Diskriminierung zu unter-ziehen. Wir stehen auf dem Standpunkt, dass das politische Denken eines Menschen frei sein muss und dass er niemals durch Zwang dazu bewogen werden soll, seine Gesinnung zu ändern. (Beifall.) Dies wäre der Fall, wenn wir ihn für eine andere Gesinnung, wenn auch nachträglich, irgendwelchen Nachteilen unterwerfen würden. Diesen Standpunkt hat die Österreichische Volkspartei im übrigen schon seit dem Jahre 1945 eingenommen und in die Tat umgesetzt.

Wir sehen in unserem Mitbürger zuerst den Menschen, beurteilen ihn nach seiner moralischen Haltung, nach seinem Charakter, nach seiner Leistung und zuletzt erst nach seiner politischen Gesinnung. Wir lehnen vor allem jeden Druck auf den kleinen Mann ab, wir fühlen es als erste Verpflichtung, dem Unselbständigen zu helfen, seine Existenz zu sichern und nach Massgabe unserer wirtschaftlichen Möglichkeiten seinen Lebensstandard zu heben. (Beifall.)

In dieser Beziehung muss unsere Sorge in den nächsten Jahren vor allem dem Mittelstand gelten, der etappenweise auf jenes Niveau geführt werden soll, das er einmal besessen hat. (Beifall.) Wir haben durch die letzten Steuerreformen weiter bewiesen, dass wir auch bestrebt sind, die Lebens-

1005 Hy 3

haltung der kleinen Gewerbetreibenden und Selbständigen zu erleichtern und zu verbessern.

Die Österreichische Volkspartei wird sich nach wie vor für die Erhaltung eines gesunden und freien Bauernstandes einsetzen. (Beifall.) Der Ausgang der Kammerwahlen hat bewiesen, dass die österreichische Bauernschaft in ihrer weitaus überwiegenden Mehrheit im Lager der Österreichischen Volkspartei steht, und dieses Vertrauen wird die Österreichische Volkspartei auch nicht enttäuschen.

Ich glaube, dass es uns trotz der Lasten, die uns der Staatsvertrag auferlegt, auch in nächster Zeit möglich sein wird, den wirtschaftlichen Aufstieg fortzusetzen. Entgegen vielfachen düsteren Prophezeiungen haben wir auch den Rentnern ihre Existenz wesentlich verbessert. Auch hier ist der Schlußstein noch nicht gelegt. Auch sie werden nicht vergessen, wenn, wie wir es mit Bestimmtheit erwarten, Verbesserungen zur Hebung des Lebensstandards vorgenommen werden.

Die Österreichische Volkspartei repräsentiert Vertreter aller Gruppen und aller Berufsschichten. Sie ist das ausgleichende Element zwischen den Staatsbürgern. Sie hat aber auch die Pflicht und ist sich dessen wohl bewusst, dass sie die Interessen aller Volksschichten nach sorgfältiger Abwägung nach bestem Wissen und Gewissen zu vertreten hat. Das Bestreben unserer Partei ist, eine wahre und echte Gemeinschaft zu schaffen. Wir sind auf dem besten Wege dazu. Die Fortschritte der letzten Zeit sind nicht zu übersehen. Alle Anzeichen sprechen dafür, dass diese sehr positive Entwicklung auch in nächster Zeit anhalten wird. Wir haben daher durchaus Grund - und ich treffe diese Feststellung als eingefleischter Realist -, in optimistischer Weise in die Zukunft zu sehen.

Wir haben in dem abgelaufenen Dezennium die Verantwortung, die manchmal sehr schwer und drückend war, gerne und im vollen Bewusstsein der Wichtigkeit für die Zukunftsentwicklung unseres Heimatlandes getragen. Wir werden jetzt, da wir das schwerste Ziel erreicht haben, das zu erreichen war, die Freiheit und Unabhängigkeit, umso williger, ich glaube aber auch umso leichter diese Verantwortung tragen können.

17 Jahre haben wir auf den Tag der Freiheit gewartet, wir haben oft unsere Hoffnungen enttäuscht gesehen, wir haben sie aber niemals aufgegeben und niemals daran gezweifelt, dass eines Tages dieser Wunsch doch in Erfüllung gehen werde. Heute ist es soweit, und da will ich zuerst derer gedenken, die in der vordersten Front dieses Kampfes um die Freiheit gestanden sind. Ich kann sie nicht alle aufzählen, ich muss mich mit einigen Beispielen begnügen. Ich denke zunächst an die, die ihr Leben für die Zukunft eines freien Österreich geopfert haben. Ich denke hier an die, die ihre Treue und ihren festen Glauben an die Heimat mit Haft und Krankheit bezahlen mussten. Ich denke hier an die zahlreichen Opfer der Exekutive und auch an die Beamtenschaft des Bundes, der Länder und der Gemeinden, die jahrelang ihren Dienst oft unter schwerem moralischen und politischen Druck ausüben mussten. Ich denke hier an die kleinen Dorfbürgermeister, die sich in diesen zehn Jahren im Verkehr mit ihren Besatzern als wahre Meisterdiplomaten erwiesen haben (lobhafter Beifall), die es immer wieder mit grossem Opfermut verstanden haben, Härten für ihre Mitbürger abzubiegen oder sie zu mildern.

Die letzten Tage des Jubels haben deutlich gezeigt und vor allem auch die vier Aussenminister stark beeindruckt, die durch persönlichen Augenschein wahrnehmen konnten, dass im österreichischen Volk ein sehr lebendiges Staatsbewusstsein vorhanden ist. Wir müssen aber dafür sorgen, dass dieses Staatsbewusstsein nicht nur in den Tagen des Jubels und der Freude so augenfällig in Erscheinung tritt.

Das österreichische Volk hat der Welt auf allen Gebieten Männer geschenkt, deren Grosstaten des Geistes Marksteine in der Entwicklung der menschlichen Kultur und Zivilisation bedeuteten. Wir können uns glücklich schätzen, dass wir auch heute noch auf dem Gebiete der Kultur, der Wissenschaft und Technik derartige Männer zu den unsrigen zählen dürfen. Österreich hat der Welt mehr gegeben, als es nach der Zahl seiner Bevölkerung verpflichtet gewesen wäre. Diesen hohen Standard des Leistungsvermögens unseres Volkes auf geistigem und wirtschaftlichem Gebiet wollen wir auch weiter in der Zukunft erhalten. Wir wollen uns aber auch dieser Leistung bewusst sein, wir haben keine Ursache zu übertriebener Bescheidenheit. Nicht alles, was fremd ist, ist gut, das haben uns die letzten Jahre in überzeugender Weise gelehrt. Im Gegenteil! Ich glaube, dass diese zehn Jahre so manchem ausländischen Gast gezeigt haben, auf welchen verschiedenartigen Gebieten gerade dieses kleine Österreich ein Beispiel sein kann.

1015 Ha/1

Auch so weit gereiste Gäste, die auf der Welt mehr gesehen haben als einer von uns, wie es die vier Aussenminister sind, die wir in diesen Tagen zu Gast hatten, waren durch den für die Unterzeichnung des Staatsvertrages und die Empfänge gebotenen Rahmen sichtlich beeindruckt. Die Kultur und die Tradition Wiens leben nicht nur in den Steinen der Vergangenheit, sie haben in den letzten Tagen neue Triumphe erlebt und bewiesen, dass dieser Geist der Völkerverbindung auch heute noch immer lebendig ist. Hunderte von Journalisten, Rundfunk-, Wochenschau- und Photoreportern, die in diesen Tagen aus allen Himmelsrichtungen zu diesem Ereignis herbeieilten, das die erste Einigung der vier Grössmächte seit Ausbruch des Kalten Krieges darstellt, haben in Wort, Bild und Ton festgehalten, was sie in Wien gesehen und erlebt haben. Sie werden Künder sein von der Kultur unserer Stadt und dieses Österreichs, einer Kultur, die nicht tot ist, sondern weiterlebt in ihren Bewohnern, die sie nicht nur würdigen, sondern auch stets zu vermehren wissen. Es hat bei vielen unserer Besucher Verwunderung hervorgerufen, dass wir nicht nur die zerstörten Produktionsstätten wieder in so kurzer Zeit aufgebaut haben, sondern auch unsere Kulturdenkmäler. Es haben mich verschiedentlich in den letzten Tagen Gäste aus dem Ausland gefragt, ob denn nicht manchmal in unserem Volk Unzufriedenheit entstanden sei, dass wir beträchtliche Summen für die Wiederherstellung unserer kulturellen Güter geopfert haben, und ich konnte mit Stolz erwidern, dass das österreichische Volk in dieser Hinsicht eine einheitliche Auffassung an den Tag legte, dass sich nicht eine kritische Stimme dagegen erhob, etwa den Stephansdom, die Oper, das Belvedere.

1015 Ha/2

Schönbrunn usw. wiederaufzubauen. Ich konnte dann erklären, dass zu einer Zeit, da noch keine Transportmittel vorhanden waren, da eine ausgesprochene Hungersnot herrschte, die Österreicher mit der blossen Hand die Arbeit begonnen haben, diese Kulturdenkmäler wieder aufzubauen und wieder-herzustellen. (Beifall.) Dies ist eben die österreichische Eigenart. Mag mancher vielleicht darüber gelächelt haben - jetzt bewundert jeder das vollendete Werk.

Die letzten zehn Jahre haben einige sehr positive Feststellungen für die Zukunft unseres Volkes ermöglicht. Die Frage nach der Lebensfähigkeit Österreichs erhebt sich nicht mehr, sie ist eindeutig bejaht. Die moralische Kraft unseres Volkes hat sich in den 17 Jahren der Besetzung in überzeugender und leuchtender Weise bewiesen. Der ungebrochene Fleiss hat zu einem allgemein bewunderten Ergebnis des Wiederaufbaues geführt. Nunmehr haben wir auch jenes Ziel erreicht, das wir durch zehn Jahre als unser oberstes bezeichnet haben. Der österreichische Adler hat die Ketten abgeworfen. (Beifall.) Die Einheit und Unverletzlichkeit des österreichischen Territoriums ist gesichert. Wir treten in einen neuen Abschnitt der Geschichte ein. Der Mut und die Kraft, die wir alle in den letzten Jahren bewiesen haben, hat seine Früchte gebracht. Die Zeit der Ernte ist gekommen. Es liegt an uns, uns dieses Erfolges würdig zu erweisen. Wir haben die Freiheit zu teuer erarbeitet und errungen, als dass wir sie leichtfertig aufs Spiel setzen würden.

Ich möchte schliessen: Die Österreichische Volkspartei wird auch weiterhin das bleiben, was sie war: die Wahrerin und Beschützerin unserer Heimat! (Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen und spenden stürmischen anhaltenden Beifall.)

1020 Hy 1

Vorsitzender Minister a. D. K r a u s : Ich darf dem Herrn Bundesparteiobmann herzlich danken. Ich glaube, in Ihrer aller Namen zu sprechen, wenn ich die Versicherung abgebe, dass in der kommenden Zeit die Partei geschlossen hinter ihm stehen wird. (Lebhafter Beifall.)

Möge ihm der Hergott die Gesundheit und die Kraft geben, unsere Heimat einer schönen Zukunft entgegenzuführen. (Neuerlicher lebhafter Beifall.)

Ich bitte Herrn Dr. Ing. Figl, sein Koreferat zu erstatten.

Bundesminister Dr. h. c. Dipl.-Ing. F i g l (mit stürmischem, sich wiederholendem Beifall begrüsst): Meine sehr verehrten Frauen und Herren! Meine lieben Parteifreunde! Wenn mich der Herr Bundesparteiobmann gebeten hat, einen kurzen Bericht über die Botschafterkonferenz zu geben, so glaube ich, muss ich doch ein bisschen auf die Geschichte dieses 15. Mai 1955 zurückgreifen.

Zuerst sind wir im Jänner 1947 nach London gefahren, um dort zu warten, bis uns die Grossen riefen und wir unseren Wunsch nach Freiheit vortragen konnten. Nach einigen Fragen konnten wir wieder den Saal verlassen und warten, ob uns noch jemand über unser Schicksal fragt. Ein Zeuge dafür - er war damals mit - sitzt hier in der vorderen Reihe: Minister Schumy.

Dann sind in den verschiedenen Hauptstädten der Welt über 286 Konferenzen veranstaltet worden - ohne Ergebnis!

Erst der Februar des Jahres 1954 brachte es zustande, dass ich auf der sogenannten Berliner Konferenz als gleichberechtigter Partner unter den vier Grossmächten sitzen konnte

1020 Hy 2

und mich bemühte, für Österreich die Freiheit zu erringen. Es ist nicht gelungen, wie Bundeskanzler Raab schon gesagt hat.

Wir hatten ein hartes Jahr Arbeit hinter uns, bis der Weg frei war, nun auch nach dem Osten zu fahren. Der Abflug am Ostermontag war für Österreich ein richtiger Emmaus-Gang, so wie es der Bauer in unserem Land macht, der über die Felder geht, um für die Ernte des Jahres zu beten. Ja, verehrte Parteifreunde, dieser Moskau-Besuch unter der Führung des Herrn Bundeskanzlers hat die grosse Wende gebracht. Und so kam es zur Botschafterkonferenz.

Als ich am 2. Mai dieses Jahres in das Konferenzgebäude gegangen bin, da bewegte mich ein sonderbares Gefühl, war ich doch in meiner Kanzlerschaft zwei Mal in dieses Gebäude gegangen, aber nicht als Gleichberechtigter, sondern als Angeklagter, der Antwort stehen musste über das Tun und Handeln seiner Regierung.

1025 W 1

Am 2. Mai aber standen in diesem Gebäude neben den alliierten Soldaten auch die österreichischen Polizisten, und auf dem Gebäude wehte in der Mitte die rot-weiss-rote Flagge. (Starker Beifall.) Deutsch war auch eine der Verhandlungssprachen. Unsere Zimmer waren genau so mit Fernschreiber, Telephon und Radio ausgerüstet wie die Zimmer der vier Mächte. Ja, verehrte Freunde, eine andere Zeit war angebrochen!

So habe ich auch schon am ersten Tage den Wunsch Österreichs vorgetragen und wie in allen früheren Sitzungen betont, dass das Österreichproblem ein eigenes Problem ist und nicht mit anderen Fragen gekoppelt werden darf. Ich habe erklärt: Wenn diese Erkenntnis zum Gemeingut der vier Grossen wird, dann darf man aber auch nicht dem österreichischen Volk die Schuld an dem zweiten Weltkrieg auflasten. (Beifall.)

Ich habe schon am ersten Tage in meiner ersten Rede auf der Botschafterkonferenz darauf hingewiesen, dass ich am Schluss der Konferenz auf die Präambel zurückkommen werde. Es war auch erst in letzter Minute, auf der Aussenministerkonferenz, möglich, diese Frage zu lösen.

Die Botschafterkonferenz hat ihre Arbeit in verständnisvollster Bereitschaft begonnen. Es war bereits am ersten Tage zu sehen, dass von allen Seiten der ehrliche Wille vorhanden ist, nun wirklich ein Vertragsinstrument fertigzustellen, das in die heutige Zeit hineinpasst. Über die einzelnen Punkte der Beratungen hat schon der Herr Bundeskanzler gesprochen.

1025 W 2

Als ich gestern im Auditorium Maximum vor der akademischen Jugend Wiens gesprochen habe und ihr dargelegt habe, dass es nun in Österreich wieder ein Militär geben wird und dass dadurch das Studium der jungen Kollegen eine Verzögerung um ein halbes Jahr erfahren wird, hat es dort keine Missstimmung, sondern freudigen Jubel gegeben, weil die Jugend eben bereit ist, für die Heimat einzutreten. (Starker Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Wie könnte ein österreichischer Staat, der sich neutral erklärt, von den anderen Mächten verlangen, diese Neutralität zu respektieren und zu achten, und verlangen, dass sein Staatsgebiet unversehrt und unverletzt bleibt, wenn das österreichische Volk nicht selber entschlossen wäre, die Heimat zu verteidigen und zu erhalten? (Lebhafte Zustimmung.) Darum, verehrte Freunde, muss ein Volk, das auf seine Freiheit baut, auch entschlossen sein, seine Freiheit zu verteidigen! (Lebhafter Beifall.)

Die Schwierigkeiten beim Artikel 35 des Staatsvertragsentwurfes wurden beseitigt. Das Ergebnis der zweiseitigen Verhandlungen in Moskau wurde in einem Annex festgehalten.

Wir haben im Staatsvertrag neben anderen Artikeln auch einen Artikel 45 bis. In diesem Artikel 45 bis heisst es, dass Jugoslawien das Recht hat, die österreichischen Vermögenswerte in Jugoslawien als Reparationen für all das, was österreichische Soldaten auf jugoslawischem Gebiet getrieben haben, zu konfiszieren. *

1025 W 3

Verehrte Parteifreunde! Wir haben gerade in letzter Zeit in den Verhandlungen mit Jugoslawien über diese Wirtschaftsfragen weitere Fortschritte erzielt. Es ist uns aber in der kurzen Zeit nicht gelungen, zu einem vollen Übereinkommen zu gelangen, dass das österreichische Vermögen in Jugoslawien von den Jugoslawen anerkannt und respektiert wird.

1030 Ha/1

Wir haben aber die Verhandlungen so weit vorangebracht, dass wir dies auf der Botschafterkonferenz anbringen konnten, und im Protokoll ist festgelegt, dass, wenn Österreich und Jugoslawien eine Bereinigung der Frage der Vermögenswerte in Jugoslawien herbeiführen, dies Gültigkeit hat und von allen vier Signatarmächten anerkannt und respektiert wird. (Beifall.)

In dem Zusammenhang darf ich auch sagen, dass in der Frage der Minderheiten in Kärnten und in der Südsteiermark keine anderen Verpflichtungen im Staatsvertrag enthalten sind als die Verpflichtungen, die wir als der Charta der Vereinten Nationen Beigetretene respektieren müssen, Menschenrechte, die anerkannt und heilig sind. Verehrte Freunde! Sie sehen, dass wir uns auch in diesem Fall bemühten, das Beste herauszuholen.

Und wenn der Kanzler den Artikel 10 angeschnitten hat, so möchte ich dazu nur ein Wort sagen: Es ist bedauerlich, dass dieser Artikel erhalten blieb. Er ist unschön, ist eine gewisse Schande, dass man ihn uns oktroyiert hatte. Aber eine Macht war nicht für uns. Die letzte Botschafterkonferenz hat sich noch mit dem Artikel 10 beschäftigt, aber, wie der Herr Bundeskanzler schon gesagt hat, eine Macht hatte strikte abgelehnt.

Die Präambel war in der letzten Botschafterkonferenz nicht positiv zu erledigen, sodass wir am Samstag, den 14., mit dem fertigen Instrument und mit der alten Präambel in die Ministerkonferenz gegangen sind. Dieser Absatz 3 lautete:

"Im Hinblick darauf, dass nach dieser Annexion Österreich als integrierender Teil Hitler-Deutschlands am Kriege gegen die Alliierten und Assoziierten Mächte und gegen andere Vereinte Nationen teilnahm, und im Hinblick darauf, dass Deutschland sich zu diesem Zwecke österreichischen Gebietes, österreichischer Truppen und materieller Hilfsquellen bediente und dass Österreich sich einer gewissen Verantwortlichkeit, die sich aus dieser Teilnahme am Kriege ergibt, nicht entziehen kann;"

Auf all den Botschafterkonferenzen war es wegen der Uneinigkeit in Österreich nicht möglich, diese Frage zu lösen. Die Ministerkonferenz begann mit der Respektierung des ausgearbeiteten Entwurfes. Und da fiel das Wort vom Vorsitzenden: Beginnen wir mit der Präambel. Und da erklärte ich spontan, obwohl wir Österreicher nicht alle einig waren, auf eigene Verantwortung und im Wissen, dass der Regierungschef hinter mir steht: Österreich würde es lieber sehen, wenn der Absatz 3 der Präambel gestrichen worden wäre. Und, meine verehrten Parteifreunde, nicht eine halbe Minute war vergangen, und er war gefallen! (Beifall.) Der Vorsitzende Minister Molotow schloss sich an mit den Worten: Ich erfülle den Wunsch des Herrn Ministers Figl. Dulles: Sehr einverstanden. Pinay: Aus vollem Herzen. Macmillan: Die Sehnsucht der englischen Regierung ist gestillt. - Einverstanden! (Beifall.)

Verehrte Frauen und Herren! Diese Schuld wäre ja eine Groteske gewesen. Und ich habe es auf der Botschafterkonferenz gesagt, man kann doch nicht einem Volke, dem man die Freiheit gibt, ein Brandmal der ewigen Schuld aufbrennen. (Zustimmung.)

1035 Hy 1

Es wäre, verehrte Parteifreunde, das Groteskeste gewesen, wenn heute, nachdem Westdeutschland in seiner Souveränitätserklärung keinen Schuldparagraph hat, das einzige Österreich vor der ganzen Welt als der Schuldige am zweiten Weltkrieg dagestanden wäre. Und darum, verehrte Freunde, ist es bedauerlich, dass hier im Volke oder bei einzelnen führenden Herren keine Einigkeit war. Es sind genug Zeugen in der Botschafter- und Ministerkonferenz, die die uneinige Haltung dieser Herren gesehen haben.

Wenn wir heute behaupten, wir hätten dafür gearbeitet, so können wir wirklich mit ruhigem Gewissen sagen: Wir haben einen anständigen und einen sauberen Vertrag, der unsere Kultur, unsere Wirtschaft und unser soziales, ja unser österreichisches Leben für die Zukunft sichert.

Verehrte Freunde! Am Sonntag haben wir uns gefreut. Ich habe in der Schlussrede nach der Unterzeichnung gesagt: Ja, Österreich jubelt, Österreich dankt, aber Österreich geht gleich wieder an die Arbeit! Ja, wir müssen bei der Arbeit bleiben, um die Zukunft zu sichern!

Am Sonntag sagte ich: Jugend! Du hast heute das Erbe übernommen, bewahre dieses Erbe der Freiheit, schütze dieses Erbe und sichere es für die Zukunft! Es war für uns gestern sicherlich ein erhebendes Erleben, dass sich die akademische Jugend zu Österreich bekannte, dass sie auf die Ringstrasse gezogen ist, vor dem Kanzler aufmarschiert ist, eine Dankadresse überreichte und ihn der treuen Gefolgschaft versicherte. Tausende junge Akademiker! Das muss uns doch die Überzeugung und die Kraft geben, die Opfer, die wir bringen

1035 Hy 2

müssen, zu bringen. Diese Opfer sind begrenzt. Wir wissen, sie gehören nur für unser Wohl, für das Wohl unseres Volkes.

Verehrte Freunde! Ich möchte auch noch einen Appell an Sie richten. Wir haben in der letzten Zeit viel von Familienpolitik gesprochen. Ja, verehrte Frauen und Männer, sorgen Sie dafür, dass unsere Familien gesund bleiben, wir werden sorgen, dass Sie Familien gründen können, aber sorgen wir alle dafür, dass in die Familie, in die Keimzelle des Staates, der wahre österreichische Geist des Patriotismus und des Gottvertrauens gelegt wird. (Lebhafter Beifall.)

Erfüllen wir unsere Pflicht als Österreicher! Wir können diese Pflicht nicht nur für unsere Bürger in diesem Staate erfüllen, sondern auch für unsere Brüder und Schwestern, die nicht in unserem Territorium leben. Wir können als ein freier Staat erst jetzt für ihre Interessen eintreten, und werden es in der Zukunft auch tun.

So wollen wir wirklich die österreichische Familie sein, die nicht nur dem eigenen Land, sondern Europa und der Welt ein Beispiel gegeben hat. Wenn wir in Einigkeit und Treue zusammenstehen, Freunde, dann wird dieser neue Zeitabschnitt für Kinder und Kindeskinde segensreich sein. Wir flehen heute nur den Allmächtigen an, er möge diesem braven Volk und diesem Land auch weiterhin seinen Segen geben! (Starker, anhaltender, sich wiederholender Beifall.)

1040 W 1

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Ich übernehme den Vorsitz und danke dem Herrn Aussenminister für seinen Bericht. Die Österreichische Volkspartei und Österreichs Volk danken ihm dafür, dass er jahrelang als Regierungschef unentwegt für die Freiheit Österreichs gearbeitet und gekämpft hat und nunmehr als Aussenminister in treuer Kameradschaft mit unserem Kanzler sein Ziel auch erreicht hat. Seine Verdienste um die Wiedererlangung der Freiheit Österreichs werden in die Geschichte eingehen. (Starker Beifall.)

Wir kommen zum 3. Punkt der Tagesordnung. Ich bitte den Herrn Finanzminister Dr. Kamitz, sein Referat zu erstatten.

"Unser Wirtschaftskurs wird fortgesetzt."

Finanzminister Dr. K a m i t z (Mit Beifall begrüsst):

Verehrter Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Eine starke und konsolidierte Wirtschaft ist das Fundament der politischen Freiheit. Wir haben, nachdem wir nach 17 Jahren unsere Souveränität und Unabhängigkeit wiedergewonnen haben, die Verpflichtung, materielle Lebensbedingungen zu sichern, die es gestatten, in einer von wirtschaftlicher Not freien Atmosphäre unser innerpolitisches Leben konstruktiv zu gestalten und darüber hinaus unsere österreichische, europäische Aufgabe zu erfüllen.

Wenn wir in unserer Lebensauffassung und in unserer Lebensweise von anderen Bezirken des menschlichen Handelns kommen und eine Gesellschaftsform als richtig empfinden, die

auf der Freiheit der Person, auf der Unverletzlichkeit des Privateigentums, auf der Humanität und Toleranz und auf der alten Tradition der christlich-abendländischen Kultur aufbaut, dann dürfen wir in wirtschaftlicher Beziehung kein System schaffen oder dulden, das diesen Grundsätzen widerspricht. Es ist hier nicht daran gedacht, irgendeinem Manchesterum oder einem brutalen Materialismus das Wort zu reden, sondern das, was wir auf wirtschaftlichem Gebiete anstreben, ist eine Form, die es den wirtschaftenden Menschen ermöglicht, frei von sozialistischen und kollektivistischen Einflüssen seine ureigenste wirtschaftliche Funktion zu erfüllen und unabhängig vom Dirigismus seinen Weg zu gehen.

Meine Damen und Herren! Ich hatte im Jahre 1952 - es war am 18. Jänner 1952 - die Ehre, ein Wirtschaftsprogramm zu entwickeln, das wir seit dieser Zeit mit Konsequenz verfolgt haben. (Starker Beifall.) Ich glaube, dass es allmählich auch jenen Menschen im österreichischen Volk, die mit den wirtschaftlichen Zusammenhängen nicht so sehr vertraut sind, klar werden wird, dass hier eine ganz gerade Linie verfolgt wird. Ich glaube aber auch, dass den sozialistischen Bemühungen, ihre Verdienste daran herauszustreichen und unsere Verdienste herunterzusetzen, kein Erfolg beschieden sein wird.

Man hat seit dem Jahre 1952 - ich darf das hier vielleicht ganz kurz rekapitulieren, ich werde Sie damit nicht lange langweilen - zunächst um den Ausgleich des Staatshaushaltes gekämpft. Sie erinnern sich sicher daran, was das für ein

Kampf war. Sie werden sich daran erinnern, dass dieser Kampf zur Auflösung des Parlaments und zu Neuwahlen geführt hat. Was hören wir aber heute? Dass eigentlich die Sozialisten diejenigen waren, die für einen ausgeglichenen Staatshaushalt eingetreten sind. (Heiterkeit.)

In einem Buch, das der Herr Vizekanzler Schärp vor kurzem der Öffentlichkeit übergeben hat, schreibt er, dass ich bei meinem Amtsantritt eine "g'machte Wies'n" vorgefunden habe und eigentlich nur hätte die Ernte einzubringen brauchen, statt störend in Erscheinung zu treten.

1045 Ha/1

Die "g'machte Wies'n" hat so ausgesehen, dass überhaupt nur für ein halbes Jahr Subventionen für die Lebensmittelpreisstützung vorgesehen war, dass man also mit Sicherheit mit einem weiteren Preis-Lohn-Übereinkommen hätte rechnen müssen. Sie hat so ausgesehen, dass ein Loch von 2.7 Milliarden Schilling bestand, dass damals Vertreter der Sozialistischen Partei uns angeboten haben, den Umsatzsteuersatz um 1 Prozent zu erhöhen, und sich bereit erklärt haben, diese unpopuläre Massnahme in ihren Kreisen schon zu vertreten. Sie werden begreifen, dass wir auf diese Kunststücke nicht eingehen wollten und dass wir es uns zum Ziel gesetzt haben, endgültig Ordnung in diesen Staatshaushalt zu bringen. (Beifall.)

Es ist weiter die Frage der öffentlichen Investitionen zur Erörterung gestellt worden, und man bemüht sich nun von sozialistischer Seite zu sagen, wir sind ja immer Feinde der öffentlichen Investitionen gewesen. Ich habe damals eingehend der Öffentlichkeit dargelegt, warum ich gezwungen war, die öffentlichen Investitionen zu kürzen: Deswegen, weil das Budget so verkeilt war, dass es eine andere Kürzungsmöglichkeit überhaupt nicht gab, sodass man sich klar sein musste, diese unpopuläre Massnahme in Kauf nehmen zu müssen, wenn uns daran liegt, all die Konsequenzen, die von einer gesunden Finanzpolitik ausgehen, einmal zu ernten. Und da glaube ich, dass wir allmählich die Ernte einbringen können und zum Teil auch eingebracht haben.

Wir haben im ersten Jahr zunächst damit begonnen, den Steuerzahler dadurch zu entlasten, dass wir durch die Hebung

1045 Ha/2

der Spartätigkeit - die von einem ausgeglichenen Budget ausgegangen ist, das das Vertrauen in die Währung wieder geweckt hat - erstens die Mittel bereitgestellt haben, die es im späteren Verlauf ermöglichten, grosse Investitionen nicht mehr den Steuerzahlern einer Generation aufzubürden, sondern auf dem normalen Weg, nämlich durch langfristige Anleihen, zu finanzieren. Ich darf daran erinnern, dass wir schon zu Beginn 1953 erstmalig eine Auslandsanleihe aus der Schweiz nach Österreich gebracht haben, die zur Automatisierung des Telephonnetzes diente. Es war die erste Anerkennung, die das Ausland unserer Politik gezollt hat.

Weiterhin haben wir im Laufe der Entwicklung darnach getrachtet, von dem Unding der sozialistischen Konzeption abzukommen, dass alles nur in den Händen des Staates verankert sein muss und dass nur der Staat selbst der Träger jeglicher Konjunktur und jeglicher wirtschaftlichen Entwicklung sein kann.

Wir sind konsequent den Weg gegangen, durch Erleichterungen für die Steuerträger und für die Produktion die Formen zu schaffen, die es der Wirtschaft selbst ermöglichen, in kurzer Zeit einen Konjunkturaufschwung herbeizuführen, oder, wenn ich so sagen darf, über sich ergehen zu lassen - denn leider scheint ~~xxx~~ ja offenbar die heutige Situation nach der Kritik, die man in Fachblättern liest, etwas Unangenehmes zu sein; wie ja oft alle Dinge in Österreich sehr häufig von der negativen Seite betrachtet werden, statt die positiven Kriterien aus der Entwicklung herauszuholen. Wir haben also im Wege der steuerlichen Erleichterungen den Urgrund des wirtschaftlichen

1045 Ha/3

Geschehens getroffen. Wir haben dadurch die Produktion erleichtert, sie rentabler gestaltet, die Produktivität erhöht und der österreichischen Wirtschaft ermöglicht, an der Weltkonjunktur teilzunehmen.

Niemand von uns hat jemals behauptet, dass wir diejenigen sind, die hier aus einem Fels Wasser entspringen lassen können, oder dass wir Wunder wirken können. Aber ich glaube, ein Verdienst können wir für uns in Anspruch nehmen: dass wir es durch unsere gegen den Willen der Sozialisten durchgesetzten Massnahmen erreicht haben, Österreich in einem Masse an die Weltkonjunktur anzuschliessen, um das uns andere, reichere und besser begüterte Staaten beneiden. (Beifall.)

1050 Hy 1

Ich erinnere mich noch an einen Ausspruch, den ein prominenter sozialistischer Funktionär im Zuge der Wahlauseinandersetzungen getan hat. Er sagte: Was haben wir davon, wenn sich der Schilling-Kurs in Zürich um einige Punkte bessert und wir dabei hunderttausende Arbeitslose in Kauf nehmen müssen? Dieses Unverständnis wirtschaftlicher Art ist, glaube ich, durch die Ereignisse der letzten Jahre blendend widerlegt worden. (Zustimmung.) Wir haben heute in Zürich einen Kurs, der sich mit jeder harten Währung der Welt messen kann, und unser Arbeitslosenproblem ist in einen Facharbeitermangel übergegangen. (Beifall.)

Es ist also nicht so, wie diese Demagogen behauptet hatten, dass unsere Politik zur Arbeitslosigkeit führt, sondern es ist im Gegenteil so, dass wir seit 1945 noch nie eine so hohe Beschäftigung gehabt haben als jetzt. Und das nicht deswegen, weil wir etwa sozialistischen Ideen gefolgt sind, sondern weil wir gegen ihren Willen die Steuersenkungen, die Produktionsförderung, die Aussenhandelsförderung und das ganze Bouquet der Wirtschaftsförderungsmassnahmen durchgesetzt haben. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Diese Politik ist ja letzten Endes nicht nur auf dem produktionspolitischen Sektor zu erkennen. Ich glaube, dass darüber hinaus auch Auswirkungen sichtbar sind, die die Allgemeinheit betreffen. Die Steuersenkungen haben nicht nur dem Produzenten das Leben erleichtert, sondern haben auch dem Konsumenten^m wertvolle Vorteile gebracht. Ich wage hier die Behauptung, dass die Valorisierung der Gehälter der Beamten im öffentlichen Dienst nur einen Bruch-

1050 Hy 2

teil des Effektes bekommen hätte, den sie heute hat, wenn wir nicht gleichzeitig die Steuersenkung durchgeführt hätten. (Beifall.) Denn nur dadurch ist es gelungen, aus den Nivellierungstendenzen der Gewerkschaftspolitik herauszufinden und wieder jenen Spannungsgrad zwischen dem Hofaufkehrer und dem Sektionschef herbeizuführen, der der verschiedenartigen Verantwortung dieser beiden Kategorien nun einmal im öffentlichen Leben entspricht.

Darüber hinaus haben wir aber auch andere Ziele erreicht. Es ist also durch die Steuersenkungen nicht nur das Realeinkommen der öffentlich Bediensteten, das Realeinkommen aller Gehalts- und Lohnbezieher gestiegen, sondern es ist darüber hinaus möglich gewesen, eine konstruktive Familienpolitik im Wege des Familienlastenausgleiches einzuleiten, dem vielleicht jetzt in einem freien Österreich eine noch weit grössere Bedeutung zukommt, als wir es geahnt haben. Ich glaube, sagen zu dürfen, dass es sich um einen ersten Schritt handelt, ein Schritt aber, der ohne Rückgriff auf inflationistische Experimente gemacht wurde und der im wirtschaftspolitischen Konzept unserer Auffassung verankert ist.

Meine Damen und Herren! Der Herr Kanzler hat darauf verwiesen, dass auch die Rentner eine entsprechende Erhöhung ihrer Bezüge bekommen haben. Wir haben ja auch hier niemals den gegenteiligen Standpunkt vertreten, wir haben immer nur die Meinung vertreten, dass der überflüssige Aufwand der Sozialversicherungsträger in einen vernünftigen Rahmen gewiesen werden muss. (Beifall.) Wir haben jetzt eine Formel gefunden, die das ermöglicht, die zugleich auch ermöglichte, dass das Elend der Rentenbezieher wesentlich gemildert worden ist.

1050 Hy 3

Meine Damen und Herren! Wenn wir dieses ganze Bouquet der bisherigen Erfolge zusammenfassen, so glaube ich, können wir zufrieden sein. Ich glaube auch, dass wir gegen die Versuche der Sozialisten, uns diese Erfolge streitig zu machen, immun sind. (Heiterkeit.) Sie wissen, dass sie immer wieder darauf hinweisen und sagen: Ja, eigentlich war ja alles schon im Jahre 1952 erledigt. Die allgemeine Preissenkungsaktion im Herbst 1951 hat ja schon die Stabilisierung bewirkt. Dann frage ich Sie: Warum hat dann die Spartätigkeit erst im Jahre 1952 eingesetzt? Warum ist den Lohn- und Preisabkommen, die noch festere Bindungen als die Preissenkungsaktionen auf freiwilliger Grundlage dargestellt haben, immer wieder eine gigantische Preiserhöhung gefolgt?

1055 W 1

Warum ist denn das alles geschehen? Ich glaube, meine Damen und Herren, darauf werden die Herren S-ozialisten wahrscheinlich keine Antwort geben können. Sie werden versuchen, uns mit allen möglichen Argumenten und Scheinargumenten den Erfolg aus der Hand zu diskutieren. Ich bin aber überzeugt, dass allmählich die Überzeugung platz greift, dass nur eine Politik einer gesunden Finanzwirtschaft und einer konstruktiven und aufbauenden Wirtschaftspolitik im nicht sozialistischen und kollektivistischen Sinn unsere Lebensgrundlage für die Zukunft sicherstellen kann. (Beifall.)

Wir stehen jetzt nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages vor einer neuen wirtschaftlichen Situation. Ich möchte dazu nur sagen: Wir stehen nicht vor neuen Problemen, sondern wir stehen vor neuen Aufgaben. Wenn wir unsere bisherige Wirtschafts- und Finanzpolitik fortsetzen, so kann sich auch aus dem, was der Staatsvertrag an wirtschaftlichen Konsequenzen bringt, keine Problematik ergeben. Wir werden die Dinge meistern. Ich bin überzeugt, dass das möglich sein wird.

Zunächst möchte ich eines sagen, auf das auch schon der Herr Kanzler hingewiesen hat: Leider hört man heute schon verschiedentlich pessimistische Stimmen. Was haben wir aber schon seit den in den Berliner Verhandlungen festgelegten Bestimmungen des Staatsvertragsentwurfes für Verbesserungen erzielt! Ich möchte mich hier gar nicht in Details einlassen, die von meinen Vorrednern ja schon viel besser und eindringlicher geschildert worden sind. Aber allein wirtschaftlich gesehen sind wir doch wieder in den Besitz der

gesamten Ölfelder gelangt, die nach den Bestimmungen der früheren Entwürfe nicht uns gehört hätten oder uns erst nach einer langen Reihe von Jahren heimgefallen wären. Auch die Raffinierungen kommen in unseren Besitz. Wir haben freilich dafür einen Abgeltungsbetrag zu bezahlen. Wir werden auch in den Besitz der Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft gelangen. Auch dafür müssen wir einen Abgeltungsbetrag leisten. Wir haben ferner die Möglichkeit, die 150 Millionen Dollar, die wir als Abgeltung für die Übertragung der USIA-Betriebe zu leisten haben, in Warenlieferungen zu bezahlen.

Meine Damen und Herren! Wir hätten bei der Berliner Konferenz wahrscheinlich alle gerne gesehen, dass es schon in Berlin zu einem positiven Abschluss kommt, weil wir uns nach der Freiheit gesehnt haben. Aber dann können wir doch nicht heute, wo doch inzwischen solche Verbesserungen erzielt worden sind, ~~mit~~ mit Pessimismus aufwarten. (Zustimmung.) Wir müssen die Dinge vielmehr so sehen, wie sie sind.

Gestatten Sie mir nun, dass ich Ihnen das ein bisschen analysiere. Es ist nämlich meistens Übung, dass, ^{man} wenn man heute die künftigen Belastungen aus dem Staatsvertrag zusammenrechnet, Kraut und Rüben~~durcheinanderwirft~~: einmalige Leistungen mit mehrmaligen und wiederkehrenden Leistungen, Leistungen, die die Gesamtwirtschaft auf dem Gebiete der Investitionen zu erbringen hat, mit Leistungen, die der Staat aus seinem Budget zu erbringen hat, und aus all dem formt man dann eine Milliardensumme und schliesst mit der Bemerkung, dass das wahrscheinlich böse Konsequenzen haben werde.

1055 W 3

Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? In Wirklichkeit übernehmen wir die Donau-Dampfschiffahrtsgesellschaft und ihre Anlagen einschliesslich der Korneuburger Werft um den Betrag von 2 Millionen Dollar, das sind also 52 Millionen Schilling. Glauben Sie mir, meine Damen und Herren: In einem solchen Budget, in dem wir mit Milliarden zu rechnen gewohnt sind, werden diese 52 Millionen Sc--hilling keine Rolle spielen.

Etwas grösser und beachtlicher ist der Anfall der 650 Millionen, die wir durch sechs Jahre jährlich zum Zwecke der Abgeltung der USIA-Betriebe zu leisten haben. Ich weiss, dass das eine Frage ist, die eines ernsten Studiums bedarf, und ich muss hier auch ganz offen bekennen, dass diese 650 Millionen nicht durch irgendwelche Finanzexperimente aufgebracht werden können, sondern sie werden im ordentlichen Staatshaushalt veranschlagt werden müssen, denn es handelt sich ja um eine laufende Leistung, bei der wir uns nicht inflationistischer Methoden der Finanzierung bedienen dürfen. (Zustimmung.) Ich weiss also, dass diese 650 Millionen Schilling im ordentlichen Haushalt unterzubringen sind.

1100 Ha/1

Meine Überzeugung ist es aber, dass es uns, wenn wir in unserer Form der Wirtschaftspolitik weiterschreiten und wenn es uns gelingt, unsere wirtschaftliche Entwicklung so wie bisher zu beeinflussen und positiv zu gestalten, auch möglich sein wird, diese 650 Millionen im Budget des Jahres 1956, 1957 und der folgenden Jahre unterzubringen. In diesem Haushalt sind ja noch gewisse Reserven enthalten. Wir waren in vielen Belangen ausserordentlich grosszügig und haben Dinge, die eigentlich ihrer Konstruktion nach in den ausserordentlichen Haushalt gepasst hätten, heute auch im ordentlichen Haushalt finanziert. Wir werden also die Möglichkeit haben, nicht nur aus steuerlichen Mehreinnahmen, sondern auch aus gewissen Virements in der Budgetgestaltung diese 650 Millionen Schilling jährlich aus dem Budget zu erwirtschaften. (Beifall.)

Eine zweite Frage betrifft das Erdöl. Beim Erdöl werden uns alle Rechte übertragen gegen eine zehn Jahre zu erbringende jährliche Leistung von 1 Million Tonnen Rohöl. Ich muss hier ganz offen sagen, dass diese Last nicht klein ist und dass ein endgültiges Urteil über die Form der Erbringung dieser Leistung erst wird gefällt werden können, bis wir die Möglichkeit haben, von diesen Erdölfeldern Besitz zu ergreifen. Wir kennen heute das Ausmass der Produktion oder glauben es zu kennen, und wenn dieses Ausmass der Produktion stimmt, dann wird es möglich sein, diese Lieferung aus dieser Produktion abzuzweigen. Das wird aber nicht dauernd in der gleichen Weise gehen, weil bekanntlich die Erdölproduktion auch mit kostspieligen Investitionen verbunden ist, um immer wieder ein gewisses Ausmass der

1100 Ha/2

Förderung zu gewährleisten. Diese Investitionen sind sehr kostspielig. Und ich möchte hier in aller Bescheidenheit darauf hinweisen, dass es nach meiner Auffassung vielleicht notwendig sein wird, darüber eine ernste sachliche Diskussion zu führen, ob die Erdölförderung ein Betrieb des Staates sein kann. Wir wissen, dass nur grosse, kapitalkräftige Gesellschaften in der Lage sind, Erdölbohrungen durchzuführen, weil nur immer jede zehnte, fünfzehnte oder zwanzigste Bohrung fruchtbar wird und eine Bohrung den runden Betrag von etwa 12 Millionen Schilling kostet. Das kann eine grosse Gesellschaft, die ^{auch} in anderen Gebieten der Welt bohrt und in sich einen Risikenausgleich trägt, verdauen. Ich kann mir aber vorläufig noch nicht vorstellen, wie der Staat diesen Risikenausgleich in sich tragen wird. Wir werden also die künftige Entwicklung - und ich möchte das hier ausdrücklich betonen, nicht für das nächste und übernächste Jahr - die Frage der Erhaltung der Erdölproduktion unter dem Gesichtswinkel der Bereitstellung des erforderlichen Kapitals ernstlich zu prüfen haben.

Und in diese Frage spielt hinein die Form, in der diese Gesellschaft künftighin betrieben werden soll. Und hiezu möchte ich eines sagen, und das ist meine feste Überzeugung: Die Übernahme aller dieser Betriebe, die wir nun von der sowjetischen Verwaltung erhalten, darf nicht zu einem politischen Geschäft werden! (Beifall.) Mir liegen die Interessen des österreichischen Volkes über den Auffassungen bestimmter Sozialisierer. Es handelt sich darum, diese Betriebe in die Struktur der österreichischen Wirtschaft einzubauen. Das ist kein Schlagwort, sondern darunter

1100 Ha/3

verstehe man, dass sich diese Betriebe, die jetzt unter anderen Absatzbedingungen, unter anderen Finanzierungsbedingungen zu arbeiten haben, nunmehr dem normalen Leben der österreichischen Wirtschaft anzupassen haben, das heisst unter Umständen neue Absatzmärkte mit anderen Preisen zu finden haben werden, dass diese Betriebe naturgemäss neue Investitionen werden durchzuführen haben, dass sie sich zu modernisieren haben, dass sie, mit einem Wort, das machen müssen, was in unserer österreichischen Wirtschaft geschieht.

1105 Hy 1

Das ist das oberste Interesse, das für sämtliche Betriebe gilt, die wir von der sowjetischen Verwaltung übernehmen, unabhängig davon, ob diese Betriebe im Verstaatlichungsgesetz enthalten sind oder nicht. Es ist ein gemeinsames Interesse Österreichs, ein gemeinsames Interesse unserer Wirtschaft und der in diesen Betrieben beschäftigten Arbeiter. Auf ihrem Rücken sollen keine parteipolitischen Pakte geschlossen werden!

Wir haben also eine Reihe von Betrieben, die bereits im verstaatlichten Sektor sind, die also im Verstaatlichungsgesetz namentlich angeführt sind. Ich glaube, dass es überflüssig ist, momentan darüber zu streiten und etwa einen Zank anzufangen, ob der eine oder der andere Betrieb herausfallen würde, wiewohl ich Ihnen sagen muss, dass es darunter Betriebe gibt, die eigentlich gar nicht in den Sinn hineinpassen, auf dem die Verstaatlichung seinerzeit aufgebaut hat, Betriebe, die man aus Zweckmässigkeitsgründen in die Verstaatlichung hineingenommen hatte, um zu verhindern, dass sie vielleicht ein anderes Schicksal nehmen. Das sind Fragen, über die wir uns vielleicht später einmal unterhalten können. Ich glaube, dass die gegenwärtige Atmosphäre nicht geeignet ist, zu streiten. Ich wollte damit nur andeuten, dass dieser Bereich, obwohl er gesetzlich geregelt ist und obwohl es also meiner Auffassung nach nicht zweckmässig ist, darüber zu diskutieren, im Laufe der Zeit auch einer näheren Betrachtung gewürdigt werden wird.

Daneben gibt es aber eine Unzahl von Betrieben, die nicht im Verstaatlichungsgesetz enthalten sind, zahlenmässig ist es die überwiegende Mehrzahl, materiell, also bedeutungsmässig gesehen allerdings die geringere Zahl. Diese Betriebe fallen nun nach dem Staatsvertrag ins Eigentum des österreichi-

1105 Hy 2

schen Staates. Hier, meine Damen und Herren, bin ich der Überzeugung, dass es sich nur darum handeln kann, dass der Staat so lange eine Treuhänderfunktion übernimmt, bis Formen gefunden werden, die die Weiterführung dieser Betriebe auf einer privatwirtschaftlichen Grundlage ermöglichen. (Beifall.)

Nach dem heute geltenden Gesetz fallen diese Vermögenswerte unter die Kompetenz des Bundesministeriums für Finanzen als Vermögensverwalterstelle des Bundes. Ich werde daher für diese Betriebe, soweit nicht schon Verwalter bestellt sind - und das ist für eine grosse Zahl dieser Betriebe schon geschehen, nur können sie aus bestimmten Gründen ihre Funktion entweder nicht oder nur teilweise ausüben -, Verwalter bestellen.

Wir werden mit diesen Verwaltern die weitere Entwicklung dieser Betriebe besprechen. Hier muss von einem privatwirtschaftlichen Geist ausgegangen werden, das heisst, es wird Aufgabe dieser Verwalter so wie die jedes anderen Unternehmers sein, seinen Platz in der österreichischen Wirtschaft zu finden. Darum wird er dorthingesetzt. Darum hat er die Verpflichtung, diese Betriebe in irgendeiner Form in die österreichische Wirtschaft einzugliedern. Wir werden ihm dabei jede Hilfe angedeihen lassen, die nur irgendwie möglich ist.

Insbesondere wird es sich darum handeln, für diese Betriebe Finanzierungsformen zu finden. Hier möchte ich eines sagen: Man hört allgemein das Urteil, dass diese Betriebe in dem Augenblick, wo sie übergeben werden, nicht in der Lage sind, ihren Betrieb weiterzuführen. Ich möchte Sie vor dieser Verallgemeinerung warnen. Nach meinen Erfahrungen gibt es eine Unzahl von Betrieben, die ohne weiteres in der Lage sind, ohne jede Hilfe ihren Betrieb weiterzuführen. Daneben gibt

1105 Hy 3

es aber Betriebe, die das nicht können. Das hängt damit zusammen, dass alle diese Betriebe über eine Stelle in Trattnerhof mit Ausgleichszahlungen geführt worden sind. Man wird also hier nach verschiedenen Gesichtspunkten zu urteilen haben.

Es handelt sich jetzt darum, diesen Betrieben die notwendigen Mittel zuzuführen. Ich bin überzeugt, dass sofort die Vorstellung entstehen wird, dass hier der Vater Staat einzuspringen hat.

1010 W 1

Der Vater Staat springt auch für die übrigen Unternehmungen nicht ein, also kann der Vater Staat auch hier keine Sonderstellung gewähren, aber er wird sich bemühen, diesen Betrieben auf die Beine zu helfen, und zwar kann das auf verschiedene Weise geschehen.

Man wird eine Finanzierungsgrundlage suchen müssen, und zwar unter zwei Aspekten. Einmal unter dem Aspekt der langfristigen Investitionen und andererseits unter dem Aspekt der Betriebsmittelkredite. Beides ist möglich. Interessanterweise hört man auch jetzt sofort wieder: Man muss ja eine solche Stelle gründen, die diese Finanzierung durchführt! Man kann aber auch eine Stelle gründen, die diese Finanzierung durchführt, die auf privatwirtschaftlicher Grundlage gegründet wird! (Beifall.)

Aber ich möchte auf eines aufmerksam machen: Es handelt sich nicht so sehr um die Stelle, als vielmehr um die Organisationsform. Es handelt sich hier doch darum, dass wir Mittel brauchen. Diese Mittel werden aber nicht dadurch mehr, dass wir eine Stelle gründen, sondern die Mittel werden nur beschafft werden können, wenn wir konsequent unseren wirtschaftspolitischen Kurs weitergehen (Zustimmung), wenn wir konsequent beweisen, dass wir gewillt sind, unsere Grundsätze der Finanzpolitik weiter zu verfolgen, wenn wir den Kapitalmarkt in Ordnung bringen. So werden wir die Voraussetzungen schaffen, um die notwendigen Investitionskapitalien bereitstellen zu können.

Meine Damen und Herren! Ich habe vom Ausland Mitteilung, dass man bereit ist, uns beim Wiederaufbau dieser Betriebe zu helfen, unter der Voraussetzung, dass wir diesen selbst privatwirtschaftlich durchführen wollen (Beifall), dass wir nicht etwa diesen Augenblick dazu benützen, um die Polypenarme des Staates in weitere Bereiche der Wirtschaft eingreifen zu lassen.

Ich darf hier sagen, dass das Ausland alles, was bei uns geschieht, ausserordentlich intensiv beobachtet. Ich bekomme dauernd Anfragen und Mitteilungen, und ich ersehe daraus das Interesse, das man daran hegt, ob Österreich jetzt etwa mehr in das sozialistische Fahrwasser der Wirtschaftspolitik hineingerät oder ob es weiterhin jene Wirtschafts- und Finanzpolitik beibehält, die die Grundlage unserer Weltauffassung, die Grundlage der Weltauffassung der westlichen Welt darstellt.

Wir leben in einer entscheidenden Phase unserer wirtschaftlichen Entwicklung, und deswegen, glaube ich, müssen wir mit besonderem Nachdruck darauf dringen, dass wir jetzt nicht von unseren Grundsätzen abweichen, dass wir eine Lösung dieser Problematik suchen, die in unseren Auffassungen und in unserem wirtschaftspolitischen Konzept Platz hat.

Es wird natürlich weiterhin die Frage auftauchen: Was wird mit den Ausgaben sein, die das Bundesheer verursacht? Ich weiss schon, dass wir ein Bundesheer brauchen, ich weiss schon, dass wir unsere Neutralität verteidigen müssen. Auch darauf legt man in der Welt Wert. Ein neutraler Staat muss auch gewillt sein, seine Grenzen zu schützen. Und dass das Geld,

1110 W 3

viel Geld kosten~~m~~ wird, das wissen wir auch alle. Aber ich darf nun eines sagen: Sollen wir deswegen, weil uns etwa das Bundesheer im Laufe der kommenden Jahre viel Geld kosten wird, jetzt schon aus Angst vor dieser Entwicklung wieder Steuern hinaufsetzen und eine neue Politik der Auspowerung betreiben?

Wie ist denn die Situation wirklich? Im Jahre 1955, also in diesem Jahre, glaube ich nicht, dass wir grosse Ausgaben für das kommende Bundesheer zu bewältigen haben werden. Auch im Jahre 1956 werden die Ausgaben den Staatshaushalt noch nicht sehr belasten, denn es muss ja erst der Aufbau erfolgen, es müssen die Menschen herangezogen und ausgebildet werden. So wird sich also nur allmählich und langsam herauskristallisieren, wie die Dinge liegen.

Und hier darf ich Ihnen, meine Damen und Herren, sagen: Wenn Sie bedenken, was ^{WV} aus in den letzten Jahren aus der österreichischen Wirtschaft an Milliardenbeträgen herausgewirtschaftet haben, um verschiedene soziale und konjunkturpolitische Belange zu erfüllen, glauben Sie dann wirklich, dass wir uns da fürchten sollen, in Zukunft auch noch die Wehrmacht zu finanzieren?

1115 Ha/1

Das sind Probleme, die wir vielleicht in einem oder zwei Jahren zu lösen haben werden, und vielleicht werden wir uns dann entscheiden müssen, ob wir das eine oder andere Gebiet etwas in den Hintergrund treten lassen und vielleicht etwas für die Wehrmacht tun. Denn vergessen Sie doch nicht, meine Damen und Herren, dass heute Unsummen für die Wohnbautätigkeit ausgegeben werden und dass man damit rechnet, dass, wenn diese Summen weiterhin verbraucht werden, man in etwa vier bis fünf Jahren die Wohnungsnot beseitigt haben wird. Wir werden also dann bald wieder Beträge freibekommen, die für andere Zwecke zur Verfügung stehen. Das Leben ist ja nicht starr und ist nicht irgendwie in Formen gepresst, sondern ändert sich. Wir müssen uns also den Situationen anpassen. Und wenn ich Ihnen sage, dass wir diesen Dingen nicht mit Pessimismus, sondern mit Optimismus entgegensehen, so schöpfe ich das nicht vielleicht aus einer Verblendung, dass es uns immer gut gehen muss, sondern aus den Erfahrungen der letzten Jahre, die bewiesen haben, dass man mit Grundsätzen, die gesund sind, auch Erfolge erreichen kann. (Beifall.)

Meine Damen und Herren! Wir müssen uns darüber klar sein - und ich glaube, wir haben diese Meinung ja immer wieder vertreten -, dass die öffentliche Hand nicht dann lebt, wenn hohe Steuersätze gelten, sondern dann, wenn die Wirtschaft lebt. Man muss also die Wirtschaft leben lassen und man muss sie am Leben erhalten, man muss dieses Leben reicher und schöner gestalten, dann werden die Einnahmen zur öffentlichen Hand fließen - nicht aber durch eine Politik des vertrockneten

1115 Ha/2

Fiskalismus jener Herren, die meinen, wenn man die Steuern jetzt ein bisserl senkt, entstehen wer weiss was für Millionenausfälle. Wir haben das Gegenteil bewiesen. Was hat man uns vorgerechnet, was die Einkommensteuersenkung ausmachen wird, was die Gewerbesteuersenkung ausmachen wird. Aber die Erträge steigen von Jahr zu Jahr, weil wir nach dem gleichen Prinzip handeln, das jeder Kaufmann anwenden muss, dass nämlich der Umsatz entscheidend ist und nicht der Preis. Und wenn wir auch weiterhin gewillt sind, nach diesen Grundsätzen bei der Stange zu bleiben, dann, davon bin ich fest überzeugt, wird das, was wirtschaftlich aus dem Staatsvertrag erfliesst, keine Problematik sein, sondern neue Aufgaben bringen, die wir mit unserer Arbeit und Gottes Hilfe lösen werden. (Beifall.)

Ich möchte mir aber erlauben, noch einige Bemerkungen hinzuzufügen. Es ist nun nicht gesagt, dass wir jetzt, nachdem wir lange Zeit auf unsere Freiheit gewartet haben und nachdem wir auch gewisse Erfolge mit unserem wirtschaftspolitischen Kurs erzielt haben, glauben sollten, es sei eine Periode abgeschlossen, eine Periode des Kampfes, eine Periode der Auseinandersetzungen, und wir kommen jetzt in ein Zeitalter, in dem es keine Auseinandersetzungen und keine Sorgen mehr gibt. Ich bin der Überzeugung, dass wir gerade jetzt, an der Schwelle unserer Freiheit, noch viel grössere und bedeutendere Aufgaben vor uns haben.

Wenn ich Ihnen kurz charakterisieren darf, wie ich die Dinge sehe, so möchte ich Ihnen sagen, dass wir zunächst verschiedene unsichtbare Zahlungen verlieren, die die zahlenden

1115 Ha/3

Gäste in Uniform uns bis jetzt erbracht haben. Zu unserem Willen, sie loszuwerden, hat sich in manchen Bereichen ein Schatten gesellt. Man sagt: Nun, was wird jetzt geschehen? Wer wird uns diese Dollarbeträge oder diese Pfunde oder Franken ersetzen? Werden wir das meistern können? Meine Damen und Herren! Jede Situation hat ihre eigenen Bedingungen. Es ist richtig, dass unter den heutigen Verhältnissen diese Zahlungen hereingekommen sind. Es ist aber ebenso richtig, dass unter den heutigen Verhältnissen - das weiss ich aus meiner eigenen Erfahrung im Ausland - unzählige Ausländer, die gerne nach Österreich gefahren wären, dieses Land nicht besucht haben, weil sie über die Besatzungsverhältnisse hier doch kein genaues Bild gehabt haben und nicht genau gewusst haben, ob man es wagen kann, in dieses Land zu kommen. Das weiss ich von unzähligen Amerikanern, Südamerikanern, und von jenen Menschen, die nicht so nah am europäischen Kontinent liegen.

1120 Hy 1

Wir haben das ganze Gebiet von Niederösterreich und Burgenland heute noch gar nicht am Fremdenverkehr beteiligt, zumindest am Ausländerfremdenverkehr nicht. Ich bitte jetzt um Entschuldigung, ich weiss schon, dass auch dorthin Besucher gehen. Auch Wien mit seinen besetzten Hotels hat nicht in dem Ausmass am internationalen Fremdenverkehr teilgenommen, wie es eigentlich teilnehmen hätte sollen.

Wir haben also hier eine neue Chance der Entwicklung. Wir haben aber diese neue Chance der Entwicklung wahrscheinlich nur dann - verzeihen Sie, wenn ich das wiederhole -, wenn wir an unserem finanzpolitischen Kurs festhalten. Denn auch die Fremden gehen nicht gern in Länder, in denen die Preise jedes Jahr andere sind, sondern sie wollen sich darauf verlassen, dass sich hier im grossen Durchschnitt keine Änderungen ergeben. Sie werden abgeschreckt, wenn sie irgendwo waren und im nächsten Jahr mehr zahlen müssen. Also ist auch hier wieder für die Erhaltung unseres Fremdenverkehrs unsere konsequente Finanzpolitik Voraussetzung.

Wir haben aber nicht nur den Fremdenverkehr. Wir haben auch den Transithandel. Entschuldigen Sie, wenn ich das Wort hier bringe: Der Handel ist heute verpönt, er hat den Geruch der Funktionslosigkeit usw. Österreich hat in der Zeit der Monarchie eine ganz bedeutende Stellung im internationalen Gütertausch gehabt, und zwar in der Vermittlung des Gütertausches zwischen Ost und West über Österreich. Diese Stellung ist nach dem ersten Weltkrieg zwar zum Teil wieder errungen worden, aber nur zu einem sehr bescheidenen Teil. Aller Schweiss der Edlen, die sich darum bemühten, konnte nicht bewirken, dass hier eine grössere Ausdehnung erfolgt wäre.

1120 Hy 2

Wir sehen also, dass die Chance unseres Transithandels gross ist. Wir werden aus unsichtbaren Dienstleistungen jedenfalls wieder einen Devisenbringer bekommen, der imstande ist, vieles von dem auszugleichen, was uns an unsichtbaren Dienstleistungen entgeht. Man hat das unterschätzt. In der Zeit vor 1938 ist ein Viertel der Zahlungsbilanz auf die Einnahmen aus unsichtbaren Dienstleistungen, auf den Fremdenverkehr und auf den Transithandel entfallen, wobei der Transithandel ungefähr ein Fünftel der Fremdenverkehrsleistung eingebracht hatte.

Meine Damen und Herren! Wir haben hier eine neue Entwicklungsmöglichkeit, wie überhaupt unsere Mittlerstellung aussenhandelsmässig betrachtet erst ausgebaut werden muss. Wir stehen am Beginn unserer Aussenhand~~les~~beziehungen mit den östlichen Ländern. Das, was sich jetzt im Wege von Kompensations- und Clearinggeschäften abspielt, kann nicht gerechnet werden. Neue Voraussetzungen werden entwickelt werden. Wir werden also neue Möglichkeiten des Absatzes unserer Güter in diesen Ländern finden. Wir werden wahrscheinlich auch zwischen diesen Ländern und dem Westen Aufgaben der Vermittlung ^{zu} ~~über~~ erfüllen haben.

Vielleicht darf ich hier noch etwas sagen. Wir dürfen in Österreich auch nicht allzu bescheiden sein. Ich glaube, dass wir auch eine europäische Aufgabe dahingehend zu erfüllen haben, dass wir, ausgehend von der Erkenntnis der Notwendigkeit dieser Dinge für unser Land, auch international eine gewisse Aktivität entfalten.

1120 Hy 3

Meine Damen und Herren! Wir wissen, dass wir vom Aussenhandel massgebend abhängig sind und dass sich eine Wirtschaftspolitik, die diese Erkenntnis etwa vernachlässigt, am Holzweg befindet. Wir werden alles tun müssen, um noch bessere und stabilere Bedingungen als in der Vergangenheit zu schaffen. Der Aussenhandel ist eine Lebensfrage dieses Landes. Der Einbau der österreichischen Wirtschaft in die internationalen Beziehungen, in den internationalen Kapitalverkehr, den wir so dringend notwendig haben, ist eine wesentliche Aufgabe.

Ich habe es oft erlebt, dass auf internationalen Konferenzen nicht die Volksanzahl entschied, die hinter dem Sprecher stand, sondern das, was der Sprecher sagte.

Wenn wir hier aktiv unsere Konzeption vertreten, wenn wir der Welt zum Teil mit gutem Beispiel vorangehen, wenn wir uns bemühen, eine solche wirtschaftliche Integration der Welt zu fördern, wenn wir nicht als Zaungäste dieser Entwicklung auftreten, sondern wenn wir selbst aktiv in die Gestaltung der Dinge eingreifen, dann ist mir nicht bange, dass wir aus dieser neuen Situation auch unerhörte Vorteile schöpfen können.

Unsere Lage im Zentrum und im Herzen Europas birgt viele Nachteile politischer und aussenpolitischer Natur, sie birgt aber auch ungeahnte Chancen, und ich glaube, es ist unsere Aufgabe und die Aufgabe unserer Jugend, diese Chance zu nützen. Gehen wir mit Glauben und mit Zuversicht an diese Zukunftsaufgaben heran und bemühen wir uns, unser Bestes für unser Vaterland zu geben! (Langanhaltender, sich wiederholender stürmischer Beifall und Bravo-Rufe.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Ich danke dem Herrn Finanzminister für sein ausführliches Referat, ich danke ihm aber auch im Namen des ganzen Delegiertentages für die erfolgreichen Leistungen, die er in der Vergangenheit bei der Lösung so zahlreicher Probleme unserer Wirtschaft erbracht hat. Wir wissen, dass seine Erfolge auf dem Gebiete der Stabilisierung unserer Währung, der Ausgleich unseres Staatshaushaltes und überhaupt die gesamte Emporentwicklung unserer Wirtschaft ganz entscheidend mit dazu beigetragen haben, dass Österreichs Volk die Zeit der Unfreiheit leichter ertragen konnte. (Starker Beifall.)

Wir wissen, dass gerade der Herr Finanzminister im Zusammenhang mit der Übernahme der Lasten, die sich für Österreich aus dem Staatsvertrag ergeben, ganz gewaltige Probleme zu lösen haben wird. Wir sind aber davon überzeugt, dass er so wie bisher auch in der Zukunft diese Aufgaben meistern wird. Ich glaube, ihm in Ihrem Namen sagen zu können: Unser Vertrauen begleitet ihn auf seinem künftigen Weg. Möge ihn auch de-r Segen Gottes dabei begleiten. (Erneuter lebhafter Beifall.)

Wir führen nun über die Referate des Herren Bundeskanzlers und des Herrn Finanzministers unter einem die Debatte ab. Ich bitte diejenigen Delegierten, die sich zu Wort melden, die Wortmeldungen schriftlich einzureichen. Die diesbezüglichen Formulare liegen auf jedem Tische auf. Gleichzeitig lade ich diese Delegierten ein, hier vorne rechts an den Seitentischen Platz zu nehmen, damit sie bei Aufruf ohne Verzögerung an das Mikrophon treten können.

Nationalrat Dr. Maleta wird die sich aus der Debatte ergebenden Anregungen bei der Abfassung der Resolution berücksichtigen, bzw. sie an die zuständigen Parteistellen weiterleiten.

Die Debatte ist eröffnet. Zum Wort gemeldet hat sich Herr Staatssekretär Graf. Ich erteile ihm das Wort.

Staatssekretär G r a f (Bundesparteileitung): Hoher Parteitag! Nach Jahren ehrlichen Ringens um den Staatsvertrag haben wir innerhalb weniger Wochen erhalten, was wir vor Monaten noch nicht zu hoffen wagten. Niemand kennt die wahren Gründe für dieses rasche Ja. Als Realisten hatten Kanzler Raab und Aussenminister Figl und auch das österreichische Volk - und das sei manchem Kritiker in Westeuropa klar und eindeutig gesagt - die Chance von Moskau zu nützen. Wir danken allen Grossen für ihr Ja. Wir versichern aber allen Grossen, dass wir diese Freiheit nicht nur nehmen, sondern gewillt und entschlossen sind, diese Freiheit a-uch gegen jedermann zu schützen.

1130 Ha/1

Wir werden nun nach dem Willen der Grossen ein neutraler Staat. Auch das zu sein waren wir bei Respektierung unserer Grenzen und unseres politischen, kulturellen und wirtschaftlichen Eigenlebens immer bereit. Unser Sprecher Nationalrat Maleta hat sich nach der grossen Kanzlerrede im Parlament namens der Österreichischen Volkspartei zur bewaffneten Neutralität bekannt. Er traf damit das Richtige. Neutralität wird der Gute mit und ohne Garantie achten. Den Bösen jedoch wird auch Brief und Siegel nicht hindern, das zu tun, was er gerne tun möchte. Da werden wir uns wohl selbst helfen müssen.

Dass die innere Einheit auch weiterhin ein Gebot der Stunde ist, ist klar. Zur Sicherung der äusseren Freiheit werden wir jedoch mehr tun müssen, als uns zu freuen und auf die Hilfe und Unterstützung der anderen zu warten.

Der rasche Aufbau eines österreichischen Bundesheeres ist nicht nur ein Gebot der Klugheit, sondern auch ein Gebot der Stunde. (Beifall.) Wenn der letzte fremde Soldat die Wiener Ringstrasse verlässt, hat der erste österreichische Soldat die Wiener Ringstrasse zu betreten! (Neuerlicher Beifall.)

Hat ein Heer im Zeitalter der Blöcke und Atome für einen kleinen Staat Sinn und Zweck? Diese Frage wird von jenen gestellt, die in einem neuen Heer überflüssiges Soldatenspielen sehen oder unnütze Geldausgaben erblicken. Die Frage der Zweckmässigkeit eines Heeres auch für einen kleinen Staat beantwortet die übrige Welt. Es gibt in der Welt keinen Staat, weder in Ost noch in West, auch keinen neutralen Staat, der nicht ein stehendes Heer mit einer allgemeinen Wehrpflicht hätte.

1130 Ha/2

Zwei Länder, die man auch immer als neutrale Staaten bezeichnet, Schweden und Dänemark, haben vor Jahren den Versuch gemacht, das Heer abzuschaffen. Sie mussten wieder zurück. Und auch die Schweden und die Dänen unterhalten heute mit grossem Geldaufwand stehende Heere.

Machen wir doch einen kleinen Blick in die Wehretats der anderen Staaten, die uns in der Grösse ähnlich sind. Zuerst auf einen NATO-Staat, Belgien: 160.000 Mann aktiver Truppen plus Luftwaffe und Marine. Die Niederlande: 100.000 Mann stehendes Heer plus Luftwaffe. Machen wir einen Blick in die Ostblockstaaten. Ungarn: 300.000 Mann mit einer dreijährigen Dienstzeit. Die Tschechei: 240.000 Mann mit einer zweijährigen Dienstzeit. Machen wir einen Blick in die sogenannten neutralen Länder: Jugoslawien unterhält ein Heer mit 300.000 Mann mit einer dreijährigen Dienstzeit. Das neutrale Schweden: 50.000 Mann, 150 Flotteneinheiten, 1200 Flugzeuge, einjährige Dienstzeit. Und auch die Schweiz, das Musterbeispiel der Neutralität, hat die allgemeine Wehrpflicht mit 360 Rekrutentagen seit Jahr und Tag eingeführt.

Und was wollen wir? Was sollen wir? Dazu muss der Bundesparteitag Stellung nehmen. Wir wollen die allgemeine Wehrpflicht! (Beifall.) Sie ist die billigste und die zweckmässigste. Bei der allgemeinen Wehrpflicht gehen rund 25 Prozent der Ausgaben auf das Personal und 75 Prozent der Ausgaben auf Materialausrüstung.

1135 Hy 1

Also 75 Prozent kommen ausschliesslich wieder der österreichischen Wirtschaft zugute.

Die allgemeine Wehrpflicht schützt das Heer vor der Verpolitisierung und ermöglicht die Erfassung aller. Bei der allgemeinen Wehrpflicht kann sich auch das verweichlichte Muttersöhnlein vom Dienst am Vaterland nicht drücken. (Beifall.)

Länge der Dienstzeit? - Nicht länger, als unbedingt notwendig. Ich lade jene, die so gern von einer kurzen Dienstzeit reden, ein, Besuche in die übrigen Kleinstaaten Europas, vor allem in die von den Sozialisten regierten Staaten zu machen und sie werden sehen, dass eine Dienstzeit unter einem Jahr praktisch unmöglich ist.

Wie soll das neue Herr aussehen? Die junge Generation, die zum ersten Einrückungstermin heranwächst, kennt den Soldaten entweder als Besatzungssoldaten - und da war er nicht immer ein gutes Beispiel - oder sie kennt ihn als den Feldwebel Schulz im Film "08/15" oder als Bobby einer Karrikatur von Film, Kino und Theater. Weder das eine noch das andere trifft zu, und das wollen wir klar sagen. Der österreichische Soldat war nie der Typ des Feldwebels Schulz im Film "08/15". (Beifall.) Und der österreichische Offizier nie jene Bobby-Figur, als die er heute in Film, Theater und Kabarett hingestellt wird. (Neuerlicher Beifall.)

Wir Österreicher, müssen wir auch unsere eigenen Wege gehen, müssen eine gegenwartsnahe Lösung finden. Die Erfahrungen des letzten Krieges, den Fortschritt der Technik und den Wert und die Würde der Persönlichkeit mit den

guten, nicht überlebten Kräften österreichischer Tradition auf einen Nenner zu bringen, wird Aufgabe eines gut gewählten, der Demokratie treu ergebenden Leitungskaders sein. Schule für das Leben und eine schöne Erinnerung an die Zeit, dem Vaterland gedient zu haben, soll in der Erinnerung des jungen Soldaten haften bleiben. Österreich steht vor der einmaligen Aufgabe, aus dem Nichts ein Heer aufzustellen.

Meine Damen und Herren! Nützen wir die Zeit! Es ist Eile geboten. Schon rühren sich auch bei uns in Österreich jene Kräfte, die richtig erkennen, dass ein wehrloses Österreich eine billige Beute für jene werden kann, die die Freiheit künden und die Unfreiheit meinen.

Wir werden durch einen eigenen Willensakt neutraler Staat. Neutralität verlangt strengste Loyalität gegen alle. Wir wollen loyal sein, aber nicht, weil wir es als Schwache sein müssen, sondern weil wir es aus eigener Kraft sein können und sein wollen! (Lebhafter Beifall.)

Die Österreichische Volkspartei stand durch zehn Jahre an der Spitze des Freiheitskampfes. Ihre Frauen und ihre Männer und vor allem ihre Jugend und ihre Jugendorganisationen haben diese Freiheit erkämpft. Schützen wir die Freiheit! Möge der Jubel und die Begeisterung des Freiheitssonntages Ihnen, meine Delegierten des ausserordentlichen Bundesparteitages, die Kraft geben, auch unserer Partei, dem Garant demokratischer Freiheit, zum Erfolg und zum Siege zu verhelfen.

Es lebe das freie Österreich!

Es lebe die Partei der Freiheit, unsere stolze, mächtige, Österreich die Freiheit bringende Österreichische Volkspartei! (Starker anhaltender Beifall.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Ich danke dem Herrn Staatssekretär Graf für seine begeisterten Worte.

Als nächste Rednerin hat sich für die Österreichische Frauenbewegung Frau Nationalrat Solar gemeldet. Ich erteile ihr das Wort. Ihr folgt als nächster Redner Herr Haider für die Österreichische Jugendbewegung. Ich bitte ihn, sich vorzubereiten.

Nationalrat Lola S o l a r (Österreichische Frauenbewegung): Hoher Bundesparteitag! Heute, zum Festtag des staatspolitischen S-ieges unserer Österreichischen Volkspartei, wollen auch Österreichs Frauen durch die Stimme ihrer Vertreterin zu Worte kommen. Tief ergriffen von den Erlebnissen der letzten Tage gehen Österreichs Frauen in ihre Familien. Nicht, wie es das Ausland hoffte, tanzten sie im Sonntag. zu stark hat sich der Alpdruck der letzten Zeit in das Herz der österreichischen Frauen geschmiedet. Tränen flossen aus ihren Augen, als sie am Sonntag am Lautsprecher standen und die Unterzeichnung des Staatsvertrages mitverfolgten. Sie sind sich der grossen historischen Stunde bewusst, sie wissen aber auch, wem sie diese zu verdanken haben. Sie kennen die Mühen und Arbeiten der grossen österreichischen Politiker und danken ihnen heute dafür, vor allem unserem Bundesparteiohmann Bundeskanzler Raab (starker Beifall) für seine zielstrebige Energie, die er seit seinem Amtsantritt an den Tag gelegt hat und mit der er Stein um Stein aus dem Weg geräumt hat, um den Staatsvertrag zu erlangen. Wir danken ihm aber auch für all seine Arbeiten, die auf wirtschaftlichem Gebiet die Voraussetzung für die Schaffung des Staats-

vertrages geschaffen haben.

Wir danken auch unserem Aussenminister Figl (starker Beifall), nicht nur für seine Leistungen auf dem Gebiete der Staatsvertragsverhandlungen, sondern auch für jene Taten sowie für jenen Mut und für die viele Geduld und Ausdauer, die er als Kanzler unseres kleinen Österreich in den **Harten** Jahren der Not und des Hungers an den Tag gelegt hat. (Er-neuter **Lebhafter** Beifall.) Österreichs Frauen waren in den ersten Jahren der Zweiten Republik eng mit ihm verbunden, und sie harrten und warteten auf alle Erlässe, die dieser **erste** Kanzler des neuen Österreich hinausgegeben hat, ob es sich nun um die Ernährung oder die Erreichung unserer österreichischen Freiheit gehandelt hat. Dafür sei ihm heute herzlichst gedankt.

Wir danken aber auch unserem Finanzminister Dr. Kamitz (Beifall), der mit seiner unglaublich klugen und weitsichtigen Finanzpolitik die Voraussetzungen geschaffen hat, dass wir unseren Staatsvertrag auch erfüllen können. Wir danken ihm auch für die Feststellungen, die er in unseren letzten Bundesparteileitungssitzungen getroffen hat, dass die Lasten, die Österreich aus dem Staatsvertrag auf sich zu nehmen hat, nicht auf die Schultern der Staatsbürger überwälzt werden, dass keine Steuererhöhungen durchgeführt werden sollen und dass es dadurch auch keine Preiserhöhungen in der Wirtschaft geben wird. **Dafür** auch ihm den herzlichsten Dank.

1145 Ha/1

Österreichs Frauen aber wollen den Staatsvertrag nicht als Geschenk der Alliierten ansehen, sondern nur als Erfüllung eines Rechtsanspruches des österreichischen Volkes und als Lohn für all das, was das österreichische Volk in den letzten zehn Jahren ertragen und erdulden musste.

Österreichs Frauen lehnen auch jene Auslandsstimmen ab, mit denen unsere Neutralität als etwas Aufgezwungenes hingestellt wird. Es ist der Wunsch und die Sehnsucht des österreichischen Volkes und vor allem der österreichischen Frauen gewesen, endlich ein neutrales Land zu sein. Das Leid war tief, mit der Neutralität wird Österreichs Volk beweisen, dass es keinen Krieg mehr aufgezwungen haben will. Das österreichische Volk wird diese Neutralität durch einen eigenen Beschluss des Parlaments zum Gesetz erheben, und das begrüßen Österreichs Frauen als Gerechtigkeit. (Beifall.)

Österreichs Frauen aber erkennen auch, dass sie einen nicht geringen Teil zur Erreichung unserer Freiheit beigetragen haben; nicht nur, weil sie im Jahre 1945, da die Frauen noch in überwältigender Mehrheit an der Stimmenabgabe beteiligt waren, der Österreichischen Volkspartei die absolute Mehrheit gaben (Beifall) und dadurch den Weg angebahnt haben, Österreichs Freiheit zu erreichen. Wie wäre es ausgefallen, wenn damals die österreichischen Frauen die Wahlen nicht so bestimmend beeinflusst hätten.² Weiter auch dadurch, dass gerade auf den Schultern der österreichischen Frauen in den Jahren der Not und des Leides die Hauptlast gelegen ist. Sie mussten die Familien ernähren, sie mussten Geduld üben und Mut haben, täglich

1145 Ha/2

den Tisch von neuem zu decken und ihre hungernde Jugend mit dem täglichen Brot zu versorgen. Hätten die Frauen Österreichs versagt, dann wäre das Schicksal Österreichs anders ausgegangen.

Weiter, Hoher Bundesparteitag, will ich heute als Vertreterin der Frauen einen Appell an alle Frauen Österreichs, weit über die Wände dieses Saales hinaus, richten, dass sie alle erkennen mögen, dass gerade unsere politische Gesinnungsgemeinschaft der Österreichischen Volkspartei, wie sie es in den letzten Tagen bewiesen hat, allein fähig ist, unser Volk einen glücklichen, sicheren Weg zu führen, das Volk in staatspolitischer Verantwortung zu erziehen und weiterhin die Sicherung der Zukunft zu gewährleisten. Sie mögen bei den nächsten Wahlen erkennen, dass auch das Leben der Familie nur dort garantiert ist, wo der Geist der Österreichischen Volkspartei herrscht und die christlichen Grundsätze gefestigt sind.

Aber Österreichs Frauen erkennen heute auch, dass auch nach Abschluss des Staatsvertrages auf ihre Schultern eine grosse Verantwortung geladen wird. Sie sind es ja, die die künftigen Generationen erziehen müssen, die das Leben Österreichs von morgen schenken müssen, die schliesslich die Zukunft Österreichs gestalten müssen. In ihrer Verantwortung liegt es also, diese Generationen zu einem österreichischen Bewusstsein zu erziehen, sie in das neutrale Denken einzuführen, ihnen aber auch den Geist einzuimpfen, damit sie morgen tüchtige Frauen und Männer des österreichischen Volkes seien.

In dieser Geninnung wollen wir Frauen am heutigen Bundes-

1145 Ha/3

parteitag teilnehmen und bekennen: Österreichs Weg ist nur dann glücklich, wenn er weiterhin der Weg der Österreichischen Volkspartei bleibt. Weiterhin für Glaube und Heimat einzustehen, ist die Aufgabe des Volkes und nicht zuletzt und vor allem die Aufgabe Österreichs Frauen. (Beifall.)

1150 Hy 1

Vorsitzender Landesrat Wagner: Ich danke der Frau Nationalrat Solar.

Nächster Redner ist Herr Regierungsrat Haider. Ihm folgt Herr Nationalrat Köck.

Regierungsrat Haider (Österreichische Jugendbewegung): Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Hoher Bundespartei-tag! Als am Sonntag Österreichs Freiheitsstunde geschlagen hat, waren im Reichsheiligtum Mariazell Angehörige der ÖJB vor dem Gnadenbild der Magna Mater Austriae versammelt, um dem Herrgott Dank zu sagen und um gleichzeitig zu versprechen, den 15. Mai an dieser Stätte getreu dem Vorbild der Väter in Hinkunft feiern zu wollen. Zu danken war nämlich dem Herrgott, denn ihm wurde in den Schicksalstagen des März 1938 vom damaligen Bundeskanzler Dr. Schuschnigg unsere Heimat anempfohlen. "Gott schütze Österreich!" waren seine letzten Worte. Nach diesen Worten war unsere Heimat von den Landkarten ausradiert und die Unfreiheit ergriff Besitz von unserem Volk.

"Gott schütze Österreich!", das war auch am 15. Mai 1955 das Gebet der ÖJB in Mariazelle. Denn, wenn unser Volk die Probe in Unfreiheit meisterhaft bestanden hat, die Bewährung in Freiheit werden wir alle erst zu bestehen haben, und dessen sind wir, die junge Generation in der Österreichischen Volkspartei, uns bewusst.

Nun aber habe ich zunächst die Ehre, das Wort der Jugend an jene beiden Männer zu richten, die am 15. Mai 1955 berechtigten und gebührenden Triumph erleben konnten: Aussenminister Dr. Figl, der schon als Kanzler ein mahnender Rufer und mutiger Streiter für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit war, und Bundeskanzler Raab, der mit der sicheren Hand und der ~~sachlichen~~ sachlichen

1150 Hy 2

Berechnung des Baumeisters das Werk vollendet hat. Ihnen gilt unser Jubel, ihnen gilt unsere Bewunderung und ihnen gebührt unser Dank. Sie haben es ermöglicht, dass wir endlich die Zeichen der Trauer von unseren Fahnen nehmen können, denn Österreich ist endlich frei!

Gestatten Sie mir noch eine kurze Stellungnahme zu zwei Themen. Erstens zur Neutralität. Vergleiche mit der benachbarten Schweiz, wie sie heute gerne angestellt werden, möchte ich mir ersparen. Mir geht es darum, den Standpunkt und die Ansicht der jungen Generation zu diesem Thema zu präzisieren. Eines sei hier vorweggenommen: Es gibt für uns keine Neutralität in weltanschaulichen Fragen. Der Lex aeterna des Christentums und den Grundsätzen des Humanismus bleiben wir auch in Zukunft verschworen. Doch wie stellen wir uns künftig zu all jenen Bestrebungen, die die europäische Vereinigung zum Ziele haben? Diese Frage ist bedeutsam, denn verkenne es niemand, dass gerade wir es sind, die in der jungen Generation mächtige Anhängerschaft gefunden haben. Ich glaube, dass der erste Programmpunkt der Österreichischen Jugendbewegung deutlich und unmissverständlich die Antwort gibt: Wir bekennen uns zu Österreich und seiner Aufgabe, völkerverbindend zu wirken und Gegensätze auszugleichen. Könnte dieser bewährten Aufgabe ein anderer Sinn unterlegt werden als jener, sich jeglichen Blockbildungen zu enthalten und vielmehr in der Gegensätzlichkeit der Völker das Versöhnliche und das Einigende zu suchen und zu finden? Wir werden daher gleich unseren Schweizer Freunden von den Jung-Christlichsozialen und Jung-Konservativen im Rahmen dieser Bestrebungen zur Rettung des christlichen Abendlandes mitwirken und mitarbeiten.

1150 Hy 3

Ein weiteres Wort zum Bundesheer. Es ist keine Überheblichkeit, wenn gerade wir, die junge Generation sich dazu zu Wort meldet. Sie wird nämlich der Waffenträger und damit der sichtbare Ausdruck der Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität unseres Staates sein. Ich darf hier an dieser Stelle gleich dem Herrn Staatssekretär Graf vom Herzen für die erfrischenden Worte danken, die er zu diesem Thema gefunden hat.

Wenn man da und dort in den Kreisen der Jungen und auch in manchen Zeitungen in Diskussionsspalten immer wieder die Meinung findet: "Na ja, schön, aber ohne uns!", dann bin ich der Auffassung, dass das nicht so ernst zu nehmen ist, denn solche Stimmen hat es immer gegeben, schon in der Monarchie und auch später.

Wir, die Jugend der ÖVP, stehen heute wie eh und je positiv und rückhaltlos zu dem Gedanken der Wahrfreiheit unseres Volkes. Wir bejahten den Wehr- und Verteidigungswillen auch zu einer Zeit, als man uns - wie etwa bei Gründung des Bundesjugendringes - deswegen von mehreren Seiten recht böswillig militaristische Tendenzen unterschrieben wollte.

An die Staatsführung und an das Parlament richten wir aber eine eindringliche Bitte: Macht das Bundesheer zu einem wirklichen Erziehungsfaktor für die männliche Jugend, dem sich jeder junge Mann, sofern er gesund ist, zu unterziehen hat. Wacht sorgsam darüber, dass die Armee ein staatspolitischer Faktor wird und bleibt, denn sie darf nicht eine Frage des Proporztes, sondern nur eine Frage der Landesverteidigung und eines ehrenvollen Dienstes für das Vaterland sein. (Beifall.)

Wenn ich zum Schluss auf die eingangs erwähnte Bewährungsprobe zu sprechen komme, so kann ich, meine Damen und Herren, die Versicherung abgeben, dass sich die Österreichische Jugendbewegung dessen bewusst ist, was ihr als ein Erziehungsfaktor im Rahmen der Österreichischen Volkspartei

1155 W 2

und als die Vertretung der jungen Generation in dieser Partei für Aufgaben gestellt sind. Wir verstehen unter dieser Bewährungsprobe die Fortführung einer konsequenten Politik zur Sicherung der Berufsausbildung und des Arbeitsplatzes sowie die Förderung der Existenz- und Familiengründung, weil wir der Meinung sind, dass nur die gesunde Familie einen gesunden Staat garantieren kann. Wir verstehen weiter unter dieser Bewährung die Sicherung unserer kulturellen Werte und das Erkennen unserer kulturellen Verpflichtung. Österreichs Gesicht prägt sich nämlich auch in Hinkunft für die Welt durch seine Kultur.

In diesem Sinne wollen wir, die Parteijugend, mit der ÖVP und mit allen Patrioten unseren Beitrag für die Freiheit, die Sicherheit und den Wohlstand unseres Vaterlandes leisten. (Beifall.)

Vorsitzender Landesrat Wagner : Zum Wort gelangt Herr Nationalrat Köck, ihm folgt Herr Nationalrat Hartmann.

1155 W 3

Nationalrat K ö c k (Bundesparteileitung): Hoher Bundesparteitag! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eine ganz kurze Ergänzung zum Referat des Herrn Finanzministers bringen und vielleicht auch eine kleine Korrektur. Die verlorenen Söhne, die heimgekehrten Söhne der Weltgeschichte haben immer eine bevorzugte Stellung eingenommen. Man wird daher auch mit den USIA-Betrieben nicht so verfahren - zumindest am Anfang nicht -, dass man sie in die gleiche Marktordnung hineinwerfen wird, in der sich alle übrigen Betriebe befinden. Man wird also helfen müssen, man wird verschiedene Formen finden müssen, in welchen sich diese heimgekehrten Betriebe entwickeln können.

Ich möchte aber auf ein Problem aufmerks^kam machen, das bisher zu wenig beachtet wurde. Wir haben von den Mitteln gesprochen, die in diese Betriebe hineingesteckt werden müssen, wir haben auch von ent^sprechenden Organisationen geredet. Wir müssen aber bedenken, dass in diesen Betrieben 36.000 oder 40.000 Menschen, samt ihren Familien also vielleicht 100.000 Menschen - eventuell sind es noch mehr -, durch Jahre hindurch in einer fremden Ideologie betriebsmässig geführt wurden, dass sie verhetzt wurden, dass sie sich förmlich ausserhalb des Vaterlandes betätigten. Diese Menschen kann man nicht einfach dadurch sanieren, dass man die Betriebe vorläufig in den Besitz ^{übernimmt} des Staates übernimmt, sondern man wird sorgfältig aussuchen müssen, wer in diese Betriebe hingestellt wird, wer diese Betriebe zu leiten hat.

1200 Ha/1

Eine Weltanschauung der Privatwirtschaft kennen wir nicht. Man kann aus einer Weltanschauung privatwirtschaftlich denken, aber wir müssen in diesen Betrieben über das rein Wirtschaftliche hinaus auch weltanschaulich einwirken. Und das wird eine sehr schwere Sache sein. Ich bitte daher schon heute anzumerken, dass es eine selbstverständliche Forderung der Volkspartei sein muss, hinsichtlich derer, die nun die Verantwortung in diesen Betrieben tragen werden - gleichgültig, ob diese Betriebe eine Weile, nur vorübergehend oder für immer im Besitz der öffentlichen Hand sein werden -, eine Auswahl nach weltanschaulichen und vor allem nach menschlichen Grundsätzen, nach charakterlichen Grundsätzen zu treffen. Es muss sich hier das Talent der Volkspartei bewähren, solche Menschen auszuwählen, dann wird es möglich sein, sie in die Struktur der österreichischen Wirtschaft möglichst reibungslos einzugliedern.

Ich möchte am Ende meiner kurzen Bemerkungen zu der für uns sonst sehr erfreulichen Rede des Herrn Finanzministers noch bemerken, dass wir uns auch über verschiedene Formen der Betriebsgestaltung und der Betriebsführung unterhalten müssen. Der ÖAAB hat ein Interesse daran, dass gewisse Betriebe, die lohnintensiv sind, nach Grundsätzen verwaltet werden und dass in diesen Betrieben nach Grundsätzen gearbeitet wird, die alle zur gemeinsamen Verantwortung, aber auch alle zum gemeinsamen Ertrag heranziehen. (Beifall.) Ich weiss, dass diese Gedanken jetzt in der Volkspartei nicht nur ausgesprochen werden können, sondern dass man sie auch ernstlich überlegt und ernstlich in die Diskussion wirft. Seit wir den Familienlastenausgleich hier schaffen konnten, ist das Eis hier gebrochen. Und ich glaube,

1200 Ha/2

dass wir in der vom Finanzminister Kamitz geschilderten schöneren Zukunft unsere Betriebe nach neuen, nach genossenschaftlichen Grundsätzen oder nach Grundsätzen, die im Sinne unseres Wiener Programmes liegen, führen^{werden}. Ich glaube, dass wir damit einen wertvollen Beitrag zu einer Gesundung Österreichs leisten können. (Beifall.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich an die Delegierten den Appell richten, die erste Bewährungsprobe als freie Österreicher dadurch abzulegen, dass sie im Saal anwesend bleiben. (Lebhafter Beifall.) Wenn der Herr Bundeskanzler es für gut und notwendig hält, die Stimme der Delegierten anzuhören, dann dürfte das auch den übrigen Delegierten nicht schaden. (Beifall.)

Zum Wort gelangt Herr Nationalrat Hartmann, ihm folgt Herr Dr. Gattinger.

Nationalrat Dipl.-Ing. H a r t m a n n (Niederösterreich): Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Verehrte Ehrengäste! Hoher Bundesparteitag! Zu den grundlegenden Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers, des Herrn Aussenministers und des Herrn Finanzministers erlaube ich mir einige agrarpolitische Bemerkungen hinzuzufügen.

Wenn ein Land zum unmittelbaren Kriegsschauplatz geworden ist, so wie dies in grossen Teilen Österreichs vor zehn Jahren zutraf, dann hat darunter stets auch die Landbevölkerung besonders hart zu leiden. Wir müssten in der Geschichte unseres Landes sehr

1200 Ha/3

weit zurückblättern, um ähnliche oder annähernd gleiche Ereignisse anzutreffen, wie sie sich auf unserem heimatlichen Boden im Jahre 1945 und in weiterer Folge abspielten.

1205 Hy 1

Schwerste Verluste an Gut und Blut, mehr als 12.000 zerstörte oder kriegsber/schädigte Bauernanwesen, ungeheuere Verluste an Betriebsmitteln, Verluste an Vieh und Saatgut, kurz gesagt, eine völlig darniederliegende Agrarproduktion mit allen nur erdenklichen Folgen einer argen Lebensmittelnot bildeten den Ausgangspunkt des Wiederaufbaues. Nicht nur in den Städten, auch in weitesten ländlichen Gebieten herrschten Mangel, Elend und Not. Ungezählten Bauernfamilien blieb nur das übrig, was sie am Leib trugen.

Als man den Konsumenten damals nur 800 magere Kalorien als Tagesration zuteilen konnte, forderte man mit täglich wachsender Lautstärke von den österreichischen Bauern eine möglichst rasche Erhöhung der Agrarproduktion zur Linderung der Hungersnot. Unzählige Erschwernisse und zwei dem Kriegsende folgende Dürrejahre schoben dieses Ziel zunächst in weite Ferne. Der Beginn des agrarischen Wiederaufbaues war also mit schweren Hypotheken belastet.

Wie sieht es heute nach zehn Jahren emsigster Arbeit aus? In allen wichtigen agrarischen Erzeugungszweigen ist der Prozentsatz der Deckung des Lebensmittelbedarfes der österreichischen Konsumenten aus der heimischen Scholle höher als im letzten Vorkriegsjahr 1937. Die österreichischen Bauern im Flach-, Hügel- und Bergland haben also ihre arbeitsreiche Pflicht zweifellos erfüllt. Es ist daher wirklich gerechtfertigt, heute, an diesem denkwürdigen Abschnitt unserer vaterländischen Geschichte und am Beginn einer neuen hoffnungsvollen Epoche, den österreichischen Bauern, Bäuerinnen, Bauernkindern und Landarbeitern den Dank für ihre grossartigen Leistungen im letzten Jahrzehnt auszusprechen. (Beifall.)

1205 Hy 2

Wenn ein Land so wie Österreich nach Erduldung eines furchtbaren Kriegsgeschehens durch volle zehn Jahre besetzt war, dann hatten jedenfalls die Landbevölkerung und mit ihr die übrigen Bewohner unserer Märkte und Dörfer ein übervolles Mass an unmittelbaren und mittelbaren Besatzungsfolgen zu tragen. Die Tatsache der Besetzung mag zwar manchen Österreichern in den letzten Jahren dank der erfreulicherweise erreichten Lockerungen des Besatzungsregimes vielleicht nicht mehr voll bewusst gewesen sein. Gerade deshalb aber dürfen wir heute in den Tagen der Freude über den endlich erreichten Staatsvertrag nicht darauf vergessen, dass es ungezählte Bauernfamilien gibt, die bis gestern, bis heute und bis morgen, kurzum bis zum letzten Tag der endgültigen Beendigung der Besetzung Sorgen und Lasten zu tragen haben, die erst geraume Zeit nach Inkrafttreten der staatsvertraglichen Vereinbarungen gelindert oder beseitigt werden können.

Ich erwähne als Beispiel die bäuerlichen und nichtbäuerlichen Bewohner des Erdölgebietes, von denen gerade in den letzten Tagen und Wochen wieder die gesamte Welt sprach, ohne aber die letzten Folgen einer zehnjährigen Fremdverwaltung auf das Leben und Arbeiten jedes einzelnen Bürgers auch nur annähernd abschätzen zu können. Und wie viele Familien warten seit zehn Jahren noch darauf, ihre eigenen Wohnungen endlich wieder beziehen zu können und den Zustand jahrelanger, oft sehr dürftiger Wohnungsprovisorien zu beenden. Unser Bundesparteiobermann hat heute erst wieder mit Recht darauf verwiesen, dass fast jeder Dorfbürgermeister ein Diplomat sein musste, um den vielen divergierenden Anforderungen, die an ihn gestellt wurden, in kluger Weise

gerecht zu werden und dabei den Mut und die Zuversicht der Bevölkerung nicht sinken zu lassen.

Es kann daher gar nicht anders sein, als dass die gesamte österreichische Bauernschaft seit dem denkwürdigen 15. Mai über die Unterzeichnung des Friedens- und Freiheitswerkes mit grosser Freude und aufrichtiger Dankbarkeit erfüllt ist. Diese Dankbarkeit gilt selbstverständlich dem Bundesparteiobmann, Herrn Bundeskanzler Ing. Raab. Die Bauernschaft ist aber auch mit Recht darauf stolz, dass dieses für unser Land bedeutungsvolle und seine völlige Freiheit und Unabhängigkeit statuierende Dokument die Unterschrift eines der ihren, des Bauernsohnes Leopold Figl, trägt. (Lebhafter Beifall.)

Die Land- und Forstwirtschaft, wie überhaupt die gesamte bäuerliche Bevölkerung stellte in den letzten zehn Jahren nicht nur in wirtschaftlicher, sondern auch in politischer Hinsicht ihren Mann. In sieben österreichischen Bundesländern wurden in den Jahren 1949/50 die Bauernkammerwahlen durchgeführt. Das gleiche geschah seit November 1954 bis jetzt in fünf Bundesländern, nämlich in Steiermark, Vorarlberg, Tirol, Salzburg und Niederösterreich. Die Landesbauernbünde der Österreichischen Volkspartei haben diese neuerliche Bewährungsprobe gut bestanden. In diesen fünf Bundesländern erhielten die im Österreichischen Bauernbund zusammengefassten Landesbauernbünde insgesamt 298.211 Stimmen, das sind 87,7 Prozent der abgegebenen Stimmen, gegenüber 83,73 Prozent vor fünf Jahren, oder um 25.584 Stimmen mehr als bei den letzten Bauernkammerwahlen.

Dieses eindeutige Bekenntnis der Bauernschaft ist kein Zufall. Es ist ein Beweis für die politische Standfestigkeit der österreichischen Bauern, ein Beweis auch dafür, dass der Bauernstand gegenüber marxistischen oder sonstigen Infiltrationen immun ist. Es ist dies auch ein Beweis dafür, dass die Bauern nach wie vor in der bäuerlichen Einigkeit und Geschlossenheit den wichtigsten Garanten für die Erhaltung ihrer wirtschaftlichen Existenz erblicken und in der Zugehörigkeit zur ÖVP als eine ihrer drei tragenden Säulen ihre politischen Rechte wahren wollen.

Aus dieser Tatsache ergibt sich jedoch eine grosse Verpflichtung gegenüber dem Bauernstande, nämlich die, dass man

den Bauern nicht nur dann rufen darf, wenn man ihn braucht. Letzteres geschah aber bereits wiederholt. Zur Zeit der Not wurden die Bauern von den ihnen missgünstig gesinnten Kreisen mit einem Übermass an Forderungen überschüttet. Als aber die heimische Agrarproduktion angestiegen war und fast gleichzeitig wieder Lebensmittelimporte möglich wurden, bestand wiederholt die Gefahr, dass man auf den heimischen Bauern wieder vergisst. Massgebende sozialistische Kreise sind nur schon zu oft gewillt gewesen, ausländische Lebensmittelimporte gegenüber den heimischen Agrarerzeugnissen zu bevorzugen und unbegründeten Importen das Wort zu sprechen.

In der Zeit, in der die österreichische Handelsbilanz erfreulicherweise hoch aktiv geworden ~~wurden~~ war, wollte man der Landwirtschaft nur allzu rasch eine Produktionseinschränkung zugunsten ausländischer Importe zumuten. Bei einer passenden Handelsbilanz sollte es dann womöglich wieder umgekehrt sein.

Solchen abträglichen Gedanken ~~kann~~ eine wirkliche Bauernvertretung im Rahmen der Österreichischen Volkspartei niemals zustimmen. Die Agrarproduktionsleistung lässt sich nicht von heute auf morgen etwa nach Wunsch oder auf Befehl erhöhen, restringieren oder gar einstellen. Der Bauer ist kein Spielzeug, das man nach Belieben gebraucht oder wegwirft. Die Land- und Forstwirtschaft - und das ist eine ihrer Kardinalforderungen - braucht eine stabile Entwicklung des Produktionsvolumens nach Menge und Güte. Dies ist eine der wesentlichsten Voraussetzungen für die wirtschaftliche

Existenzsicherung unserer hunderttausende Familienbetriebe und zugleich auch die beste Fundierung der Stabilität unserer Volkswirtschaft. Denn die Land- und Forstwirtschaft, soferne ihre Kaufkraft erhalten bleibt und weiterhin gestärkt wird, zählt zu sehr sicheren Abnehmern gewerblicher und industrieller Erzeugnisse. Diese wichtige volkswirtschaftliche Funktion können die Bauern nur dann erfüllen, wenn sie für ihre Erzeugnisse stabile und ausreichende Preise erhalten, also den gerechten Lohn für ihre Arbeit empfangen. Wir müssen es daher weiterhin mit alle-n Kräften anstreben, dass - was bisher noch nicht zutrifft - auch der Bauernschaft der ihr zukommende Anteil am Volkseinkommen gewährt wird.

Seit dem Jahre 1951 sind die agrarischen Produzentenpreise im grossen und ganzen auf gleicher Höhe geblieben, bei einigen Produkten, insbesondere beim Wein, sogar wesentlich gefallen.

1215 Ha/1

Unleugbar jedoch sind in der gleichen Zeit die Gestehungskosten, wie Löhne und soziale Abgaben und etliche Betriebsmittelpreise, erheblich gestiegen. Dem Lohnanteil der bäuerlichen Familie droht daher eine abermalige Schmälerung. Dem kann und darf nicht untätig zugesehen werden; erzielen doch viele klein- und mittelbäuerliche Betriebe - trotz Mitarbeit aller arbeitsfähigen Familienmitglieder - oft ein sehr bescheidenes Arbeitseinkommen. Es ist in zahlreichen Fällen sogar kleiner als jenes eines Hilfsarbeiters.

Für die Herstellung des sehr notwendigen Ausgleiches zur schrittweisen Schliessung der noch immer bestehenden Preisschere fehlt bei den massgebenden Vertretern des sozialistischen Koalitionspartners oft im weitesten Masse das Verständnis. Es wird unsere gemeinsame Aufgabe sein, unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen der Konsumenten, also nach wie vor unter bewusster Ausschaltung einer konsumentenfeindlichen Agrarpolitik, die man uns fälschlicherweise immer wieder zum Vorwurf macht, die Lebensfähigkeit des Bauernstandes in allen Produktionsgebieten unter allen Umständen zu erhalten und zu festigen. Denn auch der österreichische Konsument wird dann am sichersten ernährt sein, wenn er nicht so sehr auf Lebensmittelimporte angewiesen ist, die oft nur allzu rasch der Gunst oder Missgunst weltpolitischer Ereignisse unterliegen. Das tägliche Bröt aus der fleissig arbeitenden Hand des angestammten österreichischen Bauern ist unsere sicherste Ernährungsgrundlage. Hiezu bedürfen wir selbstverständlich auch eines vernünftigen Schutzes vor übermässigen Agrarimporten.

1215 Ha/2

Nach Inkrafttreten des österreichischen Staatsvertrages wird unsere Land- und Forstwirtschaft wieder grösser werden. Weit mehr als 100.000 Hektar land- und forstwirtschaftlich genutzte Flächen, die seit zehn Jahren ausserhalb unserer Einflusssphäre standen, werden bald wieder unserer Volkswirtschaft eingegliedert sein. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Betriebe im Burgenland, im Mühlviertel und in Niederösterreich. Viele Bauern werden unter dem Titel des Deutschen Eigentums in Anspruch genommene Betriebe oder Grundstücke wieder zurückbekommen. Zahlreiche Rückstellungsansprüche werden zu behandeln sein.

Wir stehen also in diesem Zusammenhange vor sehr grossen Aufgaben. Inwieweit dabei wünschenswerte agrarpolitische Massnahmen zur wirtschaftlichen Festigung mittlerer und kleiner bäuerlicher Betriebe getroffen werden können, wird derzeit geprüft. Die Respektierung wohlerworbenen Eigentums ist ein Programmpunkt der Österreichischen Volkspartei, der nicht ausser acht gelassen werden darf. Keinesfalls aber - und das sei ausdrücklich betont - werden irgendwelche Bodenspekulanten zum Zuge kommen, die sich schon jetzt da und dort hörbar machen, ehe noch die Tinte der Unterschriften auf dem Staatsvertrag trocken geworden ist.

Ebenso entschieden ist es zu verurteilen, wenn die Sozialistische Partei, was sie bereits mit grosser Lautstärke tut, im Zusammenhang mit der Rückgliederung der USIA-Landwirtschaft Propagandaforderungen aufstellt, die offensichtlich nur dem Stimmenfang und der Spaltung der Bauerneinigkeit dienen sollen. Auch werden wir keineswegs der Vermehrung defizitärer Staats-

1215 Ha/3

betriebe das Wort reden. Die österreichischen Bauern können überzeugt sein, dass nur die Bauernvertretung insbesondere der betroffenen Bundesländer im Rahmen der Österreichischen Volkspartei ohne leere Versprechungen, jedoch mit Mass und Ziel auch bei der Rückführung der land- und forstwirtschaftlichen USIA-Betriebe nur den realen und zweckdienlichen Weg beschreiten wird.

Der heutige Bundesparteitag eröffnet eine neue Epoche in der politischen und wirtschaftlichen Entwicklung Österreichs. Bald werden wir auf uns allein gestellt sein und allein die Verantwortung zu tragen haben, ohne sie auf irgend jemand abwälzen zu können. Dies gilt für die Gesetzgebung, die zehn Jahre unter alliierter Kontrolle stand, ebenso wie für die Verwaltung. Diese alleinige Verantwortung wird sehr bald von keiner Besatzungskontrolle überschattet sein. Diese Verantwortung wird uns auch niemand abnehmen. Wir müssen sie selbst tragen.

Die österreichischen Bauern im Berg-, Hügel- und Flachland erblicken im Bauernbund und in der Österreichischen Volkspartei den Garanten für ihre persönliche, politische und wirtschaftliche Freiheit. Sie werden so wie in den letzten zehn Jahren auch in Zukunft diese neue und wahrscheinlich noch grössere Verantwortung gerne mittragen.

1220 Hy 1

Das sind wir als fleissig arbeitende und freiheitsliebende Menschen gewohnt. Alle aufrechten Österreicher, die heute noch nicht in unseren Reihen stehen, werden gut daran tun, wenn sie noch mehr als bisher im Rahmen der Österreichischen Volkspartei gemeinsam mit den Bauern und Arbeitern, Angestellten und Gewerbetreibenden alle Kräfte vereinigen, um die Lebensfähigkeit Österreichs immer wieder von neuen unter Beweis zu stellen und zu festigen, um so unserer Jugend in Stadt und Land eine schöne Zukunft zu erbauen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landesrat Wagner: Da noch eine grosse Anzahl von Wortmeldungen vorliegt, bitte ich die Redner, sich etwas kürzer zu fassen. (Beifall.)

Als nächster Redner kommt zum Wort Herr Dr. Gattinger. Ihn folgt Wegart.

Dr. Gattinger (Tirol): Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Es war sicherlich eine richtige und glückliche Idee der Führung unserer Partei, in dieser, für das gesamte Vaterland so entscheidenden Stunde vor das grösste und breiteste Forum der ÖVP hinzutreten. Mehr denn je sind heute die Blicke aller unserer Parteifreunde, unserer Wähler, ja vielleicht aller mit uns freudig bewegten oder um das Schicksal unseres Staates besorgten Europäer auf diesen Saal gerichtet. Zehntausende von Funktionären, Ortsparteiobmännern, Bürgermeistern, Mandataren in Gemeinden, Kammern und anderen öffentlichen Körperschaften sind durch die hier versammelten Delegierten vertreten.

1220 Hy 2

Wenn ich mir gestatten darf, hier als Sprecher für diesen namenlosen kleinen Funktionär unserer Partei aufzutreten - der vielleicht seit zehn Jahren still, bescheiden, aufopferungsbereit, aber in unwandelbarer Treue seine Pflicht erfüllt -, dann geschieht dies aus tiefster Dankbarkeit gegenüber jenen Männern, die nach jahrelangem harten Ringen, jetzt in der richtigen Erkenntnis der Situation, Österreich die Freiheit erkämpften. Voll Vertrauen in die starke Führung unseres Staates und unserer Partei verfolgten wir den in atemberaubenden Tempo abrollenden letzten Akt dieses Ringens.

Ich darf aber auch, wiederum im Namen und im Auftrag dieses kleinen Funktionärs unserer Partei, den Rednern des heutigen Tages für die Aufklärung danken, die sie uns gegeben haben, Dank sagen dem Herrn Bundeskanzler, dem Herrn Aussenminister und auch dem Herrn Finanzminister, dessen Optimismus wir freudigen Herzens teilen. Es waren richtige Worte im rechten Zeitpunkt. Denn Aufklärung tut not, vor allem in den westlichen Bundesländern (Zustimmung), die dank der Erfolge unserer Aussenpolitik seit Jahr und Tag nichts mehr von den täglichen Lasten einer Besatzung verspürten, sondern nur noch mehr oder minder grosse geschäftliche Vorteile daraus zogen. Versäumen wir diesen Zeitpunkt der Aufklärung nicht.

Unser Volk ist nüchtern und fleissig. Es wird dem Kanzler und unserem Aussenminister die befreiende Tat umsomehr danken, je besser es über die Bestimmungen und Auswirkungen dieses Staatsaktes unterrichtet ist.

Gestatten Sie mir auch noch, ohne einem Berufeneren vorzugreifen zu wollen, in diesem Jubel um die endgültige Befreiung unseres Vaterlandes diesem Bundesparteitag zuzurufen: Vergessen wir Südtirol nicht!

1220 Hy 3

Zum Schluss aber lassen Sie mich noch das Vertrauen zu unserer Führung aussprechen, was man Land auf Land ab spürt und hört: Der Raab macht's schon richtig. Ja! Der Raab macht's richtig und dem Figl fliegen die Herzen im Sturm zu. Hinter beiden aber steht eine mächtige Partei, voll pulsierenden Lebens, einig und geschlossen in dem Willen, auf der neuen völkerrechtlichen Basis - frei von Kriegsfurcht - Österreichs europäisch abendländische Aufgabe am Donaustrom wieder aufzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Zum Wort gelangt Herr Abg. Wegart. Ihm folgt Landesparteisekretär Naumann, Vorarlberg.

Landesparteisekretär W e g a r t (Graz): Hochverehrter Herr Kanzler! Hoher Bundesparteitag! Neben all den Fragen, die heute hier zur Sprache gekommen sind, sei es mir erlaubt, zu einer Frage ganz besonders Stellung zu nehmen. Dies ist die Frage des sozialen Strukturwandels in unserem Lande.

Die Gemeinderatswahlen vom 3. April in der Steiermark haben uns in ihrem Ergebnis und in ihren Auswirkungen aufhorchen lassen. Wir haben uns die Mühe genommen, hier einige Dinge zu untersuchen, und sind hiebei zu Ergebnissen gelangt, die uns mehr als zu denken geben müssen. Gestatten Sie mir, dass ich Ihnen hier einige Ziffern nenne.

Die Steiermark hat mit dem Stichtag 31.12.1954 309.246 sozialversicherungspflichtige Arbeitnehmer, 84.698 Arbeiter- und Angestelltenrentner, 16.000 Kriegshinterbliebene, Vollrentner, und 10759 Bezieher einer Arbeitslosenunterstützung. Das ergibt 421.271 Personen, die aus unselbständiger Arbeit Lohn und Gehalt beziehen oder im Genuss einer Rente stehen. Die Steiermark hatte im Februar 1953 708.320 Wahlberechtigte. Stellt man dieser Ziffer die 421.271 unselbständig Erwerbstätigen gegenüber, dann ergibt dies, dass 59 Prozent der Wähler in Steiermark unselbständig erwerbstätig sind. Ich bin überzeugt: Wenn diese Ziffern auf die Bundesebene übertragen werden, dass sie auch dort sinngemäss angewendet werden können.

Wenn wir nun daraus eine nähere Untersuchung für unsere Parteiarbeit anstellen, so ergibt sich daraus folgende Konsequenz: In einer ~~kleinen~~ Gemeinde, mag es vielleicht eine kleine Landgemeinde sein, zeichnet sich da folgendes Bild ab: Die Mitglieder des Bauernbundes werden jährlich durch eine Versammlung, durch das Inkasso der Mitgliedsbeiträge und durch die Zeitung angeprochen, die vielleicht vier, fünf oder 10 Wirtschaftstreibenden durch den Wirtschaftsbund. Aber es gibt in dieser Gemeinde auch sehr viele Unselbständige, Arbeiter, Angestellte, öffentlich Bedienstete, Rentner. Wer kümmert sich um diese Menschen?

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe auch hier einige Ziffern zur Verfügung, um aufzuzeigen, wie das im Kleinen aussieht. Die Gemeinde Mariahof in der Obersteiermark war nach unserer Meinung eine bäuerliche Gemeinde. Wir haben das Wählerverzeichnis, das für die Gemeinderatswahlen des heurigen Jahres aufgelegt werden musste, einer Analyse unterzogen und hiebei folgende Ziffern entdeckt: In dieser Gemeinde sind 733 Wahlberechtigte gewesen, hievon Arbeiter, Angestellte und öffentlich Bedienstete 315, Land- und Forstarbeiter 139, Rentner und Pensionisten 98, Landwirte samt ihren wahlberechtigten Familienangehörigen 137 und Selbständige in Handel, Wirtschaft und Gewerbe samt ihren Familienangehörigen 44. Es gibt also in dieser Gemeinde nun 550 Unselbständige und 181 Selbständige.

Oder nehmen wir das Beispiel einer Stadtgemeinde in der Obersteiermark, die Gemeinde Murau: Arbeiter, Angestellte und öffentlich Bedienstete 1101, Land- und Forstarbeiter 51, Rentner und Pensionisten 186, Bauern samt ihren wahlberechtigten Familienangehörigen 16, selbständige Handels- und Gewerbetreibende 300. Diese Zusammenstellung ergibt 1338 Unselbständige und 316 Selbständige. So könnte ich diese Liste für eine Reihe von Gemeinden fortsetzen.

Ich habe mir erlaubt, dieses Problem in die Debatte des Landesparteitages zu werfen, damit es dieser Schlüsselfrage unserer Partei nicht achselzuckend vorbeigegangen wird.

Landespartiesekretär J. K. A. A. A. (Twarilberg): Hoher Landesparteitag! Die Füllfederhalter für die Staatsvertragsverhandlungen waren noch nicht mit Tinte besetzt, als die Sozialistische Partei es für notwendig gefunden hat, in einer Art Vorstudie ihre Auffassung zu den künftigen Verhandlungen zu äußern. Man, sowohl die Sozialisten als auch die Nationalisten, ist der Meinung, dass es ein Meer aus Grund der Mehrpflicht sein soll, können wir, glaube ich, das als einen gewissen Versuch sehen. Wir wollen nur hoffen, dass sie in ihren Kreisen in Zukunft etwas

Daraus muss sich die Konsequenz ergeben, dass wir uns in diesen kleinen Gemeinden um diese Arbeiter und Angestellten und um diese Rentner kümmern müssen. Diese Tatsache muss die Gesamtpartei in ihrer künftigen organisatorischen und propagandistischen Arbeit zu ihren Entscheidungen veranlassen. Wenn sich auch der Arbeiter- und Angestelltenbund sehr bemüht, innerhalb der Arbeiter und Angestellten weiter Fuss zu fassen, sind seine Erfolge allein keinesfalls ausschlaggebend für die Ausweitung unserer Gesamtpartei. Die Partei selbst muss in die Erfassung der unselbständig Erwerbstätigen bahnbrechend eingreifen. Sollte das bis zur nächsten Nationalratswahl nicht im entsprechenden Mass gelingen, so ist die Mehrheit der Österreichischen Volkspartei nicht nur im Lande Steiermark, sondern auch darüber hinaus als gefährdet anzusehen. (Zustimmung.) Denn schon bei der letzten Nationalratswahl hat die SPÖ in Steiermark wie im gesamten Bund mehr Stimmen als die ÖVP errungen.

Ich habe mir erlaubt, dieses Problem in die Debatte des Bundesparteitages zu werfen, damit an dieser Schicksalsfrage unserer Partei nicht achtlos vorübergegangen wird.

LandesparteiSekretär N a u m a n n (Vorarlberg): Hoher Bundesparteitag! Die Füllfederhalter für die Staatsvertragsunterschrift waren noch nicht mit Tinte benetzt, als die Sozialistische Partei es für notwendig gefunden hat, in einer Art Torchlusspanik ihre Auffassung zu dem künftigen Heer darzulegen. Nun, soweit die Sozialisten mit uns einig gehen in der Auffassung, dass es ein Heer auf Grund der Wehrpflicht sein soll, können wir, glaube ich, das mit einer gewissen Genugtuung sehen. Wir wollen nur hoffen, dass sie in ihren Kreisen in Zukunft etwas

1230 Ha/2

glücklichere Argumente zur Verteidigung des Grundsatzes der bewaffneten Neutralität finden, als das Sonntag beim Landesparteitag in Kärnten gewesen ist, wo Nationalrat Pittermann lediglich die eine Auskunft gegen die Gegner des Militärs in seinen Kreisen vorbrachte: Wenn wir das nicht machen, wenn wir nicht mittun, wird es die ÖVP allein tun.

Gleichzeitig wurde auch das Verlangen nach Errichtung einer parlamentarischen Kommission ausgesprochen, die die Wehrmacht im sozialistischen Schweden und in der neutralen Schweiz prüfen soll. Und hiezuh gestatten Sie mir ganz kurz einige wenige Sätze: In der Schweiz ist es so, dass jeder wehrfähige Mann vom 20. bis zum 60. Lebensjahr Soldat sein muss. Wenn man keine Zeit hat, Soldat zu sein, dann gibt es dort auch die Möglichkeit, Wehrsteuer zu zahlen; dann muss man zahlen, bis man schwarz wird. Man muss Wehrsteuer auch bezahlen, wenn man im Ausland lebt. Sie wird dann durch die Konsulate eingehoben. Es werden dafür die Väter verantwortlich gemacht, die mit ihrem Vermögen für die Söhne zu haften haben.

Etwas Zweites: In der Schweiz ist es so, dass jeder Soldat sein Wehrgehänge, seine Uniform in der Mottenkiste hat und sie immer herauszunehmen hat, wenn er zu den Waffenübungen einberufen wird. Die Schweiz ist ein Land mit einer kurzen Wehrpflicht. Die Ausbildung dauert dort nur 17 Wochen, aber sie kommen heute mehr und mehr zu der Erkenntnis, dass diese Ausbildungszeit bei den heutigen Maschinenwaffen ungenügend ist.

Etwas anderes - das ist am wenigsten bekannt, und das ist, kommt mir vor, das einzige, worin uns die Schweiz ein Bei-

1230 Ha/3

spiel beim Aufbau unseres Heeres sein kann: Das Milizsystem der Schweiz beruht vor allem darauf, dass 3.800 Schützenvereine in diesem kleinen Land tätig sind und dass jeder wehrfähige Schweizer bis zu seinem 40. Lebensjahr verpflichtet ist, an den regelmässigen Schiessübungen teilzunehmen. Und hier gestatten Sie mir nun, meine Damen und Herren, einzuhaken, um dieser parlamentarischen Kommission, falls sie zum Studium der Wehrmacht in diesen beiden Ländern eingesetzt werden sollte, folgendes zu sagen: Bevor man dann hinausgeht, soll man sich zunächst einmal sehr vertraut machen mit der sehr schönen und wertvollen Einrichtung, die wir in Österreich seit Jahrhunderten haben, und das ist das Standschützenwesen, das seine Heimat in Tirol und Vorarlberg hat.

1235 Hy 1

Es ist das nicht, wie die Sozialisten das zu bezeichnen pflegen, eine Tradition aus der Kapuzinergruft, sondern es ist das wirkliche Beispiel dafür, wie der Wehrwillen eines Volkes auf demokratischer Basis organisiert werden kann.

Ich glaube, es ist wesentlich, heute daran zu erinnern, weil es vor 40 Jahren auf den Tag genau das letzte Mal gewesen ist, dass diese Standschützen aufgerufen worden sind. Drei Tage später war die Gebirgsgrenze gegen den Süden von diesen Standschützen besetzt. Ein italienischer General hat in seinen Erinnerungen geschrieben: Ein Volk von Jungen und von Greisen ist aufgestanden.

Warum ich Ihnen das alles sage? Weil ich der Meinung bin, dass wir im Plan unseres künftigen Heeres dieses Standschützenwesen wieder aufleben lassen sollten.

Es hat noch eine sehr wertvolle Einrichtung gegeben, die aufgenommen werden könnte und die heute vor allem für unsere Gebirgsbauern von einer grossen Bedeutung wäre. Wenn der junge Soldat sein Pflichtjahr abgedient gehabt hat, konnte er, wenn er regelmässig an den Schiessübungen seines Schiessstandes teilgenommen hat, gewisse Befreiungen von den Waffenübungen erreichen. Das war sehr wertvoll. Gerade in unseren Gebirgstälern war ein grosser Mangel an Arbeitskräften.

Zusammenfassend würde ich also als stimmberechtigter Delegierter dieses Parteitages vorschlagen, dass in die Resolution, die sich offenbar für die allgemeine Wehrpflicht aussprechen wird, folgender Zusatz aufgenommen wird:

„Das alpenländische Schützenwesen nach dem Muster der in Jahrhunderten in Tirol und Vorarlberg bewährten demokratischen Einrichtung der Standschützen, die ein klassisches Vorbild

für eine Miliz- und Defensivtruppe zur Verteidigung der österreichischen Integrität darstellten, ist von Staats wegen zu fördern und in das künftige Landesverteidigungs- oder Heeresgesetz den heutigen Erfordernissen entsprechend einzubauen."

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Zum Wort gelangt Herr Landeshauptmann Ilg. Ihm folgt Herr Präsident Miller.

Landeshauptmann I l g (Vorarlberg): Hoher Bundesparteitag! Es mag ein Zufall sein, dass zwei Vorarlberger hintereinander zum Wort kommen. Es sind aber auf jeden Fall verschiedene Themen, die zur Diskussion gestellt werden.

Ich möchte mir vor allem erlauben, vom Standpunkt meines Bundeslandes aus - ich darf wohl voraussetzen, im Namen aller Bundesländer - hier einige Punkte vorzubringen, die mit dem Staatsvertrag wenigstens indirekt in Zusammenhang stehen und von denen ich glaube, dass sie auf Grund ihrer Wichtigkeit durchaus in den Mittelpunkt des heutigen Parteitages gestellt werden können.

Es ist mit Recht in den vorhergehenden Referaten im Zusammenhang mit dem Staatsvertrag darauf hingewiesen worden, dass eine Reihe von Bestimmungen nicht mehr aktuell sein können. Der Hinweis, dass gewisse Dinge durch Zeitablauf aus der Welt geschafft werden, gilt aber nicht nur beim Staatsvertrag, sondern gilt auch auf dem Gebiete der Gesetzgebung und zum Teil auch auf dem Gebiete der Verwaltung. Ich möchte die Aufmerksamkeit des heutigen Bundesparteitages vor allem auf einige Verfassungsgesetze lenken, die schon im Jahre 1945 unter dem Titel Verwaltungsnotgesetz oder Verfassungsüber-

1235 Hy 3

leitungsgesetz gemacht worden sind, deren Inhalt aus der damaligen Zeit geboren eine starke Beschränkung der Länderrechte zum Gegenstand hatte. Man kann heute mit Recht sagen, dass diese Verfassungsgesetze überholt sind und deshalb ausser Wirksamkeit gesetzt gehören. Soweit sie infolge Einspruch des Alliierten Rates bis jetzt nicht wirksam geworden sind, soll man dafür sorgen, dass sie auch in Zukunft nicht wirksam werden. Insbesondere im Verfassungsüberleitungsgesetz ist der Satz enthalten, dass der Bund in zwingenden Fällen die ganze Gesetzgebung der Länder an sich ziehen kann. Das war damals vielleicht verständlich, hat aber meines Erachtens vom jetzigen Zeitpunkt an keine Berechtigung mehr. Das wäre ein Punkt.

Das zweite betrifft ein Kapitel aus der Verwaltung. Dadurch, dass wir nun die Souveränität wiedererlangt haben - so kann man wohl sagen -, ist nun der Zeitpunkt gekommen, dass die Sicherheitsdirektionen als Übergangserscheinung aufgehoben werden. (Beifall.) Es wäre an der Zeit, dass die Agenden der öffentlichen Sicherheit wieder in die unmittelbare Bundesverwaltung, also in die Hände der Landeshauptleute übertragen werden.

Als drittes noch ein Wort zum Bundesheer. Fürchten Sie nicht, dass ich hier einen persönlichen Standpunkt breittrete, aber vom Standpunkt der Länder aus gibt es einen wichtigen Wunsch zu äussern, dahingehend, dass die frühere Art der Organisation, die eine gebietsweise Gliederung des Heeres vorsah, wieder beibehalten wird. Da auch in dem Fall des bereits zitiert-en Beispiels der Schweiz eine gebietsweise Gliederung eine Selbstverständlichkeit darstellt, soll sie auch bei uns als neutralem Staat beibehalten werden.

Als Letztes hätte ich noch einen konkreten Wunsch oder Vorschlag bezüglich des Deutschen Eigentums vorzubringen, wobei ich es aber vorziehe, diesen Vorschlag nur schriftlich dem Präsidium zu überreichen, aus der Erkenntnis heraus, dass es wohl ein Gebot der Stunde ist, im Hinblick auf die Vielverzweigtheit und die Kompliziertheit dieser Frage über diese Dinge nicht zu viel zu reden und die Dinge nicht mehr breitzutreten, als es wirklich notwendig ist. Und allen Delegierten und vor allem auch unserer Presse möchte ich die Empfehlung geben: Gehet hin und tuet deggleichen! (Heiterkeit und lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Bundeskanzler.

Bundesparteiobmann Bundeskanzler Ing. R a a b : Ho^h Bundesparteitag! Ich möchte die Redner ersuchen, sich noch etwas kürzer zu halten. Vor allem würde sich eine wesentliche Verkürzung der Diskussion ergeben, wenn die Redner die Lob~~ss~~-hymnen an meine Person und an die Person meiner **beiden** Ministerkollegen streichen würden. (Heiterkeit.)

Es sind hier einige Anträge gestellt worden. Ich möchte gleich auf die Ausführungen des Herrn Landeshauptmanns Ilg zurückkommen und zu ihnen Stellung nehmen. Die Situation, dass unser Staat seine Souveränität wiedererhält, ergibt natürlich eine Reihe von sehr einschneidenden Forderungen, darunter auch die nach der Wiederherstellung der Verfassungsrechte der Bundesländer. Ich be~~kan~~ne mich dazu. (Beifall.) Damit hängt auch die Frage der Sicherheitsdirektionen zusammen und all diese anderen Dinge, die erwähnt wurden. Meine sehr Verehrten, damit hängt auch die Frage der Gesetzmässigkeit der Wirtschaftsgesetze zusammen, die jetzt Ende Juni ablaufen. Es wird daher notwendig sein, wenn es gelingt, diese Gesetze noch einmal bis Ende des Jahres zu verlängern, von seiten der Regierung und des Parlaments neue Gesetze zu schaffen, die der Verfassung entsprechen.

Ich bin dagegen, dass in die Resolution der Passus über das Standschützenwesen in Tirol und Vorarlberg eingebaut wird. Wir sind noch in Verhandlungen mit dem Koalitionsp~~at~~ner über diese Fragen und können uns nicht durch einen solchen Beschluss die Hände binden lassen.

Was die Frage des Bundesheeres anlangt, meine Verehrten und Herr Landeshauptmann Ilg, so schadet es auch dem Vorarlberger nicht, wenn er im Burgenland Dienst macht! (Starker anhaltender Beifall.) Die Armee, die aufgestellt wird, dient nicht der Vorbereitung eines Aggressionskrieges, sondern für die Verteidigung des Landes. (Erneuter lebhafter Beifall.) Die Soldaten müssen daher dorthin verlegt werden, wo die Grenzen gefährdet sind. Ich bin aber nicht der Auffassung, dass wir mit der Schweiz jemals in einen Kriegszustand geraten. (Heiterkeit.)

Das wollte ich zur Abkürzung der Diskussion dem Hohen Forum bekanntgegeben haben. (Beifall.)

Vorsitzender Landesrat Wagner: Zum Wort gelangt jetzt Herr Präsident Miller, ihm folgt Nationalrat Kranebitter.

1245 Ha/1

Kommerzialrat M i l l e r (Präsident der Handelskammer Tirol): Hoher Bundesparteitag! Unser hochverehrter Herr Kanzler hat zwar die Aufforderung an die Redner gerichtet; sie mögen von allen Lobeshymnen Abstand nehmen. Ich muss sagen, ich bin zeitlebens ein guter Staatsbürger gewesen, aber nun muss ich unseren hochverehrten Herrn Kanzler um Entschuldigung bitten, wenn ich mich nicht ganz an diese Aufforderung halten kann.

Es sind jetzt ungefähr drei Jahre vergangen, seit der damalige Präsident der Bundeswirtschaftskammer Ing. Julius Raab die Wirtschaftsführung mit einer viel grösseren Aufgabe, mit der Bundesführung vertauscht hat. Ich hatte damals als leider ältester der Kammerpräsidenten die ehrenvolle Aufgabe, unserem Bundeskanzler für die bisherigen Leistungen für die österreichische Wirtschaft herzlich und aufrichtig zu danken und Glück und Gottes Segen für sein grösseres Amt zu wünschen. Wenn ich heute im Namen der Wirtschaft der westlichen Bundesländer und auch des Wirtschaftsbundes dem Herrn Bundeskanzler Raab und Herrn Bundesminister Dr. Kamitz für jene wirtschaftlichen Erfolge danke, die seit ihrer Regierungstätigkeit zu verzeichnen sind, so bitte ich zu entschuldigen, wenn ich die Aufforderung unseres hochverehrten Herrn Kanzlers nicht ganz erfüllen konnte. Dank des klaren Konzepts haben sie die Wirtschaft Österreichs über die schwierigsten Klippen der Nachkriegszeit hinwegge^{bracht} und die Wirtschaft zu dem heutigen Stand der Vollbeschäftigung und der sozialen Befriedung emporgeführt.

Österreichs Wirtschaft ist sich bewusst, dass die Erfolge der Staatsvertragsverhandlungen, die in der Hauptsache der Initiative und der Tatkraft unseres Bundeskanzlers Raab und des

1245 Ha/2

Aussenministers Dr. Figl zu verdanken sind, nicht nur Anlass zu Jubel und Freude geben, sondern dass der Staatsvertrag auch schwere Opfer von ihr erfordert. Die Freiheit und der soziale Friede sind uns jedoch wert, die uns erwachsenden Opfer zu bringen. Wenn das bisherige klare Wirtschaftskonzept, das uns die führenden Männer gebracht und vorgezeichnet haben, behalten wird, dann wird es in gemeinsamer Zusammenarbeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer gelingen, den geforderten für Österreichs Freiheit und Unabhängigkeit zu bezahlen.

Die gewerbliche Wirtschaft erneuert anlässlich des Bundesparteitages ihr Versprechen, wie bisher in Geschlossenheit und Treue hinter den führenden Männern unserer Partei zu stehen und für eine glückliche Zukunft Österreichs einzutreten und zu arbeiten.

Aber nun noch eine kurze sachliche Feststellung: Es ist unleugbar und klar, dass seit der Reise unseres hochverehrten Herrn Kanzlers nach England, Amerika und zuletzt nach Moskau die bisher so unfreundliche politische Atmosphäre entgiftet ist und einem freundlichen Klima Platz gemacht hat. Und nur in die Klima konnten die Staatsvertragsverhandlungen gedeihen und der österreichische Staatsvertrag früher abgeschlossen werden, als alle erwartet haben. Ich glaube nicht zuviel zu sagen und in Ihrem Namen zu sprechen, wenn ich ausführe, dass dieser ausgezeichnete Erfolg in erster Linie dem gesunden Optimismus, dem Fingerspitzengefühl und dem Sinn für das Erreichbare unseres hochverehrten Herrn Bundeskanzlers zu verdanken ist. (Beifall.)

1245 Ha/3

Und wenn ich mir jetzt erlaube, zum Anfang meiner Ausführungen zurückzukommen, dann gestatten Sie mir, ein Dichterwort zu wiederholen, das ich damals vor drei Jahren als Sprecher der Wirtschaft gesagt habe: Herr Bundeskanzler, in deinem Lager ist Österreich! (Beifall.)

1250 Hy 1

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Zur Geschäftsordnung hat sich der Delegierte Kaspar zum Wort gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

Organisationsreferent K a s p a r (zur Geschäftsordnung): Herr Bundeskanzler! Hoher Parteitag! Ich stelle den Antrag auf Schluss der Debatte (Beifall), weil ich der Meinung bin, dass sich ein weiteres Debattieren am Parteitag der Freiheit nicht recht mit unserer Stimmung nach den drei herrlichen Referaten, die wir gehört haben, verträgt. (Neuerlicher Beifall.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Ich möchte vorschlagen: Nicht Schluss der Debatte, aber Schluss der Rednerliste. Darf ich in diesem Sinn die Delegierten um ein Zeichen der Zustimmung bitten, wenn Sie diesem Antrag auf Schluss der Rednerliste zustimmen. - Danke sehr. Wer ist dagegen? - Angenommen.

Gleichzeitig beantrage ich, dass den noch vorgemerkten Rednern - es sind nur noch einige - zwei Minuten Redezeit gewährt wird. Einverstanden? - Ja.

Ich erteile das Wort dem Herrn Nationalrat Kranebitter. Ihm folgt Herr Hochreiter.

Nationalrat K r a n e b i t t e r (Tirol): Hoher Bundesparteitag? Dieser ausserordentliche Bundesparteitag der Österreichischen Volkspartei bildet den Abschluss eines zehnjährigen Wiederaufbau- und Freiheitskampfes des österreichischen Volkes, der unter der Führung der Volkspartei die Frucht eines erstaunlich gut entfalteten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ordnung und am 15. Mai 1955 den Sieg der Gerechtigkeit für unser

1250 Hy 2

Österreich zeitigte. Für den Beginn des zweiten grossen Bauabschnittes haben unser Bundeskanzler, der Aussenminister und der Finanzminister vorhin die grossen Richtlinien ausgegeben, die in einer zu beschliessenden Resolution ihre vertiefende Form finden sollen.

Nicht ein eitler Drang, mich auf dem hohen Bundesparteitag bemerkbar und hörbar zu machen, sondern die Liebe zum Vaterland und das Bewusstsein der Mitverantwortung für sein Wohl haben mich gedrängt, mich zu Wort zu melden und die Bitte anzubringen, dass ich ergänzend drei Anregungen und Wünsche für die künftige Arbeit aussprechen darf. Es ist allerdings nicht möglich, dass ich diese drei Wünsche in zwei Minuten zu formulieren vermag. Ich möchte doch bitten ... (Rufe: Drei Minuten!)

Der Bundeskanzler und viele tausende ÖVP-Funktionäre haben am Sonntag nach der Unterzeichnung des Staatsvertrages ihrer gläubigen Überzeugung, dass alle guten Gedanken und Entschlüsse der Führenden der Welt in Gott ihren Ursprung haben, Ausdruck gegeben und freudigen Herzens des Te deum mitgesungen und mitgebetet. Ich muss nun meiner Überzeugung Ausdruck geben, dass Österreich dem zehnjährigen offensichtlichen Schutz und Segen und das glückliche Gelingen des grossen Befreiungswerkes im hohen Ausmass der Fürbitte der grossen Schutzfrau Österreichs zu danken hat. (Beifall.) Ich glaube, dass wir dieser starken überirdischen Helferin auch in der Zukunft dringend bedürfen. Aus dieser Überzeugung, die mir andersdenkende Freunde in diesem Saal nicht übel nehmen wollen, wage ich anzuregen, dass der Bundesparteitag zum

1250 Hy 3

Dank für diese Hilfe den Beschluss fassen möge, durch eine gesetzliche Regelung das Fest Maria Empfängnis für alle Zeiten wieder zum staatlich anerkannten Feiertag (Beifall) und zum Dank- und Bitttag für Österreich emporzuheben. Die Respektierung dieses Festtages wird auch die Wirtschaft trotz des damit verbundenen Opfers nicht zu bereuen haben. Denn auch sie bedarf neben der persönlichen Tüchtigkeit des Schutzes und des Segens von oben. Der Weg für die gesetzliche Einlösung dieses Anliegens des katholischen Volkes ist durch einen von der Führung der Sozialistischen Partei bejahten und auch von den Bischöfen Österreichs gut geheissenen Lösungsvorschlag bereits offen.

Nun darf ich die zweite Bitte vorbringen. Im Drange der letzten Zeit müssen selbstverständlich wieder die wirtschaftlichen und sozialen Probleme der Gegenwart einen breiteren Raum einnehmen, denn wir müssen imstande sein, den Beweis zu erbringen, dass aus der Respektierung der Freiheit und der Würde des Menschen und seines Rechtes auf persönliches Eigentum die besten Lebensbedingungen und sozialen Leistungen zustandegebracht werden können und die Wirtschaft zur Sozialordnung aufgebaut werden kann.

Der Herr Bundeskanzler hat aber unlängst auch eine andere sehr beachtliche Feststellung gemacht, indem er sagte : Das künftige Schicksal Österreichs wird in hohem Masse von den geistigen und moralischen Qualitäten seiner Bevölkerung - und ich darf ihm anfügen - und von geordneten und kraftvollen Familien abhängen. Wir haben Gott sei Dank seine wertvolle Jugend. Aber sie braucht unsere Hilfe, um ideal und gut sein zu können - oder werden zu können und damit fähig zu werden, dass Österreich auch in der Zukunft die ihm übertragene grosse Mission als Mittler der Völker- verständigung und wahren Kultur erfüllen kann. Es darf die Schaffung der gesetzlichen Voraussetzungen für eine gute Jugenderziehung und die Abwehr schädlicher Einflüsse auf die Jugendseele nicht in den Hintergrund geschoben werden, dann darf aber auch die ÖVP der SPÖ gegenüber in dieser Frage nicht zu weich sein.

Und nun darf ich noch ganz kurz das dritte grosse Anliegen aussprechen, das schon Landespartei sekretär Dr. Gattin-ger von Tirol erwähnte. Es gibt in der Zukunft nicht nur eine Frage des Deutschen Eigentums in Österreich, sondern auch eine Frage des österreichischen Eigentums in Italien zu lösen. Es muss noch einmal um des Friedens willen das vor 35 Jahren erfolgte grosse Unrecht der gewaltsamen Losreissung Südtirols vom lebendigen Wirtschaftskörper Tirols und Österreichs seine Wiedergutmachung finden. (Beifall.) Denn es ist unterdessen leider bewiesen, dass den Führenden Italiens nicht im erforderlichen Ausmass der gute Wille innewohnt, das Autonomieabkommen und den Schutz der bodenständigen Bevölkerung für der Unterwanderung zu gewährleisten.

Als Abgeordneter der Bevölkerung des letzten bei Österreich verbliebenen Restes Südtirols fühle ich mich heute neuerdings dazu verpflichtet, den Bundeskanzler und den Aussenminister sowie alle einflussreichen Persönlichkeiten dringend^d zu bitten, sie mögen bei der Lösung der Frage der Neutralität Österreichs die Grossmächte der Welt davon überzeugen, dass es Zeit geworden ist, dem bodenständigen Volk von Südtirol das Recht der freien Selbstbestimmung über ~~ihre~~^{seine} staatliche Zugehörigkeit zu geben. (Beifall.) Die Volkspartei darf so wie im Kampfe um die Freiheit Österreichs nicht rasten und nicht ruhen, bis diesem edlen Volksstamm Österreichs sein Selbstbestimmungsrecht wiedergegeben wird und bis Südtirol durch den einmütigen Willen seiner Bevölkerung wieder heimgeführt werden darf ins Mutterland Österreich! (Starker Beifall.)

1300 Ha/1

Vorsitzender Landesrat W a g n e r: Ich bitte die Herren Redner, sich an die vorgeschriebene Zeit zu halten.

Es kommt nunmehr Herr Direktor Hochreiter; ihm folgt Herr Nationalrat Stürgkh.

Direktor H o c h r e i t e r (Niederösterreich): Hochverehrter Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Zu zwei Fragen fühle ich mich als Angehöriger des Arbeiter- und Angestelltenbundes, aber auch als Niederösterreicher verpflichtet, Stellung zu nehmen. Wenn jetzt die ehemaligen USIA-Betriebe der österreichischen Verwaltung überantwortet werden, dann wollen wir die eindringliche Bitte unterbreiten, man möge mit der Leitung jener Unternehmen jene Männer betrauen, die auch imstande sind, das Programm der Österreichischen Volkspartei in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht jederzeit zu vertreten. (Beifall.) Wir haben bisher die Feststellung gemacht, dass Männer, die von der Österreichischen Volkspartei an solche verantwortungsvolle Stellen gestellt wurden, dann nicht den Mut gehabt haben, sich auch in dieser Hinsicht durchzusetzen. (Zustimmung.) Wir verlangen daher, dass solche Männer, hinsichtlich derer wir auch unsere Vorschläge unterbreiten werden, mit derselben Brutalität in diese Unternehmen gehen wie jene, die von den anderen Parteien dorthin gestellt werden.

Weiterhin bitte ich, endlich und gerade jetzt, da uns die Gelegenheit geboten wird, den einen Punkt aus unserem Programm in die Resolution aufzunehmen, der den Arbeitnehmer zum Mitbesitzer erhebt. Ich bitte Sie darum, endlich diese Tat zu setzen, damit wir dann, wenn wir wieder vor Neuwahlen gestellt werden,

1300 Ha/2

aus diesem Reservoir den entsprechenden Zustrom erhalten, um endlich wieder einmal die absolute Mehrheit in diesem Lande zu erreichen. (Beifall.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r: Ich danke dem Redner für seine Disziplin und erteile das Wort Herrn Nationalrat Stürgkh.

Nationalrat S t ü r g k h (Steiermark): Nur zwei Minuten! Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Ich möchte hier nur als schlichter Grenzbewohner und als ein Mandatar eines kleinen fleissigen Grenzvolkes, welches schon zweimal durch die Begehrlichkeiten seines Nachbarn schwer geangt hat, kurz auf einen Punkt des Staatsvertrages zu sprechen kommen, der wie eine Erlösung auf uns Grenzler gewirkt hat, nämlich die endliche internationale und hoffentlich bald auch durch österreichische Soldaten gesicherte österreichische Grenze. (Beifall.)

Sie können sich vorstellen - oder vielleicht nicht alle -, was das für ein Grenzvolk, das zehn Jahre lang nur mit der blanken Waffe seiner Gesinnung kämpfen konnte, bedeutet, wenn es nun endlich eine abgesicherte Staatsgrenze vor sich hat. Und daher bin ich ermächtigt, dem Herrn Bundeskanzler ~~xxxxxxxx~~ ~~xxxxxxxxxxxx~~ und dem Herrn Aussenminister namens dieses Grenzvolkes unseren herzinnigsten Dank zu sagen.

Nun gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, nur noch eine kurze Bemerkung. Solange im Zusammenleben der Völker die Segnungen einer festen Rechtsordnung nicht bestehen, sind Recht und Macht auf seiten des Stärkeren gelegen.

1305 Hy 1

Dieser Macht des Stärkeren kann man nur eines entgegen-
setzen, und das hat das österreichische Volk gezeigt; den
Mut des Schwachen. Wir wissen, meine Damen und Herren, dass
dieser Weg in die Freiheit nicht mit Zuckerln gepflastert
ist, aber wir wollen aus der Kraft des Mutes des Schwächeren
nun auch die Kräfte ziehen und uns jetzt nicht vor der
eigenen Courage fürchten und mit dem gleichen Mut, mit dem
wir diese Freiheit ertrotzt haben, nun auch den Weg in die
Freiheit beschreiten. Es lebe Österreich! (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r: Zum Wort gelangt
Herr Landesrat Müllner. Ihm folgt als nächster Herr National-
rat Grubhofer.

Landesrat M ü l l n e r (Niederösterreich): Herr
Bundeskanzler! Hoher Parteitag! Im Namen der Landesleitung
Niederösterreich möchte ich hier einen Gedanken festlegen.

Wir begrüßen in tiefer Bewegung die Freiheit, müssen
aber sagen, dass uns diese Freiheit ein Trümmerfeld auf wirt-
schaftlichen Gebiete gerade in unserem Bundesland hinter-
lassen hat. Seien es jetzt die von den russischen Autos
zerstörten Strassen oder seien es die zerstörten Hotels und
Betriebe, überall gibt es ungeheuer viel zu schaffen.
Sind wir, das Land, in der Lage, hier wirklich Hilfe zu brin-
gen? Werden wir in der Lage sein, überall helfend einzugreifen?

Da ergibt sich nun die Frage, ob wir eine staatliche
Stelle haben, die hier Hilfe bringen kann. Wenn diese staat-
liche Stelle das Verstaatlichungsministerium sein soll, so
müsste ich im Namen unserer Landesleitung die grössten Be-
sorgnisse an den Tag legen. Ich glaube, dass Sie es verstehen

1305 Hy 2

werden, wenn in dieser Hinsicht gerade das Land Niederösterreich und seine Landesparteileitung die grössten Befürchtungen haben.

Deshalb glaube ich, der hohen Bundesregierung und den Vertretern unserer Partei sagen zu dürfen, dass wir einen Gedanken, der schon im Gesetz verankert ist, mit besonderem Nachdruck vertreten müssen, den Gedanken, dass auch das Land berechtigt ist, eingeschaltet zu werden, wenn es um Staatsbesitz geht. Landesbesitz ist ebenso Staatsbesitz wie Bundesbesitz selbst.

Darum glaube ich, dass wir fordern müssen, dass bei der Übernahme der USIA-Betriebe und der Regelung dieser Fragen überhaupt das Land als ein Gliedstaat ~~und~~eres Bundesstaates bei den Verhandlungen ebenso eingeschaltet werden soll wie der Bund oder dem Bund zumindest gleichberechtigt gegenübergestellt werden soll. Ich hoffe, dass dadurch dem Land geholfen wird. (Beifall.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Ich glaube, feststellen zu dürfen, dass wir alle die Hoffnung haben, dass der Herr Bundeskanzler und die Bundesregierung der schweren Benachteiligung dieses Landes in der Vergangenheit in ihrer zukünftigen Politik Rechnung tragen werden.

Zum Wort gelangt als letzter Redner Herr Nationalrat Grubhofer.

Nationalrat G r u b h o f e r (Vorarlberg): Herr Bundeskanzler! Hoher Parteitag! In den letzten Tagen ist das grosse Wort Neutralität gefallen. Dieses Wort der Neutrali-

1305 Hy 3

tät ist sicher etwas Neues. Ich bin überzeugt, dass dieses Wort in den österreichischen Landen doch zu leicht aufgenommen wird. Wir alle wissen, dass unser Bundeskanzler den Mut aufbrachte, in Fortsetzung der Erklärungen, die unser Herr Aussenminister als Beauftragter der Regierung in Paris abgegeben hat, bei den Moskauer Verhandlungen von Neutralität zu sprechen und sie in das Memorandum aufnehmen zu lassen.

Mann müsste fragen, was heisst Neutralität? Wir würden da sehr weit kommen. Aber es ist doch so, dass man ungefähr sagen könnte: Neutralität heisst Freund mit allen oder mit niemandem. Ich glaube, wir bekennen uns zum ersteren: Freund mit allen.

Neutralität verlangt aber auch eine feste Haltung, eine feste Haltung des einzelnen, eine staatsbewusste Haltung, keine Katzenbucklerei und keinen Devotismus, eine aufrechte Haltung gegenüber jedermann, keine Falschheit, weder nach Nord oder Süd noch nach Ost und West. Das ist die Neutralität, die wir uns wünschen. Die Neutralität befasst sich mit dem Staatsganzen. Die Neutralität kann nicht allein mit einem Bundesverfassungsgesetz gehalten werden.

Ich weiss schon, wir brauchen eine Wehrmacht, um unsere Grenzen zu schützen. Aber die Neutralität muss auch unterbaut werden mit einer gesunden Politik, mit einer gesunden Politik auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet und vor allem auf kulturellem Gebiet. Daher kommen wir zur Schlussfolgerung, dass es eine Neutralität des Einzelbürgers nicht geben darf. Der Einzelbürger hat nicht neutral zu sein, sondern ein Bekenntnis abzulegen. (Beifall.)

Ich möchte also bitten, dass das, was unsere Regierungsdelegation, an der Spitze der Herr Bundeskanzler und der Herr Aussenminister, mit dem Wort Neutralität gemeint hat, untermauert wird, dass diese Neutralität vom Volke kommt. Ich möchte bitten, dass dieses Forum heute ein klares Ja zur Neutralität sagt und dass dies auch in der Resolution, die anschliessend verhandelt wird, zum Ausdruck kommt, und zwar so zum Ausdruck kommt, dass dieses Forum hier die Vertreter der Österreichischen Volkspartei im Parlament beauftragt, die Neutralität Österreichs als neuen Verfassungsartikel in die Bundesverfassung aufzunehmen. (Beifall.)

Vorsitzender Landesrat W a g n e r : Die Debatte ist geschlossen. Ich übergebe ,den Vorsitz an Herrn Bürgermeister Weinberger.

Vorsitzender Vizebürgermeister W e i n b e r g e r
(nach Übernahme des Vorsitzes): Wir kommen zu Punkt 5 der Tagesordnung:

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Ich bitte den Vorsitzenden der Mandatsprüfungskommission, Herrn Bundesrat Eckert, seinen Bericht zu erstatten.

Berichterstatter Bundesrat E c k e r t : Herr Bundeskanzler! Hoher Bundesparteitag! Gemäss dem erhaltenen Auftrag hat die Mandatsprüfungskommission in ordnungsgemässer Zusammensetzung getagt, die Einladungen und Unterlagen überprüft und festgestellt , dass gemäss den Vorschriften unseres Bundesorganisationsstatutes und der Geschäftsordnung der ausserordentliche Bundesparteitag in Entsprechung und Beobachtung aller gebotenen Vorschriften einberufen wurde. Wir stellen damit namens der Mandatsprüfungskommission seine Legitimierung und Beschlussfähigkeit fest.

Ich glaube, abschliessend im Namen des Bundesparteitages sprechen zu dürfen, wenn ich dem Generalsekretariat, an der Spitze dem Herrn Generalsekretär Dr.Maleta und seinem Stellvertreter Dr.Scheidl, sowie allen ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die Vorbereitungsarbeiten und den reibungslosen Verlauf des Bundesparteitages den Dank ausspreche. (Beifall.)

Vorsitzender Vizebürgermeister Weinberger :

Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seinen Bericht und stelle fest, dass der ausserordentliche Bundesparteitag ordentlich beschickt und Beschlussfähig ist.

Zu Punkt 6 der Tagesordnung, betreffend die

Resolution des Bundesparteitages,

erteile ich dem Herrn Generalsekretär Nationalrat Dr. Maleta das Wort.

Generalsekretär Nationalrat Dr. Maleta : Hhher Bundesparteitag! Wir haben nunmehr die Referate gehört und sind den Ausführungen der Debatteredner gefolgt. Ich habe jetzt die Aufgabe, Ihnen eine Resolution vorzulegen und sie Ihnen zur Annahme zu empfehlen. Diese Resolution beinhaltet eine Zusammenfassung der wesentlichsten Gesichtspunkte, die sich aus den Referaten und aus der Debatte ergeben haben. Sie konzentriert sich auf die Probleme, die sich aus dem Abschluss des Staatsvertrages ergeben, und sie behandelt nicht jene Arbeit, die die Partei nebenher zu leisten hat und die sich mit wichtigen Problemen auseinandersetzen muss, wie etwa die Frage der Schulgesetze, die Verhandlungen über das ASVG, die Parteienverhandlungen über das Notenbankstatut, die Reorganisationsmassnahmen in den Banken und Versicherungsinstituten. Sie beinhaltet auch nicht unsere Auffassung über die Reorganisation der sogenannten verstaatlichten Industrie.

1315 Ha/1

Die Resolution umfasst neun Leitsätze, die gewissermassen die grundsätzlichen Richtlinien sein sollen für die Lösung jener Probleme, die sich aus dem Staatsvertrag ergeben. Sie sollen nach aussen hin unterstreichen, dass Österreich gewillt ist, seine vertraglichen Verpflichtungen loyal einzuhalten, und sie sollen nach innen hin unserer Bevölkerung sagen, was wir zu tun gedenken, und sie sollen auch Irrtümer beseitigen und Missverständnisse aus dem Wege räumen.

Ich möchte aber zu einem einzigen Punkt dieser Leitsätze einen Kommentar geben. Unsere Staatsmänner haben in ihren Referaten bereits darauf hingewiesen, dass wir mit Schwierigkeiten kämpfen mussten, die seitens der Sozialistischen Partei gemacht wurden. Sie haben sich dieser Aufgabe mit einer staatspolitischen Disziplin unterzogen und gewissermassen zurückhaltend kommentiert. Aber ich glaube, ein Bundesparteitag muss auch offen etwas dazu sagen, damit nicht etwa eine falsche Geschichtsauffassung entsteht, denn Geschichtsklitterungen können in der Zukunft für unsere Partei gefährlich werden. Und es ist doch so, dass unsere Partei auch in Zukunft die starke Stütze sein muss, damit unsere Staatsmänner ihre richtigen und guten Gedanken auch in die Wirklichkeit umsetzen können. Daher gestatten Sie mir jetzt ganz kurz einiges auszuführen:

Sie haben von sozialistischen Rednern in den letzten Wochen Behauptungen vernommen und in der sozialistischen Presse gelesen, die nicht unwidersprochen bleiben können. Besonders Herr Vizekanzler Schärp hat sich dazu geäussert, dass die Erfolge, nämlich die Hinwegräumung der wirtschaftlichen Fesseln;

1315 Ha/2

die dem ursprünglichen Staatsvertragsentwurf anhafteten, in erster Linie, ja geradezu ausschliesslich Erfolge der Sozialistischen Partei seien. Ich möchte jetzt dazu in aller Offenheit und ziemlich klar und eindeutig feststellen, dass eine Absprache zwischen den beiden Parteien bestanden hat, dass bei der Moskauer Reise und den dortigen Verhandlungen alles darangesetzt werden muss, um diese wirtschaftlichen Fesseln zu beseitigen, dass darüber aber in der Öffentlichkeit nichts gesprochen werden soll, damit nicht der Erfolg gefährdet werde. Die Volkspartei hat sich aus staatspolitischer Disziplin, wie schon so oft, an diese Vereinbarung gehalten, der Herr Vizekanzler aber hat darüber gesprochen und dadurch in der Öffentlichkeit den Eindruck erweckt, als ob dies ein Verdienst der Sozialistischen Partei gewesen wäre. Er hat sich dabei auch widersprochen, da er wenige Wochen vorher Äusserungen im gegenteiligen Sinne gemacht hat.

Lassen Sie mich noch ganz kurz auf zwei weitere Umstände hinweisen, auf jene beiden Schönheitsfehler. Der eine ist noch im Staatsvertrag enthalten, der andere ist ja durch das Eingreifen unseres Aussenministers Figl bei der letzten Sitzung der Aussenminister beseitigt worden. Dieser eine Punkt ist die Bestimmung im Staatsvertrag über die Habsburger, die Ausnahme Gesetze. Die Österreichische Volkspartei stellt dazu fest, dass wir damit nicht irgendwie Staatsformen zur Debatte stellen wollten, sondern dass wir der Auffassung waren, dass irgend welche Souveränitätseinschränkungen im Staatsvertrag nichts zu suchen haben, dass es Aufgabe des österreichischen Volkes und

1315 Ha/3

des österreichischen Parlaments ist, darüber zu bestimmen, ob und welche Ausnahmebestimmungen in Kraft bleiben sollen und welche nicht.

Wir haben hier - und das möchte ich Ihnen heute auch mitteilen - ein kostbares Dokument in der Hand. Der Herr Bundeskanzler hat in seinem Referat bereits ausgeführt, dass er sich in letzter Stunde persönlich an den Herrn Bundespräsidenten gewendet hat und ihn ersuchte, seinen ganzen Einfluss aufzubieten, damit sich die Sozialistische Partei einem gemeinsamen Vorgehen mit der Volkspartei anschliesst. Der Herr Bundeskanzler hat bereits erwähnt, dass hier der Herr Bundespräsident desavouiert wurde, von der eigenen Partei. Das Dokument, von dem ich gesprochen habe, ist nun ein handgeschriebener Brief des Herrn Bundespräsidenten an den Herrn Bundeskanzler, in dem eindeutig festgelegt ist, dass Vizekanzler Schärf und Staatssekretär Kreisky sowie die Sozialistische Partei sich dagegen ausgesprochen haben. (Rufe: Hört! Hört! und Pfui!)

1320 Hy 1

Wir verdammen die Haltung der Sozialistischen Partei, dass diese Souveränitätsbeschränkung im Staatsvertrag aufrechterhalten geblieben ist.

Wir alle haben gefühlt und empfunden, dass die diffamierende Bestimmung in der Präambel über die Mitverantwortung Österreichs am zweiten Weltkrieg eine Last war, die erstens ungerecht war und die uns den ganzen Staatsvertrag natürlich in einem anderen Licht hätte erscheinen lassen. Die Bestimmung wäre eine Belastung unseres Ansehens für die Zukunft gewesen. Es ist daher das Verdienst unseres Aussenministers, in letzter Minute, er hat darüber ja schon in seinem Referat berichtet, den Antrag durchgesetzt zu haben, dass dieser diffamierende Passus gestrichen werde. (Beifall.)

Der Aussenminister hat erzählt, welche Äusserungen dann die vier Aussenminister gemacht haben, er hat aber nicht erzählt, was sich neben ihm abgespielt hat, die stille Opposition, die sich durch verschiedene, wie soll ich sagen, zwischenflüsternde Rufe seitens des Herrn Staatssekretärs Kreisky bemerkbar gemacht hat. Wir verdanken also eindeutig der Österreichischen Volkspartei diese Beseitigung des diffamierenden Artikels, und wir verdanken der Sozialistischen Partei die Souveränitätsbeschränkung, die aufrecht geblieben ist.

Diesen kurzen Kommentar wollte ich hier dem Parteitag geben. Nun gestatten Sie mir, dass ich Ihnen die einzelnen Punkte der Resolution zur Kenntnis bringe.

"1. Die Österreichische Volkspartei begrüsst den Abschluss des Staatsvertrages, weil er nach 17 Jahren der Unfreiheit den natürlichen Rechtszustand der Freiheit, Unabhängigkeit und

1320 Hy 2

Souveränität wiederherstellt. Die Freiheit ist das kostbarste Gut, das sogar - wenn unvermeidlich - gewisse Einschränkungen und Lasten rechtfertigt. Die Volkspartei erachtet die genaue Einhaltung der Bestimmungen des Staatsvertrages und der in Aussicht genommenen Neutralitätsakte als eine Selbstverständlichkeit. An der Vertragstreue Österreichs darf und wird kein Zweifel bestehen.

2. Seit Wochen ist in der sozialistischen Presse eine systematische, in ihrer Absicht völlig durchsichtige Geschichtsfälschung über das Verdienst an den gegenüber dem alten Staatsvertragsentwurf erzielten wirtschaftlichen Erleichterungen zu verzeichnen. Demgegenüber stellt die ÖVP mit allem Nachdruck eindeutig fest: Die Einigung über den Staatsvertrag dankt das Land weitgehend der Initiative und dem Mut zu neuen Wegen, die Bundeskanzler Ing. Raab vom Tage seines Amtsantrittes an, nicht immer von allen verstanden, zielbewusst verfolgte und bewies. Die Tatkraft, mit der er Österreich der Freiheit entgegenführte, bleibt in der Geschichte des Vaterlandes unvergessen. (Beifall.) Die Österreichische Volkspartei dankt aber auch Aussenminister Ing. Dr. Figl, der in den schwersten Zeiten die volle Last der Verantwortung getragen hat. (Beifall.) Bei der Sitzung der Aussenminister hat er die Streichung der diffamierenden Behauptung von der Mitverantwortung Österreichs am zweiten Weltkrieg aus der Präambel beantragt und erreicht. (Beifall.) Damit ist der Ehrenschild Österreichs blank und rein. Es ist aber auch klargestellt, dass Österreich kein annektierter, sondern ein okkupierter Staat war." - Darin dürfte auch der Grund zu suchen sein, weshalb sich die Sozialistische Partei unserem Vorgehen nicht angeschlossen hat. -

1320 Hy 3

"3. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zur Neutralität des Landes. Sie sieht in ihr einen völkerrechtlichen Akt. Innenpolitisch wird sie weiterhin jeden totalitären Machtanspruch, der das demokratische Eigendasein/gefährdet, auf das schärfste bekämpfen. Die Neutralität, zu der sich Österreich fortan aus freien Stücken bekennt, wird uns von militärischen Pakten und der Teilnahme an bewaffneten Konflikten fernhalten. Sie hindert uns jedoch nicht, freundschaftliche Beziehungen sowie den kulturellen und wirtschaftlichen Austausch mit allen Staaten zu pflegen. Der Begriff der Neutralität schliesst jede Einseitigkeit und Unterwerfung aus.

4. Österreich muss aber auch bereit sein, seine Neutralität über alle Fährnisse hinweg zu bewahren und notfalls auch zu verteidigen. Die Bereitschaft, unser Land unabhängig zu erhalten, muss im Bewusstsein eines jeden Österreicher verankert sein. Die Österreichische Volkspartei fordert daher von der Bundesregierung und vom Parlament die unverzügliche Aufstellung eines Bundesheeres nach modernen Grundsätzen und unter Wahrung der Tradition bewährten österreichischen Soldatentums. (Beifall.) Erste Aufgabe des Heeres ist die Verteidigung der Grenzen. Es wird zur Hilfeleistung bei Naturkatastrophen zur Verfügung stehen und darüber hinaus eine Institution zur staatspolitischen Erziehung der männlichen Jugend im Beistehen Österreichertums sein. (Beifall.) Die Österreichische Volkspartei fordert mit grösstem Nachdruck, dass das Bundesheer von jedem parteipolitischen Einfluss freibleibt, und tritt aus staats- und finanzpolitischen Erwägungen für die allgemeine Wehrpflicht ein. (Beifall.)

5. Der Abschluss des Staatsvertrages stellt Österreich vor bedeutende, aber nicht unlösbare wirtschaftliche Aufgaben. Daher ist die wirtschaftliche Kraft des Landes weiterhin zu stärken. Diese Bemühungen können aber nur dann erfolgreich sein, wenn an dem bisherigen Kurs der Wirtschafts- und Finanzpolitik, der sich bereits so sichtbar bewährt hat, konsequent festgehalten wird. (Beifall.) Er allein verbürgt auch in Zukunft die Stabilität der Währung und damit die Bildung des notwendigen Sparkapitals. Er sichert durch entsprechende steuerpolitische Massnahmen, die bereits erfolgreich begonnen wurden, die weitere Steigerung der Produktivität und des Aussenhandels. Er garantiert den noch besseren Ausbau des

1325 W 2

Fremdenverkehrs und die gerade jetzt so aktuelle handelspolitische Mittlerstellung des Landes sowie die Nutzbarmachung von ausländischem Investitionskapital. Der Abschluss des Staatsvertrages bedeutet daher nicht das Ende der bisherigen wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung, sondern er ist der geeignete Ausgangspunkt einer noch stärkeren wirtschaftspolitischen Aktivität, die zum Ziel hat, die gesunden wirtschaftlichen Grundlagen Österreichs endgültig zu festigen.

6. Die Österreichische Volkspartei wird sich bei der Bewältigung dieser neuen wirtschaftlichen Aufgaben ihrer sozialen Verpflichtungen bewusst sein. Daher zielt ihre Politik nach wie vor auf die Hebung des Lebensstandards der Bevölkerung. Gesicherte Arbeitsmöglichkeiten, gerechte Entlohnung und eine sorgenfreier Lebensabend gebühren den Arbeitern und Angestellten, den Beamten, nicht zuletzt auch den vielen kleinen und mittleren Existenzen der selbständigen Wirtschaftstreibenden. Allen arbeitsfähigen Angehörigen unseres Volkes, ob selbständig tätig oder unselbständig, muss die Möglichkeit gewährt sein, ihre Fähigkeiten zu entfalten und von ihrer wirtschaftlichen Auswertung zu leben. Für unsere Landwirtschaft kommt mit dem Abschluss des Staatsvertrages endlich auch die Zeit, ihre berechtigten Wünsche zu erfüllen. Ein freier, staatstreuer und leistungsfähiger Bauernstand ist der Garant der politischen und wirtschaftlichen Stabilität des Landes und der Aufrechterhaltung der persönlichen Freiheitsrechte, nicht nur der Bauern, sondern aller Staatsbürger. (Lebhafter Beifall.)

7. Bei der Behandlung des Deutschen Eigentums hat nach Auffassung der Österreichischen Volkspartei ausschliesslich das geltende Recht und Gesetz Anwendung zu finden. Es können daher nur jene USIA-Betriebe verstaatlicht werden, die bereits namentlich in den Verstaatlichungsgesetzen aufgezählt sind. Alle übrigen Betriebe sind zunächst der gesetzlich festgelegten Obhut des Finanzministeriums zuzuführen. Nach eingehender Prüfung der rechtlichen Situation kann im Rahmen der durch den Staatsvertrag gezogenen Grenzen durch eine zweiseitige Abmachung mit der Bundesrepublik Deutschland bezüglich ehemaliger deutscher Eigentümer eine den Grundsätzen des Privateigentums entsprechende Regelung getroffen werden. Die übrigen Betriebe sind ordnungsgemäss und nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten in die Gesamtstruktur der österreichischen Wirtschaft einzugliedern. Ein geordneter Kapitalmarkt wird jene, nicht unbeträchtlichen Investitions- und Betriebsmittel zur Verfügung stellen müssen, die zur Aus- oder Umgestaltung sowie zur Überbrückung allenfalls bestehender Schwierigkeiten notwendig sind. Oberstes Ziel ist es, aus den USIA-Betrieben freie Unternehmungen zu schaffen, die den Arbeitern ihre Beschäftigung sichern und der österreichischen Volkswirtschaft durch ihre Produktion dienen. Selbstverständlich muss auch für die nach dem Staatsvertrag an den Bund übergehenden Vermögensschaften, also auch die USIA-Unternehmen, die Restitutionsgesetzgebung unter Berücksichtigung der einschlägigen Bestimmungen des Staatsvertrages in Anwendung kommen.

8. Die Österreichische Volkspartei bekennt sich zu der in Moskau eingegangenen Verpflichtung, in den USIA-Betrieben keine Diskriminierung gegenüber den Beschäftigten vorzunehmen. Die Österreichische Volkspartei hat stets die Gesinnungsfreiheit respektiert und jeden politischen und wirtschaftlichen Druck - von welcher Seite immer er in der Vergangenheit kam und in Zukunft geplant sein mag - abgelehnt. Sie wird daher auch im vorliegenden Fall die Grundsätze der Gesinnungsfreiheit wahren und verteidigen.

9. Unter dem Titel des ehemaligen Deutschen Eigentums fallen auch grosse landwirtschaftlich genutzte Flächen an Österreich; sie werden nach unserer Auffassung die Lösung des Ansiedlerproblems und der Sesshaftmachung wesentlich erleichtern. Das Mitspracherecht der Bauernschaft bei der Entscheidung über diese Fragen ist unbestritten. Die Land- und Forstwirtschaft ist ferner bei allen Förderungsmassnahmen für ehemalige USIA-Betriebe im gleichen Ausmass wie Gewerbe, Handel und Industrie zu berücksichtigen."

Das sind die neun Leitsätze der Resolution. Es sind nun von Debatterednern noch einige andere Gesichtspunkte vorgebracht worden, die sich entweder nicht für die Veröffentlichung eignen oder noch eines genaueren Studiums bedürfen. Es sind das die Fragen der Sicherheitsdirektionen, Feiertag, Auslands-eigentum, Südtirol, Schützenvereine. Diese Anträge werden der Bundesparteileitung zur Bearbeitung und Erledigung zugeleitet werden.

Die Resolution schliesst mit den Worten:

"Die Österreichische Volkspartei geht mit Zuversicht an die Bewältigung der neuen Aufgaben heran. Unter ihrer Führung ist die Freiheit, Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Staates errungen worden; unter ihrer Führung wird sie auch bewahrt werden. Die Österreichische Volkspartei dankt allen Bewohnern dieses Landes für die erwiesene Treue und gelobt ihnen, nun unverzüglich ans Werk zu gehen. Zehn Jahre lang lautete die Parole unseres Kampfes: Freiheit für Österreich! Nun, da sie ihre Erfüllung gefunden hat, geben wir die Losung für die kommende Arbeit aus: In einem freien Land sollen freie Menschen leben, die auch frei sind von wirtschaftlicher Not!"
(Lebhafter Beifall.)]

Vorsitzender Vizebürgermeister Weinberger:

Ich danke dem Berichterstatter, unserem Generalsekretär Dr. Maleta, für seinen Bericht.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren, die mit der Resolution, die der Herr Generalsekretär vorgetragen hat, einverstanden sind, ein Zeichen der Zustimmung zu geben, - Ich danke. Und nun bitte die Gegenprobe. - Es ist keine Gegenstimme. Damit erscheint die Resolution angenommen.

Hoher Bundesparteitag! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Damit sind wir am Ende unseres ausserordentlichen Bundesparteitages angelangt. Wir alle sind noch erfüllt von der Freude und von dem Glücke der Ereignisse der letzten Zeit und von der Kundgebung unserer österreichischen Freiheit.

1335 Hy 1

Wir alle haben in den letzten Jahrzehnten viel Böses erleben und ertragen müssen. Viele unserer Besten sind im Kampfe um die Freiheit Österreichs gefallen. Nun bekommt auch ihr unerhört grosses Leiden und ihr Sterben einen letzten und tiefen Sinn. Heute, Freunde, können wir die Freiheit grüssen, nun ist es so weit. Unser Kampf ist vollendet. Nun ist auch das Opfer der Besten des Volkes sinnvoll geworden. Es kommt nun darauf an, zu verhindern, dass unser grosses Geschenk Gottes und die Frucht der vernünftigen Arbeit und der zähen Ausdauer des ganzen Volkes vertan wird.

Wir sind stolz darauf, dass es Männer und Frauen aus unseren Reihen waren, die seit eh und je für Österreich, für die Freiheit und für ein schönes, menschenwürdiges Leben eingestanden sind. Wir sind glücklich darüber, feststellen zu dürfen, dass Männer aus unseren Reihen vor zehn Jahren an der Wiege des befreiten Vaterlandes standen und sie es wieder gewesen sind, die seither dieses Land und unser Volk trotz aller Schwierigkeiten, trotz Unfreiheit und trotz Besetzung so glücklich geführt haben.

Wir sind übergücklich darüber, dass es wieder Freunde aus unseren Reihen, Männer unserer Partei waren, die uns vor wenigen Tagen das frohe, das herrliche Ergebnis, die volle Freiheit Österreichs verkünden konnten. (Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Das Urteil des Volkes darüber, wer das Verdienst an diesem Erfolg hat, ist bereits erfolgt. Auf den Strassen unserer Städte und Dörfer, vor dem Belvedere, vor dem Schloss Schönbrunn und überall dort, wo der einfache und kleine Mann unseres Volkes gestanden ist und

1335 Hy 2

gejubelt hat, wurde es klar und deutlich, dass die Österreicher wissen, wem sie vor allem dieses wunderbare Geschenk der Freiheit zu danken haben. Es wurde nicht nach Schärf oder nach anderen Leuten gerufen. Unsere Freunde wurden immer wieder gerufen, unsere Freunde wurden bejubelt. Immer hat man nach Raab und Figl gerufen. Immer wieder wurde deutlich, dass der einfache Mann im Lande ganz genau weiss, dass dieses schöne Ergebnis die Frucht unseres langwierigen Kampfes ist. (Beifall.)

Meine lieben Parteifreunde! Es scheint entscheidend zu sein, dass wir alles tun, diese Frucht unserer Arbeit auch weiterhin zu erhalten. Es kommt nun, wie ich glaube, sehr viel darauf an, auch weiterhin dafür vorzusorgen, dass die Vernunft auch in einem freien Vaterland erhalten bleibt, die Vernunft, die uns in bitteren Zeiten der Not zusammenführte und die uns lehrte, das Gemeinsame gemeinsam zu tun und das Trennende wenigstens so lange zurückzustellen, so lange ein gemeinsames Anliegen höher steht.

Es wäre tragisch, wenn irgend jemand in Österreich, gleichgültig, wo er steht, welcher Gesinnung er ist, welcher Partei er angehört, glauben würde, nun könne er übermütig werden und gegeneinander statt für einander arbeiten. Wir von der Volkspartei wollen weiterhin auch in dieser Hinsicht das gute Beispiel der Zusammenarbeit und der Vernunft geben. Ich bin überzeugt davon, dass unser Beispiel die anderen dazu zwingen wird, auch im freien Österreich vernünftig zu bleiben und zusammenzustehen.

1335 Hy 3

Liebe Freunde! Noch etwas. Es scheint, dass es in dieser Stunde auch notwendig ist, auszusprechen, dass die äussere Freiheit Österreichs nicht vollendet und nicht wirklich gesichert wäre ohne die innere Freiheit jedes einzelnen Österreichers. Diese innere Freiheit ist unserer Meinung nach nur dann gesichert, wenn der einzelne Mensch und wenn vor allem die Familie in diesem Lande wirklich unabhängig und sicher sein wird. Erst dann, wenn das geschehen ist, können wir darauf rechnen, dass auch die äussere Freiheit Österreichs immer besteht.

In diesem Zusammenhang bekommen die Beratungen des Bundestages des ÖAAB, eine der stärksten und verlässlichsten Gruppen unserer Partei, die morgen beginnen werden, eine ganz besondere und für die Gesamtpartei und Österreich grosse Bedeutung.

Es wird die Aufgabe dieser Tagung sein, darüber nachzudenken, zu überlegen, welche Möglichkeiten und Wege es über die heute schon beschrittenen Massnahmen hinaus gibt, um jedem ehrlich arbeitenden Menschen in diesem Lande die persönliche Sicherheit und damit die wirkliche Freiheit garantieren zu können. Wir sind überzeugt davon, dass die Beschlüsse dieses Bundestages auch die Zustimmung der ganzen Partei finden werden, dass es uns mit der Kraft der Gesamtpartei gelingen wird, künftighin noch mehr als bisher für die innere Freiheit und Unabhängigkeit aller unserer Mitbürger zu tun. Vieles haben wir auch auf diesem wichtigen Gebiete schon erreicht. Denken Sie nur an die vielen hunderte Häuser und an die tausende Wohnungen, die nach dem Rechte des Wohnungseigentums erbaut wurden, denken Sie an den Familienlastenausgleich, denken Sie an die Entnivellierung, denken Sie an die Lösung der Rentenfrage, denken Sie an die Steuerreform, denken Sie an alles, was dazu dient und gedient hat, unser Volk auch im Inneren zu sichern und die wahre Freiheit auf Dauer aller zu garantieren.

Wir werden auch weiterhin zusammenbleiben in unseren Bünden. Unsere Partei wird einig und geschlossen vorgehen und unser Volk weiter führen. Wir haben es bisher geführt und geschützt und vor allen Gefahren abgeschirmt. Wir werden es auch weiterhin führen. Unser Volk wird auch weiterhin mit uns sein. Jetzt, da der Tag der vollen Freiheit angebrochen ist, ist das Volk erst recht mit uns, mit dem Ziel, nun nach der äusseren Freiheit auch die innere Freiheit zu erringen.

Wir gedenken in dieser Stunde all derer, die innerhalb der Bundesregierung seit dem Jahre 1945 bis heute für dieses Volk, für seine Freiheit in ganz besonderer Weise gekämpft haben. Ich erwähne keine Namen mehr. Ich nenne auch nicht mehr die Namen unseres Freundes Figl und unseres Freundes Raab. Sie wurden heute schon sehr oft genannt. Der beste Dank an sie in der Zukunft wird der sein, dass wir auch weiterhin so wie bisher zusammenarbeiten und dafür sorgen, dass Österreich noch glücklicher wird, als es schon bisher geworden ist, und dass seine volle Freiheit und Sicherheit garantiert wird.

Meine lieben Freunde! Einen Namen möchte ich aber doch für viele nennen, für alle die, die für diesen Kampf auch ihr Leben gegeben haben. Es ist jetzt etwas mehr als 10 Jahre her, als knapp vor der Befreiung Österreichs einer der besten Kämpfer für dieses Land, ein wirklich mutiger Österreicher unter dem Schafott im Landesgericht Wien I sterben musste. Es war das der katholische Priester und Kooperator von Währing Dr. Heinrich Mayer. Einer der hier Anwesenden war mit ihm zusammen im Bunker von Mauthausen. Er wurde von ihm weg nach Wien geführt und knapp vor der Befreiung Österreichs hingerichtet. Dieser Dr. Heinrich Mayer ist seinen schweren letzten Weg mit dem lauten, von allen gehörten Ruf gegangen: "Es lebe Christus, der König ! Es lebe Österreich! Es lebe die Freiheit!" Freunde! Nun ist es so weit. Nun lebt Österreich! Nun blüht die Freiheit! Und nun wird, so glauben wir und hoffen wir, auch Christus der König in diesem Lande triumphieren.

, Wir können unseren Bundesparteitag nicht besser schliessen, als wenn wir uns noch einmal die Hände reichen und geloben: Jetzt erst recht alle Kraft für Österreich! Jetzt erst recht alle Kraft für die Freiheit! Jetzt erst recht alle Kraft für ein schönes, sinnvolles, Gott und den Menschen wohlgefälliges Leben! Es lebe unsere Partei! Es lebe das ewige Österreich! Es lebe die Freiheit!

Der Bundesparteitag ist geschlossen. (Starker anhaltender Beifall.)

Der Bläserchor des Niederösterreichischen Tonkünstlerorchesters intoniert die Bundeshymne. Die Versammelten erheben sich von ihren Plätzen und singen mit.

Schluss des a.o.Parteitages: 13 Uhr 50 Minuten